

# Aspekte der französischen Revolution

## Zu deren Ablauf im ehemals hohenlohischen Oberbronn (Unterelsaß)

VON EDUARD HAUG

### Einführung

Die französische Revolution hat das geistige und politische Gesicht Europas und damit der ganzen Welt derart geändert, daß die Schriften, die sich mit diesem Ereignis beschäftigen, ganze Bibliotheken füllen. Und doch sind noch nicht alle Aspekte klagestellt. Was in Paris geschehen ist, weiß man ziemlich lückenlos. Wie aber war der Ablauf der Ereignisse in einem unterelsässischen Ort am Hang der Vogesen? Einem Ort, dessen Einwohner damals weitgehend Winzer und Handwerker waren, in dem auch zahlreiche handeltreibende Juden wohnten, der Mittelpunkt einer Herrschaft war, die zu zwei Dritteln dem Zweig Waldenburg-Bartenstein des Fürstenhauses Hohenlohe gehörte und an dessen Nordrand ein großes Schloß stand?

Bis 1945 war die Bausubstanz Oberbronns, das ein »Flecken«, nicht ein »Dorf« war, weitgehend einheitlich erhalten, mit einer wohl vom Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts stammenden Kirche, mit vielen Häusern aus den 16., 17., 18. Jahrhunderten, mit dem Rest eines Tores von 1594 und einigen Teilen der Ummauerung aus der gleichen Zeit. Das Kriegsgeschehen 1945 hat einiges zerstört, vor allem im März durch amerikanische Bomben. Dennoch hat der Ort seinen anziehenden Charakter behalten, die neuen Häuser werden weitgehend in drei neuen Quartieren am Rande des Ortes gebaut.

Das eigentliche Schloß, der Wohnbau, steht aber nicht mehr. Aus dem Ende des 16. Jahrhunderts ist noch die Toreinfahrt mit anstoßenden Gebäuden für die Dienerschaft erhalten. Vom Umbau in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts stehen noch Stallungen, Untergeschosse, überbaute, nach 1824 zu einem neuen Schloß umgestaltete Remisen. Zur Zeit ist es Kloster. Große Gebäude sind hinzugebaut worden, damit das Anwesen dieser neuen Funktion gerecht werden kann.

Während der Revolution, als diese schon ihrem Ende zu ging, ist das ganz neue Wohngebäude abgebrochen worden, nicht etwa durch Revolutionäre selber. Diese hatten es zum »Nationalgut« erklärt und als es jahrelang sozusagen herrenlos dagestanden hatte, ausgeplündert worden war, hatte es die »Domänenverwaltung« verkauft. Der neue Besitzer hatte es zuerst ausgewaidet, als Steinbruch benützt, Marmorkamin um Marmorkamin, Ziegel um Ziegel; Balken um Balken, Quader um Quader verscherpelt, so wie es dem bedeutendern Schloß der Grafen von Hanau-Lichtenberg, bzw. Landgrafen von Hessen-Darmstadt in Buchweiler



ergangen ist, von dem kein Stein mehr steht. Es erging ihm wie dem Augustiner-Chorherrenstift Marbach westlich von Rufach, von dessen einstiger Schönheit noch klägliche, in ein Haus eingebaute Reste, und Kapitelle im Unterlindenmuseum zu Kolmar zeugen. Es erging ihm wie Hohandlau bei Barr, die 1806 als einzige Höhenburg der Vogesen noch unversehrt stand, heute Ruine ist und vor kurzem vor dem vollständigen Verfall gesichert werden mußte. Es erging ihm wie der zweitgrößten Kirche der Christenheit, der geschichtlich und kunstgeschichtlich so bedeutsamen Benediktinerabtei Cluny.

Infolge der Enteignung der Emigranten und der kirchlichen Gemeinschaften fielen der Nation ein riesiger Grundbesitz und unzählige, z. T. höchst wertvolle Gebäude zu. Um sie zu verkaufen oder zu verwalten, mußte eine Organisation aus dem Boden gestampft werden, kein Wunder also, daß dabei vieles zuerst verkam, dann zu Schleuderpreisen abgestoßen und schließlich sinnlos zerstört wurde; die Geldnot war groß. In unsicheren Zeiten trägt zu solchen Vernichtungen der Umstand bei, daß dann immer Geschäftemacher, Finanzhyänen sofort zur Stelle sind und aus Habgier an sich reißen, was sie können, ohne auf anderes zu achten als auf das Geld, das sie aus ihrem Erwerb lösen können. Ein solcher skrupelloser Geldmensch war auch in Oberbronn tätig, wie wir sehen werden.

Diese Studie geht eigentlich auf die Frage zurück, die mich schon als Junge beschäftigte, als Nachkomme zahlloser Oberbronner Winzer, Handwerker, Angestellter, Amtleute, die im dortigen Schloß ein und aus gingen, um den von ihnen geschuldeten »Bannwein« in den geräumigen Kellern abzuliefern, oder ihn als Schloßküfer zu behandeln, die ihren Zehnten gewiß mit geringer Freude in die Zehntscheuer brachten, als Hofschmiede die Pferde beschlugen, die Wagen in gutem Stande hielten, als Hofköche für das leibliche Wohl der Herrschaft sorgten, als Kammerdiener ihnen aufwarteten, als Schultheißen oder Stabhalter ihre Rechnungen vorlegten, ab und zu die Ehre hatten, daß jemand von der Herrschaft Taufpate für ein Kind wurde: »Wie hat dieses Schloß ausgesehen?«

Sehr bald erwies sich, daß die Arbeit ausgeweitet und das Geschehen während der Revolutionszeit in Oberbronn mit einbezogen werden mußte, wobei das Schloß und die diesem ein Ende bereitende Revolution die Schwerpunkte bilden mußten. Das in Jahrhunderten gewachsene Oberbronn hat zwei Pole: Das Kloster als Nachfolgebau des Schlosses am nördlichen Eingang, die Kirche, die einst Wehrkirche war, am südlichen. Es zieht sich in nordöstlicher Richtung in einer Höhenlage zwischen 250 und 300 Metern hin. In der Mitte steht das Rathaus, seit der Revolution »Mairie« genannt, das die Einwohner wegen der Laube im Untergeschoß, die einst zu Märkten und Versammlungen der Bürgerschaft diente »d' Laub« heißen. In Urkunden des 17. und 18. Jahrhunderts werden diese Versammlungen noch »Ding« genannt. Die »Laub« steht an der Hauptstraße, die Bad Niederbronn mit Ingweiler verbindet. Von da gehen zwei Straßen nach beiden Seiten am Berge hinauf, die »Geltersgasse« (früher manchmal »Geltruffsgasse« genannt) nach Norden, die in den höher gelegenen Teil des einstigen Weinberges, hier Rebberg genannt, führte, die »Amtsgasse« nach Süden, die am schönen, 1568



datierten einstigen Amtshaus vorbei den wohl unmittelbarsten Weg in die ausgedehnten herrschaftlichen Waldungen darstellte. So sind die drei wichtigsten Beziehungspunkte des bäuerlichen Menschen bis zur Revolution, die göttliche, bzw. kirchliche Gewalt, die weltliche Herrschaft und die Gemeinschaft der Dorfbewohner sehr sinnfällig über den Ort verteilt.



Abb. 1

Allerdings ist das Schloß erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts dort erbaut worden, wo es bis zur französischen Revolution der Herrschaft als Wohnung diente. Es heißt zwar immer wieder, dort habe die Burg der Herren von Born oder Burne, der ersten Besitzer der Herrschaft gestanden. Dies stimmt nicht. Es hätte im 12. oder 13. Jahrhundert kaum ein Ritter an einen solchen Platz eine wehrhafte Burg hingestellt. Gustav Groeber in »Geschichte Oberbronns in ihren Anfängen«<sup>1</sup> erwähnt einen Antrag vom 22. 9. 1697 des Landgrafen Friedrich von Hessen-Homburg – Kleists Prinz Friedrich vom Homburg, der mit der zweiten der leiningischen Erbtöchter, Sophia Sybille verheiratet war –, der an die »Reichsdeputation bey der Friedensdeputation in den Haag« im Zusammenhang mit dem

1 Gustav Groeber: Geschichte Oberbronns in ihren Anfängen. In: Bulletin de liaison du Club Vosgien, Section de Niederbronn-Reichshofen 6 (1958) S. 17.



noch auszuhandelnden Frieden von Ryswyck gerichtet war<sup>2</sup>. Dieser Antrag lautet: »*Memorial des Landgrafen von Hessen-Homburg in Ehevogtschaft seiner Gemahlin Sophia Sybille und seiner Schwägerin Esther Juliana<sup>3</sup> als Besitzerinnen der Herrschaft Oberbronn, auch im Namen von deren Mutter, geb. Sybille Christina von Wied. ... Vor diesem hat man das Amt Rauschenburg genannt, als aber Graf Ludewig<sup>4</sup> zu Leiningen-Westerburg in dem Flecken Oberbronn so zu Rauschenburg gehört, an die daselbst gewesene Kellerey ein schön Schloß oder Hauß bawen laßen, und er und seine Descendenten daselbst fast ständig gewohnt, die Franzosen auch das mit Graben umgebene Schloß Rauschenburg gänzlich demoliret hat man es Herrschaft, theils auch Grafschafft Oberbronn genannt.*

Nach diesem Text stand bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts am nördlichen Eingang des Ortes die *Kellerei*, das heißt, das Amtshaus mit allen dazu gehörigen Gebäuden, vor allem der Zehntscheuer und dem Keller, in dem der Bannwein abzugeben war. Hängt der Name »Geltersgasse«, den die oberhalb des heutigen Klosters vorbeiführende Gasse trägt, in verballhornter Form damit zusammen? Die aus dem 17. Jahrhundert bezeugte Form »Geltruffsgasse« könnte dem widersprechen. Jedenfalls: Bis die Grafen von Leiningen dort ihr Schloß hinbauten, stand keines dort. Die aus obigem Texte ersichtliche Tatsache, daß erst um 1570 ein Schloß die Kellerei ersetzt, stimmt auch damit zusammen, daß das schöne Amtshaus mit dem Erker in der Amtsgasse die Jahreszahl 1568 trägt. Die Kellerei wäre infolge ihrer Ersetzung durch ein Schloß an eine andere Stelle gekommen. Somit hat auch die Familie Born/Burne nicht in Oberbronn residiert. Ihren Namen hätte sie wohl eher von Niederbronn, das heute noch einen Mineralbrunnen mit sehr wirksamem Wasser hat. Schon die Römer kannten diesen, wie die vielen in der Tiefe des Brunnens gefundenen Opfermünzen zeigen. Auch die Kelten schon? Sie haben in der Gegend viele Zeugnisse hinterlassen. In Oberbronn gibt es ein Gewann »Heilebrunne«, doch von heilsamem Wasser ist mindestens heute nichts zu merken. Der Sitz der Born/Burne war die schöne Wasenburg oberhalb von Niederbronn, die in den siebziger Jahren des 17. Jahrhunderts von den Soldaten des französischen Königs zerstört worden ist. Noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts wird sie von der Familie Niedheimer von Wasenburg bewohnt.

### Zur Geschichte der Herrschaft Oberbronn

Stimmt es, wie Fritz Eyer meint, daß die Born mit den Lichtenberg, Geroldseck, Ochsenstein, Ettendorf (auf Hohenfels), Mietesheim (auf Groß Arnsberg) zu den wenigen nachgewiesenen Uradeligen des Unterelsasses gehörten? Sie erscheinen in den Urkunden als »domini«. Doch verstanden sie es nicht, ihr Territorium zu erhalten, noch weniger es auszuweiten. Schließlich standen sie in Diensten der

2 Archives du Departement Bas-Rhin, Straßburg. Sign.: E4175.

3 Verheiratet mit dem schwedischen Freiherrn Ludwig v. Sinclair.

4 Landgraf Friedrich verwechselt Vater und Sohn. Ludwig kam erst 1557 zur Welt; sein Vater Philipp starb 1597.



Herren von Lichtenberg als deren Burgmannen. Sie verkaufen einen Besitz nach dem andern: 1314 drei Viertel von Görsdorf an die Lichtenberg. Wilhelm, wohl 1314 der Enkel des verkaufenden Lamprecht, verkauft 1400 den Lichtenbergern die Wasenburg; wohl eher das, was er davon bis dahin noch besaß, denn früher scheint schon ein Teil in den Besitz der Lichtenberg gekommen zu sein<sup>5</sup>. Mit Hans von Born, der 1475 bei der Belagerung von Bitsch fiel, starb das Geschlecht aus. Ihr bedeutendstes Glied war Lamprecht oder Lambert, der nacheinander Abt des Benediktinerklosters Gengenbach (1348), Bischof von Brixen (1358), von Speyer (1364), von Straßburg (1371), von Bamberg (1374), dazu Kanzler des Kaisers Karl IV. wurde. Er starb am 17. Juli 1399, über 70 Jahre alt, zu Forchheim. Die Born führten als Wappen einen aufgerichteten roten Angelhaken mit drei silbernen, auch roten Kugeln besetzt. Das schöne, 4,50 Meter lange Palasfenster der Wasenburg, dessen obere Platte ganz aus einem Stück gehauen ist, zeugt von ihrer Liebe zum Schönen in ihrer Glanzzeit.

Oberbronn und was dazu gehörte, hatten die Born 1352 für 111 Straßburger Pfennige Otto von Ochsenstein verkauft. Seinerseits verkaufte Rudolf von Ochsenstein 1382 sämtliche Rechte, die er in Oberbronn besaß an die Lichtenberger. Nach Eyer<sup>6</sup> bestanden diese Rechte in einem Drittel des Zehnten und einem Sechzehntel des Dorfes. Die Lichtenberger scheinen nach und nach die wichtigsten Besitzer des Fleckens geworden zu sein: 1456 trat der Graf von Lützelstein ihnen unter anderem auch seine Rechte zu Oberbronn ab<sup>7</sup>. Nach Clauß<sup>8</sup> hätten die Lichtenberg die Restgüter der Born erworben, und seitdem habe das dazugehörige Gebiet den Namen »Herrschaft Oberbronn« getragen. Letzteres dürfte kaum stimmen; der Besitzer, Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg weiß dies 1697 anders, wie wir gesehen haben.

Nach dem Tode des Grafen Jakob von Lichtenberg 1480, des letzten seines Stammes, teilten sich die Töchter seines früher verstorbenen Bruders Ludwig, Anna und Elisabeth, beziehungsweise deren Gatten Philipp von Hanau und Simon Wecker von Zweibrücken-Bitsch in die Herrschaft Lichtenberg. Als die Grafen von Zweibrücken-Bitsch ihrerseits ausstarben, brachte die Erbtochter Amalie 1551 ihrem Gatten Philipp von Leiningen-Westerburg ihren Anteil an der ehemaligen Herrschaft Lichtenberg in die Ehe mit als »Herrschaft Rauschenburg«, um diese nach der Erbauung eines Schlosses am nördlichen Rande des Fleckens *Herrschaft Oberbronn* zu nennen.

Dieser Zweig der Leiningen nannte sich fortan bis zu seinem Aussterben im Mannesstamm *von Leiningen-Westerburg-Oberbronn*. Die Herrschaft wurde in zwei Ämter, Oberbronn und Niederbronn geteilt, doch um das Amt Niederbronn mußte über ein Jahrhundert lang ein Prozeß mit Hanau-Lichtenberg

5 Fritz Eyer: Das Territorium der Herren von Lichtenberg, 1202–1480. Straßburg 1938. S. 156.

6 Eyer, S. 70 bzw. Regest 587.

7 Eyer, S. 75 bzw. Regest 1029 und 1036.

8 Josef Clauß: Historisch topographisches Wörterbuch des Elsaß. Zabern 1895–1912.



geführt werden, bis 1709 der »Conseil Souverain« von Kolmar das Amt Niederbronn den Leiningen zusprach.

Zum Amt Oberbronn gehörten damals Oberbronn, Zinsweiler, Gumprechtshofen zur Hälfte, Rotbach, Schillersdorf, Uhrweiler mit Niefern, Weinburg zur Hälfte, Zittersheim, Erkartswiler, Miesesheim, Merzweiler, Schweighausen, Eckwersheim, die Weiler oder Höfe Breitenwasen, Wildenguth, Rauschenburg.

Graf Philipp, der seit 1551 mit Amalie von Zweibrücken-Bitsch verheiratet war, hat zwischen 1554 und 1570 ein Schloß im Stile der Zeit erbauen lassen, in dem der Pfalzgraf Adolf Johann von Pfalz-Birkenfeld 1669 übel gehaust hat, dessen Hauptbau aber bis 1785 stand. Aus jener Zeit sind im Dorfe außer dem schönen Amtshaus in der Amtsgasse noch viele Spuren guter Steinmetzarbeit zu finden.

1554 führte Graf Philipp die Reformation in seiner Herrschaft durch. Sein Nachkomme Ludwig Eberhard trat wieder zum katholischen Glauben über, wodurch er es Ludwig XIV. ermöglichte, das Simultaneum in Oberbronn einzuführen, so daß die Kirche an die 250 Jahre beiden Konfessionen diene, was oft zu ungunsten der Reibereien führte.

Esther Juliana, die ältere Tochter des 1665 vierzigjährig verstorbenen Grafen Johann Ludwig, heiratete den schwedischen Freiherrn Ludwig von Sinclair und starb 1729, ohne Leibeserben zu hinterlassen. Einen Teil ihres Besitzes vermachte sie ihrem Manne. Ihre Nichte, Sofie Friederike von Hessen Homburg, die Tochter ihrer Schwester Sofie Sybille erbte den anderen Teil und besaß mit diesem und dem mütterlichen Teil zwei Drittel der gesamten Herrschaft. Freiherr von Sinclair heiratete 1732 als Witwer Sofie Augusta von Lewenhaupt, Gräfin von Falkenstein, deren Tochter Luise Johanna von Sinclair 1751 den Grafen Adam von Lewenhaupt, ebenfalls aus schwedischem Hause, einen entfernten Verwandten heiratete. In erster Ehe hatte Sofie Sybille von Leiningen den Grafen Johann Ludwig von Leiningen Dagsburg geheiratet, dem sie die Söhne Karl Ludwig und Emich Leopold gebar. In zweiter Ehe mit Friedrich II. von Hessen Homburg bekam sie den Sohn Ludwig Georg. Dieser trat in der heute vollständig verschwundenen Zisterziensersabtei Neuburg am Nordrand des Hagenauer Forstes am 1. Juli 1725 zum katholischen Glauben über, seine Tochter Sofie Friederike folgte ihm auf diesem Wege ein Jahr später (J. Gaß, Studien zur elsässischen Kirchengeschichte, Straßburg 1924 S. 192). Sie heiratete 1527 den Fürsten Karl Philipp zu Hohenlohe-Bartenstein aus einer Linie des Fürstenhauses Hohenlohe, die ebenfalls zum katholischen Glauben zurückgekehrt war.

Die beiden hatten vier Söhne, Ludwig Leopold, geb. 1731, gest. 1799, nachdem er ein Jahr vorher als regierender Fürst abgedankt hatte, Clemens Armand, geb. 1732, der in den Malteserorden eintrat, Josef, geb. 1740, Domscholaster und Chorbischof zu Straßburg, später Fürstbischof von Breslau, und Christian, geb. 1742, Domherr zu Straßburg. Der Erstgeborene, Ludwig Leopold, hatte fünf Töchter und zwei Söhne Ludwig Aloys, geb. 1765, der zunächst seinem Vater folgte, aber ebenfalls abdankte und 1829 in Paris als Maréchal de France starb, und Karl Ernst, geb. 1766, der die Herrschaft übernahm. Die Hohenlohe-



Bartenstein besaßen bei Antritt der Herrschaft, zwei Drittel des Gebiets und den größten Teil des Schlosses, während die Lewenhaupt als Erben der Gräfin Esther Juliane von Leiningen im wesentlichen den Teil des Schlosses innehatten, der östlich unterhalb des Hauptbaues stand.

So waren die Besitzverhältnisse, als in Frankreich die feudale Herrschaft sich dem Ende zuneigte. Einen Teil ihres Besitzes hatten die Hohenlohe allerdings 1764 dem Freiherrn Johann von Dietrich verkauft, einem Nachkommen des nach 1681 von Louvois und Ludwig XIV. verfolgten Straßburger Ammeisters Dominikus Dietrich. Johann war vom französischen König wie vom Kaiser der Freiherrntitel verliehen worden. Er wurde der Gründer der Eisenwerke von Dietrich in der Niederbronner Gegend, die Goethe in *Dichtung und Wahrheit* rühmend erwähnt, als er den Rückweg seiner Reise in die Saargegend beschreibt. Drei Familien teilten sich also 1789 in den Besitz der alten Herrschaft Oberbronn, doch nur zwei in den des Schlosses: Die Witwe des ehemaligen französischen Generals Adam von Lewenhaupt und Karl Ernst von Hohenlohe-Bartenstein. Diese zwei ließen, um klare Verhältnisse zu schaffen, am 8. Oktober 1789 – die Revolution hatte schon begonnen, deren Verlauf konnte man aber noch nicht absehen – auf einem Plan genau festlegen, was jedem an dem Schloßareal gehörte<sup>9</sup>.

Es bestehen außerdem zwei weitere Pläne des gesamten Schloßbezirkes. Der 1772 von Johann Georg Teichmann, dem damaligen Jäger, spätern Forstmeister gezeichnete und von dem Geometer P. B. Schmid erneuerte ist im Besitze des »Cabinet des Estampes« in Straßburg und in einer Kopie in dem des heute den sehr veränderten Komplex besitzenden Klosters zu Oberbronn. Er stellt die Verhältnisse vor dem ab 1785 begonnenen hohenlohischen Neubau dar<sup>10</sup>. Der andere ist nur im Besitze des Klosters und entspricht dem Zustande von 1789, doch gibt er die innere Aufteilung eines Geschosses, wahrscheinlich des Erdgeschosses, wieder<sup>11</sup>.

Von den beiden Ämtern der Herrschaft Oberbronn hatte das Amt Oberbronn vor 1480 zum geschlossenen Territorium der Herrn von Lichtenberg gehört.

Es gab, wie wir sahen, keine »Herrschaft Oberbronn« bevor Graf Philipp I. von Leiningen-Westerburg-Bitsch die Zweibrücker Erbtöchter Amalie geheiratet hatte. Teils gehörten die Ortschaften zum Lichtenberger Amte Ingweiler, teils zum Amt Pfaffenhofen, teils hatten sie ursprünglich gar nichts mit Lichtenberg zu tun.

*Eckwersheim* gehörte als bischöflich Metzzer Lehen ursprünglich den Ochsenstein<sup>12</sup> (Eyer S. 74) dann bis 1485 den Lichtenbergern. Nach einem Prozeß mußte es 1710 den Grafen von Hanau-Lichtenberg übergeben werden.

*Erkartweiler* ist Allod der Lichtenberger<sup>13</sup> (Eyer S. 53 und 111) an die es wahrscheinlich von den Staufern, denen die dortigen Waldungen gehörten, gekommen

9 Abb. 2; Archives du Departement Bas-Rhin, Straßburg. Sign.: Q 2363.

10 Abb. 3.

11 Abb. 4.

12 Zum folgenden vgl. Eyer (wie Anm. 5).

13 *Marie-Joseph Bopp*: Die evangelischen Gemeinden und Hohen Schulen in Elsaß und Lothringen von der Reformation zur Gegenwart. Neustadt 1963.



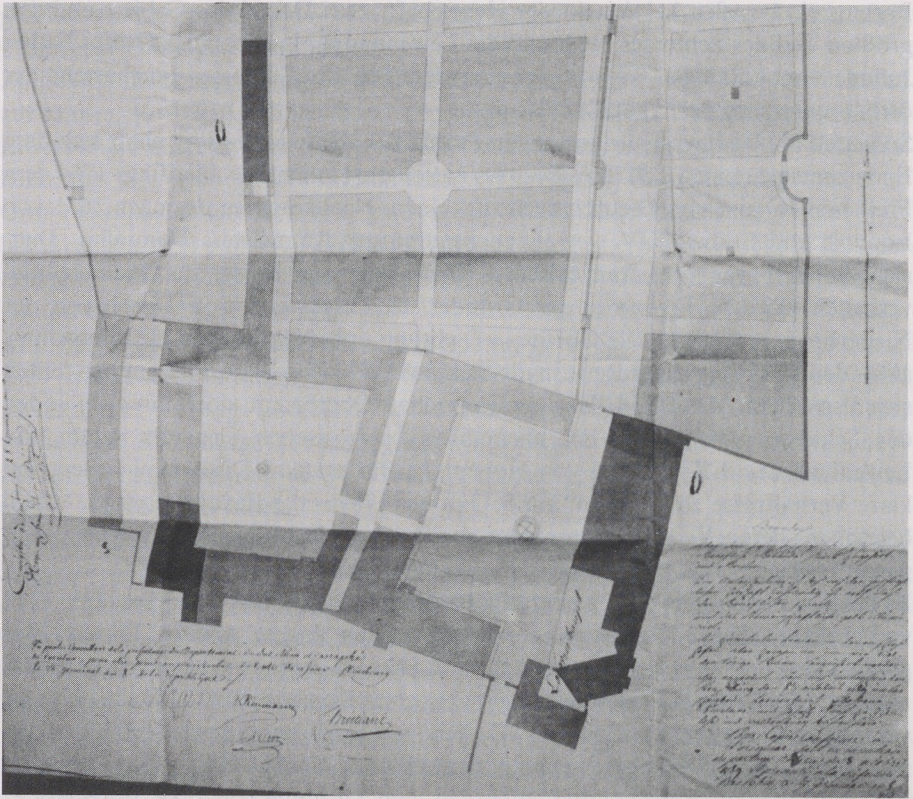


Abb. 2

ist (Eyer S. 113). Es hatte zum lichtenbergischen Amt Ingweiler gehört (Eyer S. 98 und 238). Die Zweibrücken-Bitsch erbten es und vererbten es weiter an die Leiningen-Westerburg.

**Gumprechtshofen.** Die Hälfte westlich der Zinsel wurde von den Lichtenbergern als Allod von den Landgrafen von Werd erkaufte (Eyer S. 61). Es unterstand 1460 dem Amte Ingweiler (Eyer S. 98).

**Merzweiler** wurde 1350 erworben, als die Lichtenberger das Forstrecht von dem Hagenauer Bürger Diemer Bogener erkauften. 1440 gehörte es zum Amte Ingweiler (Eyer S. 99), später zum Amt Pfaffenhofen (Eyer S. 238).

**Mietesheim** wurde ebenfalls 1332 durch Kauf vom Landgrafen von Werd erworben (Eyer S. 61) und hat immer zum Amt Ingweiler gehört (Eyer S. 98 und 238).

**Niefern.** Auch dieses kam 1332 auf dem gleichen Wege an die Lichtenberger (Eyer S. 61).

**Rotbach** ist eine der frühesten Erwerbungen der Lichtenberger, sie kauften es 1280 von Eberhard von Ettendorf (Eyer S. 57). Es gehörte zum Amt Ingweiler (Eyer S. 238).



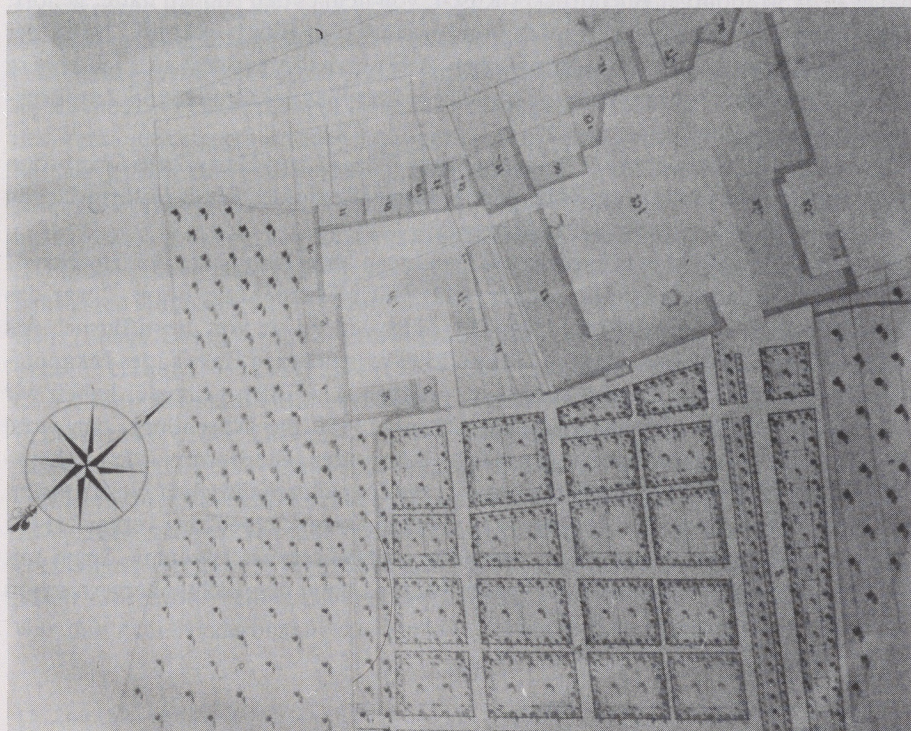
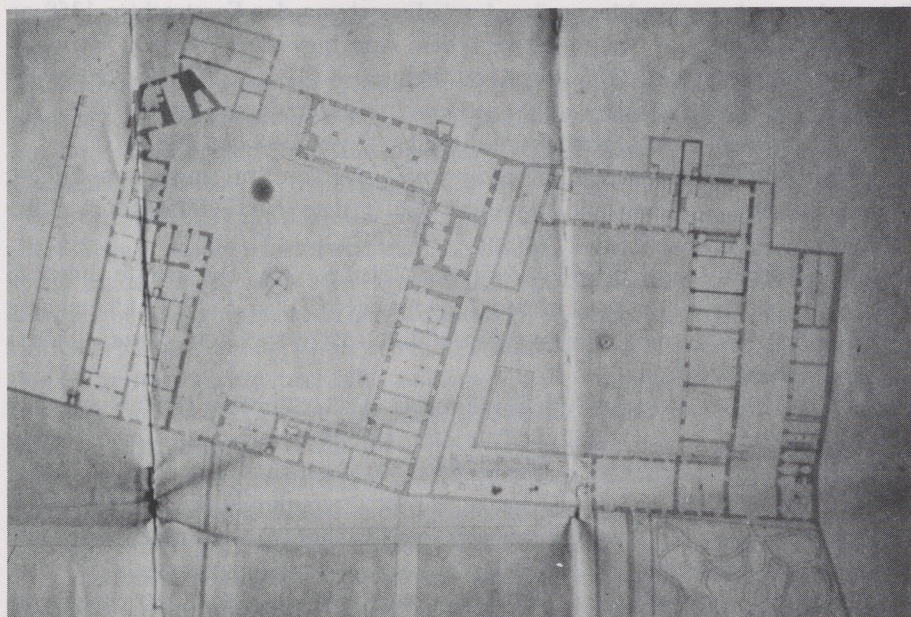


Abb. 3 + 4



*Schweighausen* kam wie Merzweiler durch Erwerbung des Forstrechtes 1350 an Lichtenberg (Eyer S. 67) und unterstand dem Amt Ingweiler (Eyer S. 238).

*Sparsbach* gehörte noch 1178 der Abtei Neuweiler (Eyer S. 51). Es war später Lichtenberger Allod und kam wohl mit Erkartweiler in deren Hände (Eyer S. 7). Es hat immer dem Amt Ingweiler unterstanden (Eyer S. 98 und 238).

*Uhrweiler*. Die Lichtenberger hatten es vom Herzog von Lothringen zum Lehen. 1440 unterstand es dem Amt Ingweiler, später dem Amt Pfaffenhofen (Eyer S. 238).

*Weinburg* kam 1316 an die Lichtenberger (Eyer S. 116). Die Hälfte einer 16 Tagwerke großen Wiese gehörte den Lützelsteinern (Eyer S. 126). Lichtenberg standen zwei Drittel des Zehnten eigentümlich zu (Eyer S. 120). Eyer gibt das zuständige Amt nicht an.

*Zinsweiler* gehörte 1359 zum Teile Hanemanns von Lichtenberg (Eyer S. 88). Der Teil westlich der Zinsel war Allod (Eyer S. 116). 1384 erwarben die Lichtenberger die Rechte der Ochsensteiner (Eyer S. 75). 1440 unterstand das Dorf dem Amt Ingweiler (Eyer S. 98) und kam später zum Amt Pfaffenhofen (Eyer S. 238).

*Zittersheim* kam wohl auf die gleiche Weise an Lichtenberg wie Erkartweiler und Sparsbach (Eyer S. 55 und 113). Es hat immer zum Amt Ingweiler gehört.

*Rauschenberg* war nach Eyer (S. 119) Allod der Lichtenberger. Doch nach Bopp hat es dem Straßburger Buchdrucker Rusch, von dem es den Namen hätte, gehört. 1495 habe es Graf Simon Wecker von Zweibrücken-Bitsch gekauft. Nach der Territorialkarte des Elsaß-Lothringischen Atlases hätte es 1450 zu Lichtenberg gehört. Das Schloß Rauschenburg war einige Zeit Sitz der Grafen von Zweibrücken-Bitsch und der Leiningen.

*Wildengut* liegt nördlich von Reipertsweiler. Wie es zur Herrschaft Oberbronn kam, war nicht zu erkunden. Nach der Territorialkarte des Elsaß-Lothringischen Atlases<sup>14</sup> gehörte es 1450 zu Lichtenberg.

*Oberbronn* wurde von den Grafen von Leiningen zum Hauptort der Herrschaft Leiningen-Westerburg-Oberbronn gemacht. Nach Clauß<sup>15</sup> und Bopp<sup>16</sup> war das Gebiet um Oberbronn ursprünglich Eigengut der Edlen von Born/Burne. Als erster wird 1232 Wilhelm erwähnt. Seines 1399 verstorbenen Enkels, des bekanntesten aus dem Geschlecht, der zu hohen kirchlichen Würden gelangte, haben wir schon gedacht. Sein Bruder Wilhelm verkaufte 1400 die Wasenburg, den wohl ursprünglichen Sitz der Familie, an die Lichtenberger. Die Born wurden Lehensleute der Lichtenberger hauptsächlich in deren rechtsrheinischen Besitzungen. Schon 1314 hatten sie den größten Teil Görsdorfs an Lichtenberg verkauft. 1401 erwarben diese den Rest. Hans verkaufte eine Wiese bei Bärenthal. Seine mit Wilhelm von Ehn verheiratete Schwester Susanna hatte den Lichtenbergern schon

<sup>14</sup> *Elsaß-Lothringer Atlas*, Frankfurt 1932.

<sup>15</sup> Wie Anm. 8.

<sup>16</sup> Wie Anm. 13.



1453 Mannschaft und Dorf Flittringen und 1456 einen Hof zu Nußweiler verkauft<sup>17</sup>.

Frühzeitig treten auch die Ochsenstein als Teilhaber in Oberbronn auf. 1357 kauften sie den Born die Vogtei ab, veräußern aber wiederholt, zuletzt 1384, Teile an die Lichtenberger, 1452 an die Grafen von Lützelstein. Diese treten 1456 ihrerseits ihre Rechte an die Lichtenberger ab. Durch Erwerb der Restgüter derer von Born wäre Lichtenberg 1466 Alleinbesitzer geworden. Doch sei bemerkt, daß diese Angabe aus dem historisch-topographischen Wörterbuch von Clauß bei Eyer nicht zu finden ist. Im wesentlichen dürfte sie aber stimmen. Die Ochsenstein besaßen ursprünglich ja auch den westlichen Teil von Zinsweiler, das immer eng mit Oberbronn verknüpft war. Jedenfalls gehörte der Ort schließlich weitgehend den Herren von Lichtenberg, die nach deren Saalbuch von 1455<sup>18</sup> dort ausgedehnten Besitz und zahlreiche Rechte hatten. Oberbronn war nun ein Teil der Herrschaft Lichtenberg geworden. Das »Amt Rauschenburg«, später »Amt Oberbronn«, setzte sich aus Gebieten zusammen, die vor 1480 zu den Lichtenberger Ämtern Ingweiler und Pfaffenhofen gehört hatten.

Das Amt Niederbronn der Herrschaft Oberbronn hatte einen andern Ursprung, es kam als Ganzes unmittelbar von den Ochsenstein her, die die Besitzungen wohl als Reichslehen innegehabt hatten. Die Lichtenberger hatten in und um Niederbronn verschiedene Rechte, so den Kirchensatz<sup>19</sup> (Eyer S. 128 und 140), das Fischwasser im Falkensteinerbach zwischen Niederbronn und Leutzental, das sie mit der Wasenburg erworben hatten, ferner ein Gültgut (Eyer S. 125). Aber die Ortschaft als solche konnten sie nicht in ihren Besitz bringen, obwohl sie diese dem Wortlaut des Verkaufsvertrages mit den Landgrafen von Werd nach 1332 erworben hatten. Sie war jedoch kurz vorher den Ochsensteinern verkauft worden.

Mit den Dörfern Griesbach, Gumprechtshofen-Niederbronn, Gundershofen, Utenhofen überließ Georg von Ochsenstein, der letzte seines Stammes (Groeber 1959 S. 12) bei seinem Tode 1485 Heinrich I. von Zweibrücken-Bitsch, der 1442 Georgs Schwester Kunigunde geheiratet hatte, die ganze Herrschaft Ochsenstein. Heinrichs Enkel Georg »von Zweibrücken-Bitsch und Ochsenstein«, der kinderlos blieb, verkaufte sie 1526 seinem Vetter Reinhard von Zweibrücken-Bitsch (2. 3. 1532). Reinhard hatte zwei Söhne, Simon Wecker, dessen Tochter Amalie als Erbtochter 1551 den Grafen Philipp I. von Leiningen-Westerburg heiratete, und Jakob, dessen Tochter Ludovika Margarete 1560 ihren Vetter Philipp V. Grafen von Hanau-Lichtenberg heiratete. Sie brachte diesem nach dem Tode ihres Vaters 1570 einen großen Teil der einst an Zweibrücken-Bitsch gefallenem Hälfte der ehemaligen Herrschaft Lichtenberg als Erbe. Die inzwischen entstandene Herrschaft Oberbronn fehlte. Sie war an Leiningen-Westerburg gefallen. Umstritten war das Amt Niederbronn, das Hanau-Lichtenberg beanspruchte und in Besitz

17 Eyer (wie Anm. 5), S. 74.

18 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: E 1975.

19 Vgl. zum folgenden Eyer, wie Anm. 5.



nahm, aber nach einem langwierigen Prozeß 1709 endgültig den Leiningen-Westerburg-Oberbronn, bzw. deren Erben übergeben mußte.

Wie diese sich die Herrschaft teilten, haben wir schon gesehen. Sophie Friederike, Fürstin von Hohenlohe-Bartenstein, geb. Landgräfin von Hessen-Homburg, beabsichtigte, aus den zwei Dritteln der Herrschaft Oberbronn, die sie geerbt hatte, eine Sekundogenitur zu machen. Letzter Inhaber war Karl Ernst, geb. 12. 3. 1766, gest. 16. 7. 1838 als Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein-Jagstberg. Er und sein Vater haben sich lange bemüht, die im Zuge der französischen Revolution verlorene Herrschaft Oberbronn wiederzuerlangen. Als dies sich als aussichtslos erwiesen hatte, strebten sie eine Entschädigung an, die sie auch erhielten.

Die Fürstin Sofie Friederike von Hohenlohe-Bartenstein, hatte 1764 nach dem Tode ihres Gemahls einen Teil der Herrschaft an den Freiherrn Johann von Dietrich verkauft. Auf einer im Juli 1764 hergestellten Karte des gesamten Herrschaftsgebietes<sup>20</sup> wird angegeben, daß folgendermaßen geteilt worden sei: Die Fürstin Hohenlohe besitze weiterhin die Ortschaften Oberbronn, Merzweiler, Weinburg, Sparsbach, Erkartweiler, Zittersheim, Moderfeld und Lettenhofen, (zwei Weiler westlich bzw. nördlich von Zittersheim), dazu die Wälder Waldberg, 2235 Morgen, westlich von Oberbronn, Brunnmattwald, 137 Morgen, und Ameisenwald, 6 Morgen, beide bei Zinsweiler, Thannerwald, 148 Morgen, und Dieffenthalwald, 12 Morgen, beide bei Offweiler. Dem Grafen Lewenhaupt gehören Niederbronn, Gundershofen, Griesbach, Utenhofen, Gumprechtshofen-Niederbronn, Scheuerlenhof, Ingelhofen, dazu die Wälder Großenwald, 745 Morgen, bei Niederbronn und Rebberg, 789 Morgen, bei Zinsweiler. Dem Freiherrn von Dietrich gehörten von nun an Gumprechtshofen-Oberbronn, Uhrweiler, Zinsweiler, Rotbach, Rauschenburg, Wildengut, die Niederjagd und der große Zehnt zu Offweiler, dazu die Wälder Sternenberg bei Rauschenburg, 645 Morgen, Wildenwald bei Wildengut, 543 Morgen, und Bodenwald bei Zinsweiler, 232 Morgen.

Die Wälder von Erkartweiler, Sparsbach und Zittersheim, zusammen 3763 Morgen, sind auf der Karte angegeben, aber keinem zugesprochen, da Hessen-Darmstadt, wegen deren behaupteten Zugehörigkeit zum Amt Ingweiler, um diese einen Prozeß führe.

Der auf diesem Plane angegebene Besitz der Hohenlohe mitsamt den dazu gehörigen Gütern, Zinsen und Rechten ist das, was dem Fürstenhaus durch die französische Revolution verlorengeht und um das Vater und Sohn, sich verbissen bemühen, bis Prinz Karl Ernst die Vergeblichkeit aller Anstrengungen einsehen muß und sich wie die anderen im Elsaß und in Lothringen begüterten Reichsstände auf rechtsrheinischem Gebiet abfinden läßt. Wie es zu diesem Verlust kam, und was sich zu jener Zeit in Oberbronn abspielte, sei das Thema dieser Studie.

20 Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein (HZAN), Archiv Bartenstein. Bü 361.



## Wert der Herrschaft Oberbronn

Es war kein kleiner Brocken, um den sich der Zweig Bartenstein des Hohenloher Fürstenhauses bemühte. Alles mögliche wurde versucht, und dabei kam es zu manchem Fehlgriff, der die Aussicht des Fürstenhauses verringerte, seinen Besitz, abgesehen von den Feudalrechten, die ohnehin verloren waren, zu behalten. Fürst Ludwig Leopold gab wie die anderen Reichsstände auch, etwa wie der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Herzog von Württemberg und viele andere, beim Reichstag zu Regensburg ein Verzeichnis seiner Güter und Rechte ab, doch was nützte das? Welches Recht sich durchsetzt, bestimmt der, der die entscheidende Macht hat, und die militärische Macht lag sehr bald in den Händen der französischen Generale.

Die rechtliche Stellung der Herrschaft Oberbronn war wie die der meisten elsässischen und lothringischen Herrschaften sehr kompliziert. Der Inhaber hatte dem französischen König den Lehnseid zu leisten. War er deutscher Fürst – die Hohenlohe waren dies –, so war er gehalten, ebenfalls dem Kaiser zu huldigen. Solche verwickelten Verhältnisse mußten bei Friedensschlüssen immer wieder berücksichtigt werden. So betont Weihbischof Johann Nepomuk Wolf als Bevollmächtigter des regierenden Fürsten am 24. 8. 1795<sup>21</sup> in einer Denkschrift: *Diese dem deutschen Reiche ohne Mittel unterworfenene Herrschaft Oberbronn wurde noch durch die jüngsten Friedensschlüsse mit der Crone Frankreich feierlichst garantiert; diesem unangesehen gleichwohl durch die nach und nach ausgedehnte französische Hoheitsrechte, gleich andere in dem Elsaß gelegene Reichsständischen Besitzungen vollends usurpiert.*

Auch nach dem Verkauf eines Teiles an den Freiherrn von Dietrich brachte die den Hohenlohe verbliebene Herrschaft im Durchschnitt noch gute 15000 Gulden jährlich, wie eine die zehn Jahre von 1776 bis 1785 umfassende Aufstellung von Jacques Mathieu, dem in Straßburg lebenden Berater und mit der Abwicklung finanzieller Geschäfte des Fürsten beauftragten Hofrats, vom 8. 2. 1788 erweist. Die im Dezember 1791, also schon im dritten Jahre der Revolution abgegebenen Erklärungen der Municipalitäten der ehemaligen Herrschaft stützen die von Mathieu angegebene Summe:

Oberbronn	11466 Pf.
Merzweiler	2633 Pf.
Weinburg	3618 Pf.
Sparsbach	777 Pf.
Erkartweiler	1661 Pf.
Zittersheim	1755 Pf.
	<hr/> 21710 Pf.

Das sind 10885 Gulden. Es handelt sich dabei nur um die abgeschafften Feudalrechte, nicht um das Privateigentum des Hauses mit etwa 40 ha landwirtschaftlich

21 Wie Anm. 20.



genutzem Boden, dem Schloß und dem großen Wald. Der von Hofrat Mathieu angegebene Durchschnitt von 15000 Gulden jährlich dürfte als nicht zu hoch gegriffen sein. Trotz des Verkaufs in den sechziger Jahren waren dem Hause Hohenlohe demnach bedeutende Einkünfte aus seiner elsässischen Herrschaft verblieben.

Wie war es wohl zu diesem Verkauf gekommen? Eine schlüssige Antwort haben die Urkunden bis jetzt nicht gegeben, aber es dürfte nicht abwegig sein, die Ursache in einem gewaltigen Schuldenberg zu suchen, der schon die Fürstin Sofie Friederike drückte. Wer den verursacht hatte, konnte nicht festgestellt werden, doch schon ihre Mutter, Sofie Sybille, geb. Gräfin von Leiningen-Westerburg-Oberbronn, war bei dem Tode ihres Mannes, des Landgrafen Friedrich, nicht imstande gewesen, den Dienern den Lohn auszuzahlen, da der Verkauf von Möbeln und von persönlichen Gegenständen ihres Mannes nicht die Summe einbrachte, die dazu nötig gewesen wäre<sup>22</sup>. Laut Verordnung des Conseil Souverain vom 29. April 1728 war diese Erbschaft unter Sequester gestellt worden, wie aus einer Klage der Erben des ehemaligen »Landreutters« Anton Clamm um den 2. August 1766 hervorgeht<sup>23</sup>. Clamm war ein Diener und Untertan gewesen, bei dem die Herrschaft nicht unerhebliche Schulden hatte. Diese Urkunde weiß aber von noch anderen Schulden, hinter denen die der Erben Clamm zurücktreten mußten, und die 253 567 Pf., 11 Schilling und 8 Pfennig betrugen. Immer wieder tauchen Berichte von Hofräten und Rentmeistern auf, die sich auf diese Sequestrierung beziehen<sup>24</sup>. Nach Hofrat Kirchner schuldete die Fürstin 1757 an das Straßburger Domkapitel allein an Zinsen 49 147. Ob Pfund oder Gulden, ist nicht angegeben. Auch der Bankier Johann von Türkheim hatte Geld vorgeschossen. Diese Schulden dürften sich kaum verringert haben.

Die hohenlohischen Schulden im Jahr 1776 z. B. betrugen:

Thomaskapital zu Straßburg	200000 Pf.
Stift zu Zabern	24000
an H. Haigelius	11500
an Antmann Germer	11000
an Abbé Donnerey	9000
an Notar Demeuré	2000
	<hr/>
	257500 Pf. <sup>25</sup>

Die Erben Clamm werden nicht mehr erwähnt. 1772 hatte die Fürstin für die 200000 Pf., die sie dem Domkapitel schuldete, 8000 Pf. Zinsen zu zahlen, was sie am 17. August noch nicht getan hatte<sup>26</sup>.

Nicht zuletzt um dieses Sequester aufheben zu lassen, dürfte die Fürstin Sofie

22 HZAN, Archiv Bartenstein Bü 349.

23 Ebenda.

24 HZAN, Archiv Bartenstein Bü 358.

25 HZAN, Archiv Bartenstein Bü 354.

26 HZAN, Archiv Niederstetten, Bü 358, Bericht des Oberschaffners des Domkapitels, Frischelt.



Friederike, die wir in ihren Briefen und Anordnungen als umsichtig und energisch kennenlernen, sich zu dem sicher schmerzlichen Schritt entschlossen haben, einen Teil ihrer Herrschaft abzustoßen.

Begreiflicherweise verkaufte sie nicht die besten Teile. Johann von Dietrich strengte einen Prozeß gegen die Landgräfin wie gegen den Grafen Adam von Lewenhaupt an. In einer nach 1764 anzusetzenden gedruckten Denkschrift beklagt er sich, bei der Aufteilung der Herrschaft schlecht weggekommen zu sein, außer Uhrweiler habe er recht wertlose Ortschaften bekommen. Natürlich ist diese vom Standpunkte des Käufers aus abgefaßt. Freiherr Johann von Dietrich und seine Nachkommen haben es verstanden, die einstige Hammerschmiede zu Zinsweiler, mit der schon die Leiningen-Westerburg nichts rechtes hatten anfangen können, zu einem blühenden Zweige der Firma Dietrich & Co. zu entwickeln.

Wie schon erwähnt, bestand 1789 der Besitz des Hauses Hohenlohe-Bartenstein im Elsaß noch aus den Ortschaften Erkartweiler, Oberbronn, Sparsbach, Weinburg und Zittersheim. Dazu kam ein Zehntel der Bet zu Pfaffenhofen, zwei Drittel des Zehnten in drei Gewannen zu Obersulzbach und zwei Drittel des Zehnten in zwei Gewannen zu Niedersulzbach<sup>27</sup>.

Alle Feudalrechte, die aus diesem Besitze abzuleiten waren, hatte die französische Nationalversammlung in der Nacht vom 4. zum 5. August 1789 aufgehoben. Der Adel hatte auf alle Frondienste und alle Feudallasten, die die Grundherren erhoben hatten, verzichtet, die Geistlichkeit auf ihren Zehnten. Dazu hatte der Adel die Jagdrechte und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit aufgegeben. Dies bedeutete das Ende einer tausendjährigen Ordnung, die sich überlebt hatte, was freilich nicht gleich jedem einleuchten wollte, vor allem jenen nicht, die den Nutzen daraus gezogen hatten. So weigerten sich die Standesherrn aus dem Reich, die neue Ordnung auch für ihre Gebiete anzuerkennen, ihre Rechte seien durch Verträge mit der Krone Frankreichs hoch und heilig garantiert. Der König, solange er noch nicht ganz machtlos war, bot auch Entschädigungen an, nur wenige nahmen dieses Angebot an, so die Fürsten von Wertheim und von Löwenstein. Man hoffte, die neue französische Ordnung, die vom standesherrlichen Standpunkt aus nur als die schlimmste Unordnung angesehen werden konnte, werde bald zusammenbrechen. Zudem sei es ja Pflicht des Kaisers, der die Verträge mit der Krone Frankreichs für sich und das Reich geschlossen hatte, ihre Rechte zu verteidigen. Dieses Denken entsprach durchaus althergebrachten geregelten Zuständen, doch die werden durch die Revolution hinweggefegt.

Wie wenige, denen es gut geht, sehen schon die Not des Darbenden und sind bereit, zu dessen Gunsten auf eigene Vorteile zu verzichten? Die Not in Frankreich war riesengroß gewesen, bis hin zu jahrelangen Hungersnöten. Die Unterschiede zwischen den darbenden Bauern und den sehr wohl lebenden oberen Ständen, allen voran den Höflingen in Versailles, von denen der damalige Bischof von Autun und spätere Staatsmann Talleyrand erklärt hat: *Qui n'a pas connu l'Ancien*

27 HZAN, Archiv Niederstetten Bü 361/2.



*Régime, ne sait ce qu'est la douceur de vivre.* (Wer das ancien régime nicht gekannt hat, weiß nicht, wie süß das Leben ist.) waren riesengroß geworden. Sie wurden schmerzlichst als Ungerechtigkeit empfunden.

Als sichtbarer Ausdruck der Ablehnung dieser Zustände, brachen nach dem 14. Juli, der in Paris das Zeichen dazu gegeben hatte, die oft blutigen Bauernunruhen in Frankreich aus. Auch die Untertanen in der Herrschaft Oberbronn begehrten Ende Juli auf, obwohl im Elsaß die Zustände nicht so katastrophal waren wie im übrigen Frankreich, wohl weil der Adel stärker zwischen dem zentralistischen Königtum und den Bauern stand und manches ausgleichen konnte, was der ganz nach Versailles orientierte französische Adel nicht tat. Vielleicht auch weil neue Kulturen wie Kartoffeln und Mais besser eingeführt waren und Wohl und Wehe nicht so sehr vom Geraten oder Mißraten des Weizens abhing.

### Aussehen des Schlosses

Der Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist das Schloß zu Oberbronn, wo die Besitzer der Herrschaft, wenn auch nur zeitweilig, residierten. Es galt als Zeichen des Feudalismus. Von Philipp von Leiningen-Westerburg erbaut, war es durch Erbgang in die Hände anderer Familien gekommen. Von dem Bau jenes Grafen stehen nur noch sehr bescheidene Gebäulichkeiten rechts und links der Einfahrt, der ehemaligen Schloßpforte, zu denen zwei Türen mit typischen Renaissancegewänden Einlaß gewähren. Dazu ein Türmchen mit Wendeltreppe und die Einfahrt mit je einem Rundbogen außen und innen. Dieses Tor ging keineswegs auf die Hauptstraße, die »Allmendgasse«, wie sie in den Urkunden der damaligen Zeit heißt, sondern hinter heute abgegrissenen Häusern, von denen um 1680 eins einem Schmied gehört hatte, in die sehr kurze »Schloßgasse«, dem heutigen »Leiningerplatz«, und von da in die »Kesselgasse«. Es war also keinesfalls ein monumentaler Eingang. Die heutige Einfahrt ins Kloster an der Niederbronner Straße stammt vom Ende des 18. Jahrhunderts.

Der Plan von 1779 zeigt, daß das Hauptgebäude, das die Hohenlohe-Bartenstein geerbt hatten, einen nach Osten, der Rheinebene zu schauenden Hauptflügel und im Norden einen nach Osten ziehenden Seitenflügel besaß. Jedem Flügel war ein sechseckiger Treppenturm vorgelagert, wie diese im 16. Jahrhundert gerne gebaut wurden.

Zu der nach Niederbronn führenden Straße war das Schloßgelände durch einen längern aber ziemlich niedern Bau abgeschlossen, vor dem noch das in Privathänden befindliche Gasthaus »Zum Schwanen« unmittelbar an der Straße stand. Jenes eigentlich recht bescheidene Gebäude, das erst 1925 abgerissen wurde, gehörte 1789 der Familie der Grafen von Lewenhaupt und wurde von Carolina Christina Augusta, der Witwe des ehemaligen französischen Generals Grafen Adam von Lewenhaupt aus schwedischem Geschlecht bewohnt.

Das eigentliche, den Hohenlohe-Bartenstein gehörende Schloß diente diesen als





Abb. 5

zeitweiliger Aufenthalt; vor allem den Familienmitgliedern, die im Straßburger Domkapitel eine Würde innehatten. Hauptsitz der Familie blieb Bartenstein. Dieser Zustand war für Bau und Besitz nicht eben förderlich, das Auge des Herren fehlte meist, und Fürstin Friedrike Sofia hatte manchen Ärger mit Dienern und Beamten, vor allem um 1765 mit Amtmann Gerhardi, der Räume des Schlosses bewohnte und nach den im Hohenlohe-Zentralarchiv aufbewahrten Unterlagen manches veruntreut zu haben scheint, so daß er schließlich die Flucht ergriff. Unter ihm scheint auch das übrige Dienstpersonal nicht vorbildlich gewesen zu sein. Die Verwaltung und Wartung der ausgedehnten Forste ließ oft zu wünschen übrig. So mußte ein Förster Bopp entlassen werden. An seine Stelle trat 1767 Johann Michael Hessenauer aus Raboldshausen bei Blaufelden nördlich von Crailsheim, ein bewährter Mann. Später wurde er zum »Hofjäger« ernannt. Es wird von ihm berichtet, daß er bei der Bevölkerung nicht beliebt war, denn er brachte Ordnung in die Forste. Er wurde 1776 Opfer eines Jagdunfalls. Ihm folgte Johann Georg Teichmann als Förster zuerst, als Forstmeister später, bis er vor der Schreckensherrschaft fliehen mußte. Wir werden ihm noch begegnen.

Der Sohn Josef der Fürstin Friederike Sofie läßt 1785 das Renaissance-Schloß abreißen und anschließend ein weit größeres im klassizistischen Stil erbauen. Auch Nebengebäude sind durch neue ersetzt worden.

Von diesem Bau gibt es, wie schon erwähnt, zwei Pläne; dazu eine etwas steif ausgeführte Ansicht aus der Vogelschau. Diese zeigt auf drei Seiten um den



vorderen Hof das dreiflügelige Hauptgebäude mit einem Erdgeschoß und zwei Obergeschossen. Drei Türen führen in den Mitteltrakt, die eine in dessen leicht vorspringenden, eine Türe und zwei Fenster breiten mittleren Teil, der von einem Dreiecksgiebel gekrönt wird. Dies entspricht im wesentlichen dem erwähnten Plane von 1789<sup>28</sup> und dem in Oberbronn aufbewahrten. Ersterer hatte nur den Zweck, die Aufteilung von Gebäuden und Gärten zwischen dem fürstlichen Haus Hohenlohe-Bartenstein und dem gräflichen von Lewenhaupt nachzuweisen und diente dann beim Verkauf des Hohenloher Anteils als Nationalgut dazu, die beschlagnahmten fürstlichen von den nicht beschlagnahmten gräflichen Teilen zu unterscheiden. Denn die Gräfin Lewenhaupt hatte den Mut, entgegen der Haltung ihrer meisten Standesgenossen auch während der Schreckensherrschaft auf französischem Territorium zu bleiben als »Citoyenne Lewenhaupt«.

Der Plan des Renaissanceschlusses stammt aus dem »legs Claparède« das die Nachkommen der letzten Besitzer, der Grafen von Stralenheim, dem Straßburger Museum vermacht haben. Der Straßburger Architekt August Sigrist hat ihn 1925 sehr genau kopiert, als er an Stelle des den Lewenhaupt, später Stralenheim verbliebenen Traktes ein neues Gebäude aufführte, das verschiedene Verwaltungsdienste des Klosters aufnehmen sollte. Es fehlt darauf die wohl erst nach 1785 erbaute heutige Umfassungsmauer des gesamten Grundstücks aus rotem Sandstein mit dem schönen halbkreisförmig sich öffnenden Eingang, der deutlich die Merkmale des ausgehenden 18. Jahrhunderts trägt, und auf den beiden späteren Plänen zu erkennen ist. Erstaunlicherweise ließen sich bis jetzt weder in Straßburg noch in Neuenstein Bauakten aus den Jahren 1785–1797 finden. Ein Stein in dem allein erhaltenen Keller besagt auf Lateinisch, Deutsch und Französisch »Erbaut den 12. April 1786«. 1787 war wohl das Vorhaben noch nicht ganz abgeschlossen.

Die hohen Schulden, die Prinz Karl Ernst hinterließ, als er enteignet wurde, dürften von diesem großzügigen Bau herrühren den wohl sein Onkel Josef, der Domscholaster zu Straßburg und spätere Fürstbischof zu Breslau hatte errichten lassen und den dieser dann seinem Neffen überließ<sup>29</sup>. Josef und sein Bruder Christian waren hohe Würdenträger des Straßburger Domkapitels, so wie schon früher eine Reihe Mitglieder des gräflichen, später fürstlichen Hauses dies gewesen sind, unter anderen Graf Sigismund, der die Reformation begünstigt hatte. Von 1717 bis 1773 wurden nicht weniger als acht Hohenlohe in das Domkapitel aufgenommen.

Bei dem Domscholaster Josef wohnte sein Neffe Karl Ernst, der auch in den geistlichen Stand aufgenommen werden sollte. Er war Domizellar in Straßburg und außerdem Domherr zu Köln und Stiftsherr zu Ellwangen<sup>30</sup>. Er absolvierte seine Studien an der Universität Straßburg, wohl an der katholischen. Als sein Bruder Ludwig Alois nach der Mediatisierung aus Ärger über die Angliederung

28 Archives du Departement Bas-Rhin, Sign.: Q 2363.

29 Aus dem Leben des Fürsten Karl Joseph zu Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein-Jagstberg. In: Archiv für Hohenlohische Geschichte 2 (1870), S. 319.

30 *Josef Gaf*: Studien zur elsässischen Kirchengeschichte. Straßburg 1924.



seiner Herrschaft an Württemberg abdankte, wurde Karl Ernst Chef des Hauses Hohenlohe-Bartenstein.

Die beiden Onkel Josef und Christian hatten als Mitglieder des Domkapitels leicht Zugang gehabt zu den Geldern, die dieses auslieh, und scheinen davon reichlich Gebrauch gemacht zu haben, bzw. das Domkapitel stand bei anderen Gläubigern für ausgeliehene Gelder gut. So garantiert es 1782 Joseph Monnier »ancien commissaire des guerres« 17000 Pfund, die die fürstlichen Brüder Ludwig Leopold und Christian nach einem Prozeß dem Juden Aron Meyer aus Mutzig und den Erben Oesinger zu zahlen hatten. Frischelt war Rentmeister des Hochstiftes und erhielt den Auftrag, Kautions zu stellen<sup>31</sup>.

Vom Renaissancebau des Grafen Philipp von Leiningen-Westerburg standen 1789 nur noch wenige Nebengebäude. Die wichtigsten davon gehörten wiederum der Gräfin Lewenhaupt. Das eigentliche Schloß hatte dem hohenlohischen Neubau weichen müssen. Lucien Pflieger schreibt, der Hauptbau habe die stattliche Länge von 50 m gehabt. Er gibt keine Quelle an. Heute steht noch ein Teil der ehemaligen Wirtschaftsgebäude, die den hintern Hof umgaben und durch Graf Stralenheim wesentlich erhöht und zu einem Schloß umgestaltet worden sind. Dieser Bau ist 43 m lang. Dahinter, dem Berge zu, stehen die späteren Wirtschaftsgebäude unterhalb der Geltersgasse. Sie sind auch auf der nach Pflieger als von »Josef Ernst« – damit ist wohl Fürst Josef Ernst bzw. Karl Ernst gemeint – stammenden Zeichnung zu sehen. Der Wohnbau der Familie Lewenhaupt ist darauf nicht abgebildet.

Durch alle Berichte über das Kloster, bzw. das ehemalige Schloß geistert die Kunde von einem Schlußstein mit dem Wappen der Herren von Born/Burne, der bei Abbruch des »gotischen Gewölbes des einstigen Schloßkellers« zum Vorschein gekommen wäre, doch weiß niemand, wo er geblieben ist. Es heißt, er erbringe den Beweis dafür, daß an Stelle des leiningischen Schlosses einst die Burg der Born gestanden hätte. Das ist keineswegs schlüssig, denn dieser Wappenstein hätte genauso gut an oder in der ehemaligen »Kellerei« als Herrschaftszeichen sich befinden können<sup>32</sup>. Wir sahen: Das Schloß hat nicht bestanden.

Halten wir uns an das, was aktenkundig oder in Stein eingemeißelt ist: Das älteste Datum im Schloßbereich, 1554, finden wir über dem Kellereingang gleich gegenüber der ehemaligen Einfahrt und unter dem ehemaligen Lewenhauptischen Bau. Das Gebäude darüber wurde 1924/1925 abgerissen und durch das heutige ersetzt. Im Winter 1944/1945 diente der Keller den Nachbarn des Klosters als Bunker zum Schutze gegen amerikanische Granaten. Den dreisprachigen Stein vom 12. 4. 1786 im Keller unter dem abgerissenen Schloß haben wir schon erwähnt. Eine Inschrift datiert den untern Teil des heutigen, den großen Hof abschließenden Hauptbaus als aus dem Jahre 1787 stammend. Der Wirtschaftsbau dem Berge zu, unmittelbar unterhalb der Geltersgasse, wurde nach einer Inschrift 1788 erstellt. Damit war

31 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q 3036; Klage der Elionor Monnier, verheirateten Champey, vom 15. 8. 1801.

32 Lucien Pflieger: Die Kongregation der Schwestern des Allerheiligsten Heilands. Straßburg 1921.



anscheinend mit Ausnahme eines Teiles der Querflügel des Hauptbaus das Bauvorhaben abgeschlossen, und so stand das Schloß bei Ausbruch der Revolution da: der größere Teil hohenlohisch in einem neuen Gebäude, der geringere lewenhauptisch und noch aus dem 16. Jahrhundert stammend. Die Wirtschaftsgebäude gehörten meist den Hohenlohe, z. T. auch den Lewenhaupt.

Es scheint, daß die Hohenlohe ihr Oberbronner Schloß zuerst als Verwaltungsmittelpunkt ihrer elsässischen Herrschaft angesehen haben. Entsprechend war es heruntergekommen. Der Hagenauer Stadtrentmeister Deis wird um Rat befragt, wie die Herrschaft Oberbronn zu sanieren wäre. Rat Engelbach schreibt ihm am 23. 4. 1758, ... *daß die Haushaltung zu Oberbronn bishero nicht wohl geführt worden, ist wohl unleugbar. Die Gründe seien bekannt: Einer der vornehmsten besteht darinnen, daß niemalen eine gehörige Subordination vorgewaltet und die Rentmeister insgesamt sowohl in einnahme wie ausgabe pro lubitu gehandelt und sich der Cantzley nicht unterwerfen wollen* ...<sup>33</sup>

Die Herrschaft residierte wohl nie in Oberbronn und überließ die Wirtschaft den Beamten, die von Bartenstein aus sehr schlecht zu kontrollieren waren, so konnten auch die Gelder, um die hohe Schuldenlast, die die Fürstin Sophie Friederike wohl als Belastung der Herrschaft mit in die Ehe gebracht hatte, nicht herausgewirtschaftet werden.

Schon bevor der Hagenauer Stadtrentmeister um Rat befragt worden war, hatten Fürst Karl Philipp und Fürstin Sophie Friederike nach einem Ausweg gesucht, um die Schwierigkeit, die darin bestand, daß die beiden Teile ihres Besitzes vier Tagesreisen auseinander lagen zu überwinden: In § 19 seines am 29. 11. 1747 abgefaßten Testaments bestimmt der Fürst, was die Fürstin nach dessen Tod am 1. 3. 1763 ihrerseits in ihrem Testament vom 9. 7. 1763 bestätigt, daß die Herrschaft Oberbronn als Sekundogenitur zu Gunsten des zweiten, nicht im priesterlichen Stande lebenden Sohnes errichtet werden soll<sup>34</sup>. Doch waren alle drei jüngeren Söhne Kleriker, so verblieb der älteste, Ludwig Leopold, im Genuß auch dieser entlegenen Herrschaft. Er verzichtet aber am 12. 8. 1777 freiwillig auf diesen infolge der Schuldenlast recht fragwürdigen Genuß zugunsten seines Bruders Josef, der ja als Chorbischof von Straßburg viel näher bei Oberbronn residierte. Am 26. 8. 1777 wird eine genaue Aufstellung des den Hohenlohe nach dem Verkaufe eines Teiles der Herrschaft an den Freiherrn Johann von Dietrich noch verbliebenen Besitzes und der damit verbundenen Rechte aufgestellt. Der damals 37jährige Prinz Josef darf nichts veräußern, übernimmt die auf der Herrschaft lastenden 319000 livres Schulden, darf keine weiteren Schulden darauf machen und soll trachten, »wenn immer möglich« nach und nach einige Abzahlungen zu machen. Er hat die Prozeßkosten gegen Hessen-Darmstadt zu bestreiten. Desgleichen trägt er die 50 Carolin für Erziehung und Studium des in Straßburg weilenden Prinzen Karl, die bisher von Bartenstein aus bezahlt wurden. Dieser Prinz Karl, der sich auch Karl Josef oder Josef Ernst nennt, tritt 1788, als sein

33 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 346/1.

34 Wie Anm. 33.



Onkel Josef den Erzbischofsstuhl von Breslau besteigt, dessen Nachfolge in der Herrschaft Oberbronn an, wird diese aber infolge der französischen Revolution schon vier Jahre später verlieren.

In welchem Zustand um 1770 das von Graf Philipp von Leiningen in den fünfziger Jahren des 16. Jahrhunderts erbaute Schloß war, zeigen zwei Briefe. Den ersten schreibt am 7. 7. 1766 ein nicht genannter Oberbronner Beamter an Abbé Bethmesser, offenbar einen dem damals 23 Jahre alten Domherrn zu Straßburg, Prinzen Christian zu Hohenlohe Bartenstein, den jüngsten Sohn von Fürst Karl Philipp und der mehrfach erwähnten »Landgräfin« zugeteilten Geistlichen, als der Prinz die Absicht hat, eine Kur in Bad Niederbronn zu machen. Der zweite ist von dem Oberbronner Hofrat Popp am 26. 3. 1770 an die Fürstin geschrieben worden. Hier handelt es sich wohl um Fürstin Polyxena, geb. Gräfin von Limpurg und Bronckhorst, Gemahlin des Fürsten Ludwig Leopold und Mutter der im Briefe erwähnten kleinen Prinzen Louis (Ludwig Alois) und Charles (Karl Ernst), die die Fürstin begleiten sollten. Ausgeschlossen, daß es sich um die »Landgräfin«, die Großmutter der Prinzen, handelt, ist es natürlich nicht, aber weniger wahrscheinlich.

Der Schreiber des ersten Briefes hat von der Fürstin, in diesem Fall der Landgräfin, die Weisung erhalten: *daß wie ihro des Printzen Christian hochfürstl. Gnd. zu Gebrauchung der Niederbronner Cur anhero zu kommen geruhen würden, höchstdenenselben nicht nur das Schloß zur Wohnung eingeräumt – sondern auch Holtz, Fische und Wildpret nach der Jahreszeit verabfolget werden solle. Es wird uns demnach die größte Gnade geschehen wann wir dahin so glücklich seyn würden Smo ppo unseren unthst. respect persöhnlich bezeugen zu können.*

*Was die Zimmer belanget, so vernahm ich bey meiner gestrigen Nachhauß Kunft, daß das grüne und rothe Zimmer von denen wenig saisirten Gerhardischen effecten endlich geräumt worden, es sind also diese beyde nebst dem langen Speiszimmer und den Schlafzimmer daneben auch der beiden Küchen und dem nebenzimmerlein wie auch dem sogenannten grünen Zimmer auf der andern Seith neben dem Saal dermahlen leer. Nachdem aber erst gantz kürzlich in dem langen Speißzimmer fast die helfte der oberen Deck herabgefallen und mit dieser reparation erst morgen angefangen wird, und die Zimmer überhaupt von dem zurückgelassenen gerhardischen unflath gesäubert werden müssen so dürfte damit vielleicht diese ganze Woche noch zugebracht werden. An wein mag etwa anderthalb ohm rother und gegen 9 ohm weißer hiesiges 1763 geringes gewächs vorhanden seyn, in dem Garten ist sowohl das Gemüs als Obst und grad dies früh Jahr schon auf 3 Jahr lang verpacht worden, an Heu ist würckl. nicht das mindeste vorhanden. Better können etwa 3 gerichtet werden, wenn solche aber Schwart(?) sind, wegen mangel des weiszeugs nicht mehr überzogen werden, für domestiquen Better ist nach aussage des Schloßverwalters Metzger gar kein Weißzeug vorrätig. An Küchengeschirr ist gar nichts mehr vorrätig. anzutreffen, weilen Mr Fischer die vorhandenen Casserollen Kupfer und dergl. mit fortgenommen, desgleichen an Handtücher nichts, etwa zur noth 2 schlechte messinige leuchter und 1 lavoir; Von Hühner und dergl. kann nicht melden, ob und wie viel dies Jahr für diesseitig*



*antheil eingehen können, und ob nicht der Sequester vom verflossenen Jahr (seinen Antheil) dies Jahr beziehen wird, dan so viel mir bekannt, dieser vorm Jahr hierin zukurtz gekommen weilen Gerhardi übrige Rätthe und Rentmeister solche confirmiert haben. Auf Jagd wildprett ist gar kein Staat zu machen, dan alles Haar und Klein ausgeleert ist, man darf glückl. seyn, wann man in 8 gantzer Tag auf der Jagd einen Haßen, will gar nicht sagen von Feldhauer dann die Mertzweiler und Weinburger Jagd verpacht sind, antrifft, ich habe zu einer von Smâ bestimmten Verehrung schon Zeit anfangs february einen Reh Bock bestellet, habe aber nach dato keinen erhalten. Es ist zu erbarmen in was für ein Zustand Gerhardi hier alles hinterlassen; wo man sich nur hinwendet ist nichts mehr vorhanden.*

Sehr fürstlich sieht es also in den Jahren vor 1770 im Oberbronner Schloß nicht aus. Nicht nur die Gebäulichkeiten sind vernachlässigt, auch Eßbares ist nicht viel vorhanden. Wenn das Gemüse und das Obst des Gartens auf drei Jahre hinaus verpachtet sind, erweist dies, daß die Herrschaft sich nicht hier aufzuhalten pflegte. Auch die Jagd ist vernachlässigt.

Um 1770 scheint sich einiges zu ändern, wahrscheinlich haben die zwei dem Straßburger Domstift angehörigen Prinzen Josef, geb. 1740 und Christian, geb. 1742, die Reize des Oberbronner Familienbesitzes entdeckt. Die Fürstin will im Sommer nach Oberbronn kommen. Auch Prinz Christian will wieder das Niederbronner Wasser gebrauchen. Im Hinblick darauf schreibt der Oberbronner Amtmann Popp am 28. März 1770 nach Bartenstein:

*... Verwichenen Freytag bin ich völlig mit meinen effecten ins Renthey Hauß gezogen, werde aber allda einige Monate mit arrangirung der Sachen zubringen müssen. im Schloß Hofe, daß biß den 9ten instehenden Monaths Juniy alles in Stand seyn werde, Ewer Hochfürstl. Durchl. mit Höchst Ihro Gefolg empfangen zu können, maßen biß dahin die völlig delabirt gewesene Zimmer nach möglichkeit werden wohnbar gemacht seyn. Die Capell soll bis dahin ebenfalls fertig seyn, und weder Durchl. Prinz Christian den bevorstehenden Sommers über sich seiner ornamenten nicht bedienet und erst im künftigen october selbige wieder nöthig haben könnte, so wollen wir solche durch einen sicheren expressen holen lassen, als nembl. die Kleydung des Priesters, den Kelch und deßen Zugehörde; wie auch die Meßtafeln und Meßbuch; die Altartücher aber müssen wir anschaffen und benediciren lassen; so wie das Zimmer zur Capell ebenfals muß darzu geweyhet werden; Dann obschon der obige bey dem großen Saal gestandene Altar durch eine von dem He. Cardinal selbstem gegebene Erlaubniß dahin gesetzt worden, und ein altar portabile ist, so ins Schloß gehöret und Ewer Hochfürstl. Durchl. eigen ist, und man davon halten sollte, daß dießes privilegium Capellae domesticae keiner weiteren permission von Hn. generalvicario bedörfte, und das dazu gewidmete Zimmer auch ein sehr convenabler Platz ist, so muß derselbe dennoch, weilen seit mehr als 100 Jahren mehrentheils allerhand Leuthe darinno geschlafen, darzu geweyhet und benedicirt werden, welches ehestens geschehen wird, und man deswegen auf Antwort von dem Hn. Weyhbischoff wartet ...*

*... Auf hießige Pferde können sich Ewer Hochfürstl. Durchl. nicht verlassen; selbige sind erstens wenig, zweytens schwach und ohncräftig, auch drittens sehr abgemattet;*



*ich wolte endlich noch auf 5 oder 6 Stunden lang wohl 6 oder 8 Stück zusammen bringen, aber keine Frohnpferde, und würden selbige samt denen Fuhrleuthen zu viel kosten.*

Am 5. 3. 1772 schreibt Popp abermals an die Fürstin, wie es um die Pferde steht<sup>35</sup>: *Der fiscal Schlecht hat die Obsicht auf die Pferd und die beedt Knechte willig über sich genommen undt siehet täglich danach, ich war auch selbstn einigemal im Stall, und habe gesehen, daß sich die Pferd ziemlich erholen, und werden nun öfters ausgeritten, sie würden sich aber eher und besser erkräften, wenn beßer Heu vorhanden wäre, aber so ist das vorhandene Heu und Ohmet fast nicht einmal gut zum streuen, geschweige zum füttern; es stinkt, schimmelt und ist halb verfault, dahero wird von denen Pferd kein Halm genossen. Man hätte bei der Heuernte besser Sorge tragen müssen, das Heu bey hellen guten Tagen heimzubringen.*«

Am 5. 4. 1776 wird ein Inventar sämtlicher im Schlosse befindlichen Mobilien angefertigt und nach Bartenstein geschickt. Darin ist keine Rede mehr davon, daß etwas nicht in gutem Zustand wäre. In seinen Erinnerungen schreibt Karl Ernst: *Im Jahre 1777 giengen wir auf einige Zeit nach Oberbronn zu meinem daselbst bisweilen sich aufhaltenden Oheim Prinz Josef, nutznießenden Administrator der dortigen Herrschaft. Das Schloß und damit die Herrschaft waren wieder fest in den Händen der Besitzer.*

Über den Grundriß des Schloßgebäudes gibt Plan A Auskunft:

Danach bestand das Schloß aus zwei Flügeln, von denen jeder wenigstens 30 Meter in der Länge maß. Der wohl an die 12 Meter tiefe Hauptflügel zog sich im wesentlichen von Süden nach Norden, der etwa um ein Drittel schmalere von Westen nach Osten. Dem breitem war auf der Ostseite eine sechseckige Wendeltreppe vorgebaut, dem schmälern eine solche am Ostende gegen Süden. Vor beiden Flügel lag der große untere Hof, dessen Ostseite von dem den Grafen Löwenhaupt gehörigen Gebäude, dessen Südseite aber von der Einfahrt und von Wirtschaftsgebäuden abgeschlossen war.

Beide Flügel hatten ein Ober- und ein Untergeschoß. Dieses enthielt wohl nur im Seitenflügel Zimmer, unter dem Hauptflügel lagen Stallungen.

Das Inventar erlaubt durch die Angabe der Lage der Zimmer, einen Versuch über die Einteilung anzustellen. Das Gebäude enthielt 27 Räume, dazu eine kleine benützte und eine große, damals wohl unbenützte Küche. Acht Räume dienten als Schlafzimmer, neun als Wohnzimmer, beziehungsweise Speisesaal. Es waren außerdem noch Ablagen und Vorratsräume vorhanden. In der südlich anstoßenden Kanzlei mit dem Archiv lagen zwei weitere Räume, die zum Schloß gezählt wurden. Ob das Kanzleigebäude an das Schloß angebaut war oder für sich stand, ist nicht auszumachen. Zwischen beiden Gebäuden führte eine Durchfahrt zum obern Hof, das spätere Schloßgebäude überwölbte diese, ob das auch beim Renaissanceschloß der Fall war, bleibt offen. Jedenfalls hatte das Kanzleigebäude genau die Breite des Schlosses.

35 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 353/1.



Ein langer Flur lag wohl der Hofseite zu, denn die zwei Treppentürme, die Zugang gewährten, standen auf dieser Seite. Im untern Stock lagen zwei *Haus-Ehren* (Dielen) und neun kleinere Zimmer, vier davon gingen *eines in das andere*.

Die Einrichtung eines jeden Zimmers ist genau angegeben, sie war recht bescheiden. In allen Betten liegen Strohsäcke z. B. Viele Möbel sind als *alt* bezeichnet. Dreizehn *gemeine Tüsch-Messer mit Hornemer Griff* und 10 *Eißerne Gabeln*, 10 *Eß- und Tüschlöffel* stehen ganzen drei silbernen Tafelbestecken gegenüber. Es seien sechs gewesen, doch der ungetreue Hofrat Gerhardi habe die Hälfte mitgenommen. Fürwahr, große, vornehme Einladungen waren kaum vorgesehen. Mit Glas ist man besser versehen, allerdings ist nichts einheitlich, besteht wohl zum Teil noch aus alten Beständen: 36 *Stängel-Gläßer von unterschiedlicher Arth und Größe*.

Doch alles deutet darauf hin, daß das Schloß nun für längere Aufenthalte der fürstlichen Familie vorgesehen war. Wenn man dieses Inventar mit den Briefen von 1766 und 1770 vergleicht, geht hervor, daß es zwischen 1770 und 1776 wieder in einen bewohnbaren Zustand versetzt worden ist. Die Brüder Josef und Christian sind Mitglieder des Straßburger Domkapitels geworden. Sie lebten nun nur zwölf Stunden von Oberbronn entfernt, wo die Familie ein sehr schön gelegenes Schloß besaß, dazu einen großen Forst, in dem gut jagen war. Es wäre verkehrt gewesen, dieses nicht zu nutzen und in einem so *delabrirten* Zustand zu lassen, daß vor einem Aufenthalt die Decken der Zimmer wieder hergerichtet werden mußten, da sie z. T. heruntergefallen waren; daß Zimmer leer standen und deshalb nicht genutzt werden konnten; daß wenig Lebensmittel vorhanden waren trotz des großen Besitzes; daß man bei den Einwohnern Pferde leihen mußte, wie aus den beiden erwähnten Briefen hervorgeht. Wurde das Inventar vielleicht deswegen angefertigt, weil nun alles instandgesetzt war, und dies nach Bartenstein gemeldet werden mußte?

Eigentümerin durch Erbschaft war bis zu ihrem Tode 1777 die »Landgräfin«; Domscholaster Prinz Josef war *nutznießender Administrator*<sup>36</sup>. Damit war wieder jemand in der Nähe, der sich um den verwahrlosten Besitz kümmern konnte. Vielleicht gehört zu dieser Aufwertung der Herrschaft schon die Ernennung Johann Michael Hessenauers zum Hofjäger 1767, damit er den heruntergekommenen Forstbetrieb mitsamt der Jagd wieder in einen lohnendern Zustand versetzen sollte. Die Herrschaft Oberbronn als weit entlegen – brauchte man doch von Bartenstein bis Oberbronn vier Tage – hatte vorher wohl zu wenig Beachtung gefunden, sie wurde jetzt in ihrem wahren Werte erkannt.

Das Renaissanceschloß genügte bald den Ansprüchen nicht mehr, Prinz Josef, der mittlerweile Chorbischof geworden war, ließ es darum abreißen und bis 1788 an dessen Stelle einen größern, klassizistischen Bau errichten<sup>37</sup>. In seinen Erinnerungen schreibt Fürst Karl Ernst<sup>38</sup>: *Im Mai 1788 übergab mir mein Oheim die Herrschaft Oberbronn, nachdem er das dortige Schloß sehr vergrößert, verschönert*

36 Archiv für Hohenlohische Geschichte (wie Anm. 29), S. 316.

37 Pläne B und C.

38 Archiv für Hohenlohische Geschichte (wie Anm. 29), S. 319.



und durchaus mit Mobilien versehen und durch Aquisition von Gärten, Wiesen und Wäldern bedeutend verbessert, aber dabei den Schuldenstand nicht wenig vermehrt hatte<sup>39</sup>.

Im Dezember 1786 war Prinz Karl Ernst für zweieinhalb Jahre nach Straßburg gekommen und reiste nach Übernahme der Herrschaft nach Böhmen auf Brautschau. Er sollte nach den großelterlichen Bestimmungen einen zweiten Zweig des Hauses durch eine standesgemäße Verbindung bilden ...<sup>40</sup> Sitz dieses Zweiges sollte Oberbronn werden, in dem fast fertiggestellten und neu ausgestatteten Schlosse. Der Wert des Mobiliars wird 1795 in der Beschwerde an den Reichstag zu Regensburg mit 70000 Gulden angegeben. Diesen Wert hatte das bescheidene Mobiliar von 1776 bestimmt nicht besessen. Prinz Josef hatte demnach nach dem kostspieligen Umbau auch bei der Ausstattung nicht gespart.

Als die Revolution ausbrach, waren die Arbeiten noch nicht ganz beendet, Oberförster Teichmann schreibt dem Prinzen am 7. 3. 1790, *Der Steinhauer Meister Hahn führt Blatten vor (für) den neuen Keller und Quader Steine vor den Canal im untern Garten, ein Stück Arbeit, das er wenigstens auf 1000 Thlr rechnet. Rentmeister Roeger verbiete die Arbeiten und erklärte ihm, daß kein Geld vor Ihn zu finden sey. Dieser aber beruft sich auf Accord – und fährt fort. Ferner: Schloßer, Schreiner, alles ist beschäftigt*<sup>41</sup>.

Der Garten scheint auch heute noch ungefähr so eingeteilt zu sein, wie er dies 1789 war. Doch der auf Plan A als ziemlich groß angegebene Obstgarten nördlich der Gebäude besteht nicht mehr, während des Neubaus wurden darauf Stallungen erbaut.

Der Aufruhr im Juli 1789, über den weiter unten zu berichten sein wird, hat dem Schlosse offenbar nicht sehr geschadet. Prinz Karl Ernst verbrachte 1790 einige Wochen in Oberbronn und stellt fest, als er im Oktober 1793 von der Armee Wurmser aus noch einmal sein Schloß aufsucht: *Im Schloß und Garten fand ich Alles im alten besten Zustand. Es war sozusagen kein Stuhl verrückt worden. Ich quartierte mich in meine alten Zimmer ein*<sup>42</sup>. Doch dann muß die Armee Wurmser das Elsaß verlassen. Nach der bald darauf erfolgten Räumung des Elsasses wurde das Schloß von Patrioten rein ausgeplündert<sup>43</sup>. Dies geschah am 25. 11. 1793.

Nun ist der Bau Besitz der Nation, er soll verkauft werden und es werden Schätzungen angestellt. Diese enthalten auch Beschreibungen des ganzen Besitzes. Notar Jean Gaspard Adolay von Niederbronn wird als erster aufgefordert, den Wert zu schätzen. Dies tut er am 28. fructidor an V (14. 9. 1797) und erstellt seinen Bericht einige Tage später, am 20. vendémiaire an VI (11. 10. 1797)<sup>44</sup>.

Adolay schreibt an den *Citoyen Administrateur*, der Bericht falle ihm schwer, er sei etwas in Verlegenheit: Einerseits muß das sehr große und feste Gebäude riesige

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 7.

42 Archiv für Hohenlohsche Geschichte (wie Anm. 29), S. 332.

43 Archiv für Hohenlohsche Geschichte (wie Anm. 29), S. 333.

44 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q 2618.



Summen gekostet haben, so daß er versucht wäre, den Preis dreimal so hoch anzusetzen, als den, den man heute fordern kann. Andererseits würde dies in Anbetracht des gegenwärtigen Zustandes des Gebäudes eine Überbewertung um mindestens zwei Drittel darstellen. Er habe versucht, die rechte Mitte zu finden.

Zudem habe die Citoyenne Löwenhaupt einige Teile der Gebäude und des Grundstückes gemeinsam mit dem Emigranten Hohenlohe besessen. Es liege ihm jedoch kein entsprechendes Schriftstück vor, das ihre Behauptungen bestätigen könnte. Deshalb habe er das Ganze schätzen müssen. Sollten Beweise vorgelegt werden, so müßte man ihren Teil abziehen. Dies wäre sehr schwierig, um nicht zu sagen unmöglich. Vom Garten behauptet sie, den mittlern Teil zu besitzen. So wäre für den Rest kaum ein Käufer zu finden.

#### Beschreibung:

1. Ein großes, neues Wohngebäude aus Hausteinen von zwei Stockwerken mit Küche, Keller und Speicher. Die Fassade ist 144 Fuß (45,64 m) lang, 34 Fuß (10,54 m) tief. Der linke Flügel ist nicht ganz fertig gebaut. Er ist 84 Fuß (26,04 m) lang und 34 Fuß (10,54 m) breit. Der rechte mißt 84 Fuß (26,04 m) in der Länge und 27 (8,34 m) in der Tiefe.
2. Ein weiteres Gebäude. Im linken Flügel Stall, Mansarde, Heubühne und anderes. 84 Fuß lang (26,04 m), 34 Fuß breit (10,54 m). Die Fassade enthält Schuppen und Speicher, sie ist 144 Fuß lang (44,64 m), 34 Fuß (10,54 m) breit. Der rechte Flügel enthält die Orangerie, eine Wohnung und einen Speicher. Er gibt den Blick sowohl in den Hof und in den Garten; Länge 78 Fuß (25,4 m), Breite 34 Fuß (10,54 m).
3. Ein Gebäude: Remisen, Ställe, Backhaus und Waschküche mit Speicher, dazu eine kleine Wohnung für den Gärtner. Länge: 166 Fuß (51,46 m), Breite: 34 Fuß (10,54 m).
4. Am Ende des Gartens ein Gewächshaus mit großem Ofen, 39 Fuß lang (12,09 m).
5. Eine Kelter rechts beim Eingang, ohne Stockwerk, 20 Fuß im Quadrat (6,20 m<sup>2</sup>).
6. Drei große Höfe, gut gepflastert, darin zwei Brunnen und eine Tränke für die Pferde. Zusammen 3 »arpents« (Morgen). Gemeint ist sicher der *arpent du Roy* oder *arpent d'ordonnance* zu 5107,20 m<sup>2</sup>. Das ergibt 15321,60 m<sup>2</sup>.
7. Drei Gärten, einer botanisch. Etwa 3 ½ *arpents*, also 17875,20 m<sup>2</sup>. Einer davon ist eine Wiese entlang der Straße.

Ein großer Teil der Öfen ist schon entfernt worden. Kein einziges Schloß ist mehr vorhanden. Viele Scheiben wurden eingeschlagen. Alles, was nicht in den Mauern befestigt ist, wurde seit vier Jahren geplündert *seit dieses Gebäude der Böswilligkeit ausgesetzt ist*. Es fehlen Türen und Läden, zum großen Teil sogar die Beschläge. Auf dem Speicher des linken Flügels steht sogar der Rest einer Uhr, aus der einige wichtige Stücke entfernt worden sind. Die Beschädigungen aller Art sind derart,



daß eine Unzahl von Reparaturen nötig wären, um das Schloß wieder bewohnbar zu machen.

Bei der Besteuerung von 1793 wird der Mietwert für 1790 auf 1600 Fr. geschätzt, der des Gartens, ohne den botanischen, da der Schätzer den Wert der seltenen Pflanzen nicht kennt, auf 600 Fr., zusammen 2000. Mit 20 multipliziert ergibt dies einen Wert von 40000 Fr. Backhaus, Kelter und Waschhaus wurden als ungeteilt bezeichnet.

Eine weitere ungefähre Beschreibung findet sich in einem Bericht der Sachverständigen Pinot und Osterrieth an das Direktorium des Departements unterm 19. *brumaire an 9* (31. 10. 1800)<sup>45</sup>. Der Abbruch hatte schon begonnen. Danach hätte der Mitteltrakt 204 Fuß in der Länge auf 37 in der Tiefe gemessen, der linke Flügel 84 Fuß in der Länge und 33 in der Tiefe. Der rechte sei ebenso lang gewesen, aber nur 27 tief. Die Maße sind Außenmaße. Auf den ersten Stock öffneten sich 36 Fenster, auf den zweiten 49, alle mit Läden versehen. Von dem linken Flügel heißt es, er habe insgesamt auf beiden Stockwerken 35 Läden gehabt. Der Mitteltrakt des ersten Stockwerkes habe 10 Räume enthalten, darunter den Archivraum, der gemeinsamer Besitz des Fürsten und der Gräfin Lewenhaupt gewesen sei. Im zweiten Stock befanden sich 29 Räume. Das Dach war mit doppelt gelegten Bieberschwänzen gedeckt, die Außenwände der Dachgauben mit Schindeln geschützt. Unter dem Hauptbau und unter dem linken Flügel befanden sich zwei gewölbte Keller. Der noch bestehende ist der des linken Flügels. Im Untergeschoß des rechten Flügels fanden die Sachverständigen 29 gußeiserne abgestellte Öfen samt den Ofenrohren. Überreste von sechs Kaminen aus Marmor waren im Keller des linken Flügels abgestellt. Vor Beginn des Abbruchs waren schon Türen, Fenster und Läden entwendet worden.

Einige Monate früher, am 17. *ventose an 9* (8. 3. 1800), hatte der Geometer Ravier von Weißenburg gemeinsam mit den »agent« Philipp Jakob Doerr und dem Beigeordneten Johann Friedrich Keller, beide aus Oberbronn, aufgrund eines Beschlusses des Departements vom 22. *pluviose an 8* (11. 2. 1800) den Wert des Schlosses auf der Basis von 1793 geschätzt. Auch aus diesem Bericht können wir einiges über Aussehen und Bestand der bald darauf abgerissenen Gebäude entnehmen. Es sei ein Schloß in verwahrlostem Zustand (*délabré*). Rechts beim Eingang stehe ein Gebäude von 16 m Länge, das ungeteilt zwischen dem Fürsten und der Gräfin sei. Es enthalte die Pförtnerwohnung und die Kelter. Links stehe ein nicht fertiges Gebäude von 26 m Länge und 11 m Tiefe, es enthalte vier Zimmer. Ein zweistöckiges Wohngebäude sei 44 m lang und 11 m tief. Der Hof davor ist ungeteilt, ebenso der Brunnen. Unklar, wenn wir den Bericht vom 31. 10. 1800 und die Zeichnung von Josef Ernst zu Rate ziehen, ist der folgende Abschnitt, nach dem ein weiteres Gebäude auf diesen Hof gegangen sei, es habe 28 m auf 11 m gemessen. Handelt es sich um den linken Flügel? Nach den beiden Plänen wie nach der Zeichnung hätte unter dem Hauptgebäude ein Durchgang nach dem obern

45 Ebenda; Sign.: Q 4934.



Hofe geführt. Im obern Hofe, der 44 m lang und breit sei, stehe links, also dem Dorfe zu, ein 32 m langes und 10 m tiefes Gebäude, das als Stall diene. Im rechten Winkel stoße daran ein Gebäude, das »Madame Loewenhaupt« gehöre und ebenfalls als Stall diene. Auch das stimmt mit dem Plane C nicht überein. Dieses Gebäude hätte nach Plan C dem Fürsten gehört. In der Mitte des Hofes stehe ein Brunnen. Oberhalb des Hofes ein als Stall und Schuppen dienendes, 30 m langes und 10 m tiefes Gebäude, das dem Fürsten gehört hatte. Daran anschließend stehe die 15 m lange und 10 m breite »Orangerie«. Dahinter gegen Westen, also dem Berge zu, stehe ein Gebäude, das als Stall und Schuppen diene und die ungeteilte Waschküche, die 7 auf 7 m messe. Das Ganze, mitsamt den Gärten, sei 1793 28000 Fr. wert gewesen. Ein Preis, der später für zu gering angesehen wurde.

### Wie es zur Beschlagnahme kam

Dieser ganze Komplex mit Ausnahme des der Gräfin Lewenhaupt gehörenden Teiles, wurde als Gut eines Emigranten betrachtet, das verkauft werden könne. Die Beamten des Fürsten hatten Einspruch erhoben, er sei kein Emigrant, da sein gewohnter Wohnsitz dort sei, wo er tatsächlich am Stichtage gewohnt habe, in Bartenstein, er sei also nicht geflüchtet und könne deshalb nicht als Emigrant angesehen werden. Seiner Feudalrechte wäre er wie jeder andere Adelige im französischen Königreich verlustig gewesen, doch sein Privatbesitz wäre ihm erhalten geblieben, so wie die tapfere Gräfin Lewenhaupt, die als »Citoyenne Lewenhaupt« in Oberbronn ausharrte, nur ihre Feudalrechte verlor, ihren Besitz jedoch behauptete.

Es sah auch zunächst so aus, als sei das Königreich bereit, wegen der mit Kaiser und Reich abgeschlossenen Verträge die Reichsstände im Elsaß und in Lothringen zu entschädigen. So schreibt am 8. 11. 1790 Außenminister de Montmorin dem Fürsten einen sehr freundlichen Brief, in dem er ihm mitteilt, der König wolle alle Berechtigten entschädigen lassen, und ihn auffordert, durch einen Bevollmächtigten mit ihm über seine Interessen und Forderungen verhandeln zu lassen: *Sie können im voraus auf die absolute Gerechtigkeit sowohl Seiner Majestät wie der Nationalversammlung zählen*<sup>46</sup>.

Am 28. Oktober 1790, also zwei Wochen vor dem obigen Brief de Montmorins, hatte sich die Nationalversammlung zu Verhandlungen und Entschädigungen bereit erklärt<sup>47</sup>. Die Reichsstände hatten sich an den König gewandt und ihn an die

46 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.

47 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78. Dekret der Nationalversammlung vom 28. Okt. 1790: ... *Indem dieselbe nichts destoweniger das gute Einverständniß, und die innigliche Freundschaft beherzigt, welche so lange Jahre hindurch zwischen der Französischen Nation, und den deutschen Reichsfürsten, als Güterbesitzern in erwähntem Departement besteht, dekretirt solche: Daß der König zu bitten sey, mit besagten Fürsten in Unterhandlung zu treten, und einen Vergleich über die Entschädigung zu treffen, welche Ihnen in Ansehung ihrer durch die vorangeführten Dekrete unterdrückten Hoheits- und Lehenrechten, auch wegen des Eigenthums gemeldter Güter werden bewilliget werden, wobey die Schätzung dieser Hoheits- und Lehenrechten*



Verträge des Westfälischen Friedens und die späteren, die sich auf diese bezogen, erinnert, nach denen ihre vollen Rechte gewahrt bleiben sollten. Wie obiges Dekret zeigt, war nicht nur der König bereit, dieses anzuerkennen, auch die Nationalversammlung war es. So ist der Brief des Grafen de Montmorin durchaus ehrlich gemeint, doch die Ereignisse überschlugen sich. Der Mann, der sich bemüht hatte, auch im Innern einen Ausgleich zu erreichen, mußte sich im Juli 1792 bei einer Wäscherin des Faubourg St-Antoine verstecken, wurde dennoch verhaftet und bald darauf guillotiniert.

Die meisten Reichsstände lehnten eine Entschädigung ab und beharrten auf ihren Rechten. Es ging hin und her. Der Erzbischof von Mainz protestierte beim König wegen der Veränderungen im Elsaß als Metropolit von Straßburg und Speyer, als welcher er keine Änderung der kirchlichen Rechte ohne seine Mitwirkung und Zustimmung zulassen könne. Auch als Erzkanzler des Reiches berief er sich wieder auf den Westfälischen Frieden, der dem König große Vorteile gebracht habe (14. 12. 1790)<sup>48</sup>.

Zwei Monate später berichtet von Haimb, der Bevollmächtigte des Fürsten beim Reichstag, der Minister von Montmorin sage: *... der Herr Fürstbischof von Speyer wäre der einzige, welcher so viel Lärmen mache. Der Herr Fürst-Bischof von Basel, der Herr Herzog von Württemberg und der Herr Herzog von Zweybrücken wären bereit sich zu vergleichen. Die französische Nationalversammlung wollte entweder einen jeden entschädigen, oder einem jeden seine Besitzungen abkaufen. Bey der damaligen Lage wäre nichts anderes zu thun, weil man in dem Elsaß einen förmlichen Aufstand würde zu befürchten haben, wenn man diese Provinz von der allgemeinen Constitution ausnehmen wollte.* H. v. Montmorin sei früher sehr von der Gerechtigkeit der im Elsaß begüterten Reichsstände überzeugt gewesen. Es sei erstaunlich, ihn einen so zweideutigen Standpunkt einnehmen zu sehen<sup>49</sup>.

Am 23. 2. 1791 berichtet von Haimb an den Fürsten, es sei in Wien eine französische Antwort an die Kurpfalz eingetroffen, *daß die National Versammlung zu einer Entschädigung an die teutschen Reichs Stände bereit seye, daß aber diejenigen, welche solche verweigerten, sich selbst zuzumessen haben würden, wenn sie am Ende leer ausfalleten.*

Zwei Tage später schreibt von Haimb über Vorschläge des königlichen französischen Ministers von Groschlag an den Bischof von Speyer<sup>50</sup>, diesen (mit Geld) zu entschädigen. Der Bischof weise eine solche Entschädigung zurück, er könne über Teile des Reiches, *über Reichslehen*, nicht in dieser Weise verfügen. Wiederum beruft er sich auf die Friedensschlüsse.

Er scheint tatsächlich der eifrigste Rufer im Streite gewesen zu sein. Wie er lehnten die meisten der Geschädigten ab, sie hofften der Sturm gehe vorüber, die alten

so zu nehmen ist, wie selbige zur Zeit der Vereinigung der ehemaligen Provinz Elsaß mit der Krone Frankreich bestunden ...

48 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 361.

49 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 361; Brief vom 10. 2. 1791.

50 Damian August Philipp Karl von Limburg-Styrum (1770–1797).



Zustände könnten wieder aufgerichtet werden. Daß die Zeiten des Feudalismus vorbei waren, konnten die wenigsten begreifen.

Dem Hause Hohenlohe-Bartenstein fiel es naturgemäß besonders schwer, dies zu verstehen. Zwei Brüder des regierenden Fürsten waren hohe Würdenträger des Straßburger Domkapitels, das einst als das vornehmste im Reich gegolten hatte. Josef, der spätere Fürstbischof von Breslau, war Domscholaster und Chorbischof, Christian Domherr, zudem noch Domherr zu Köln und Augsburg. Sie waren mit dem Bischof von Rohan-Guéméné in den rechtsrheinischen Teil des Bistums geflüchtet, als die Kirche den Eid ihrer Geistlichen auf die neue Verfassung ablehnte. Wie hätte ihr Bruder, der seinen Sitz außerhalb des Elsasses hatte, eher begreifen sollen, welche Stunde geschlagen hatte?

Er machte außerdem einen schweren Fehler: Auf Anraten seiner zwei geistlichen Brüder gestattete er der französischen Emigrantenarmee, die nirgends gerne gesehen war, und deren Wirkung auf das Verhältnis zwischen dem Reich und Frankreich Kaiser Leopold fürchtete, sich auf Hohenlohischem Gebiete aufzuhalten. Ganz schlimm aber war es, daß zwei hohenlohische Regimenter unter dem Kommando der beiden Söhne des Fürsten, von denen der zweite, Karl Ernst, der Nutznießer der Herrschaft Oberbronn war, aufgestellt wurden und gemeinsam mit der Armee der emigrierten königlichen Prinzen kämpften<sup>51</sup>.

Wie oben geschildert hatte die Herrschaft Oberbronn ungefähr 15000 Gulden jährlich erbracht. Hier folgt nun die detaillierte Aufstellung über 10 Jahre, die Hofrat J. Mathieu am 8. 2. 1788 nach den jährlichen Renterechnungen seiner Herrschaft vorlegte:

1776	9812 fl 1 ß 1 d
1777	12432 fl 6 ß
1778	18199 fl 7 ß 11 d
1779	11472 fl 1 ß 7 d
1780	15050 fl 4 ß 5 d
1781	14545 fl 6 ß
1782	11126 fl 1 ß 2 d
1783	14885 fl 2 ß
1784	26034 fl 6 ß 11 d
1785	17975 fl 9 ß 8 d
Zusammen:	151545 fl 9
Durchschnitt:	15154 fl 5 ß 8 d

Diese Aufstellung übergibt der Prinz dem Reichstag als Beleg für seine Verluste. Unter Ziffer 10 der Denkschrift folgt ein Verzeichnis *derjenigen herrschaftlichen Domainen und samtlichen Güter, so Ihro Hochfürstl. Durchlaucht von Hohenlohe und Waldenburg-Bartenstein in der Höchstenden selben gehörigen Herrschaft Oberbronn*

<sup>51</sup> Vgl. dazu F. K. Fürst zu Hohenlohe-Waldenburg: Über hohenlohisches Militärwesen. In: Württembergisch Franken 40 (1966), S. 212–241.



*eigenthümlich besitzen* ... An erster Stelle steht das mit seinen Nebengebäuden und Gärten auf 350000 fl geschätzte Schloß. Es folgen die landwirtschaftlichen Güter: Äcker, Wiesen, Weiher, Häuser, Kastanienwälder, die auf 70220 fl geschätzt werden, der *Oberbronner Gebürgsforst*, den der Oberförster Teichmann auf 287400 fl schätzt, der Erkartswiler und Zittersheimer Forst auf 90000 fl geschätzt, aktive Renten zu 36100 fl, die durch die Nationalversammlung aufgehobenen Feudalrenten, die hier auf jährlich 9165 fl geschätzt werden, was als Produkt eines Kapitals von 274950 fl angeschlagen werden könne. Zusammen ergibt das ein Vermögen von 1108660 fl. Der Jagdgenuß wird nicht hinzugerechnet. Diese Summe bestätigt am 26. November 1791 der Rentmeister Röger. Es war ein Vermögen, um das zu kämpfen es sich lohnte.

### Haltung der Reichsstände und des Hauses Hohenlohe

Bevor sich Prinz Karl Ernst an den König wandte, hatte er seinen Hofrat J. Mathieu befragt, um die genaue Tragweite der Beschlüsse in der Nacht vom 4. zum 5. August 1789 zu erfahren.

Mathieu antwortet in einem nicht datierten Brief, der allerdings das von der Nationalversammlung verabschiedete Dekret vom 28. Oktober 1790 voraussetzt. Er rät dem Fürsten, alles zu verkaufen, mit Ausnahme vielleicht des Schlosses, der Wiesen und der Wälder. Doch ob er diese behalten möchte, könne erst nach Abschluß der Verhandlungen gesagt werden. Die Nationalversammlung ist bereit, die Reichsstände für die Feudalrenten zum gleichen Tarif zu entschädigen wie für Zinsen aus Verpachtung. Der Fürst könne mit dem Erlös Wiesen, Äcker, Reben kaufen oder die Gelder in Hypotheken anlegen oder sein Gebiet in Deutschland vergrößern, zudem alle seine Schulden abbezahlen. Mathieu fügt einen Brief des Ministers Montmorin bei, der nicht habe antworten können, bevor nicht die Nationalversammlung entschieden hatte. H. Montmorin sei ein sehr ehrlicher Mann, der nur das Wohl und den Frieden wünsche und es verstanden habe, die Achtung sowohl der »Patrioten« als die des Königs sich zu erhalten.

Prinz Karl Ernst wollte anscheinend dem Rat Mathieus folgen. Hinweis auf die mögliche Ablösung der Schulden ist nicht erstaunlich, denn Notar Mathieu hatte die Verhandlungen mit den Gläubigern zu führen und kannte die Verschuldung. Er sieht die Lage als Jurist und auch als ein Mann, der den Neuerungen günstig gegenüber steht, er schickte sich an, sich in Straßburg der Politik zu widmen: Am 15. 1. 1790 ist er Gründungsmitglied der *société de la révolution*, die am 11. 2. sich *société des amis de la Constitution* nennt und die Vorläuferin des Jakobinerklubs ist. Er bekleidet mehrere hohe Stellungen in regionalen Verwaltungen und wird am 28. 8. 1791 zum Abgeordneten des Unterelsasses in der Gesetzgebenden Versammlung in Paris gewählt, am 2. 9. 1792 aber nicht in den Convent. Am 10. 4. 1793 ist er Mitglied des *Comité de Salut publique*, des Komitees für das öffentliche Wohl. Dem Fürsten wird Mathieu verdächtig, als Amtmann Roeger berichtet, daß er *Porucureur Syndic* des Districts zu Straßburg geworden sei. Zudem schickt er keine



Abrechnung mehr<sup>52</sup>. Schon in einem Brief vom 2. März 1790 hatte Mathieu allerdings seine Billigung der Entscheidungen der Nationalversammlung vom 4. und 5. August 1789 dem Fürsten unmißverständlich, bei aller Wahrung der Form, mitgeteilt. Der Brief sagt viel über Haltung und Meinung eines Großteils der damaligen Franzosen aus, weshalb er einer genaueren Lektüre wert sei:

*Monsieur,*

*Der Besuch des Königs in der Nationalversammlung, um dort die neue Verfassung zu bestätigen, die Einrichtung von Munizipalverwaltungen im ganzen Königreich, der Aufruf der Versammlung an alle Franzosen, um sie zu Frieden und Gehorsam zu ermahnen, ihr Erlaß, der jeden Besitz, sogar den der Herren, in dem Zustand, in dem sie vor dem 4. August waren, unter den Schutz der Gesetze stellt, derjenige, der die Munizipalitäten und Gemeinden für Schäden verantwortlich macht, die in Zukunft Folgen von Zusammenrottungen sein könnten, dies alles miteinander läßt mich hoffen, daß endlich Ordnung und Ruhe in der Herrschaft Oberbronn wieder einkehren werden, wo die Leute des Fleckens sich in der Tat ziemlich gemäßigt benehmen, wo aber die Leute von Merzweiler noch ganz kürzlich dem Förster und dem Amtmann angedroht haben, sie zu erschlagen und in Stücke zu reißen, »wie zu Paris« sagten sie, wenn diese sich im geringsten ihren Unternehmungen im herrschaftlichen Forste widersetzen würden. Bis jetzt, es sei denn, man wollte den Tod oder die Schmähung, ein Aristokrat zu sein, riskieren, galt es sich zu verstecken, zu leiden und zu schweigen. Aber allmählich gelten die Gesetze wieder, der Schwindelgeist und die Wut erlöschen, und die Herren werden das, was man ihnen von ihren Rechten zu belassen beliebt in Frieden ausüben können. Ich habe gesagt Herren, doch nur aus Gewohnheit, denn seit acht Tagen gibt es in Frankreich weder Herren noch Herrschaften mehr; am 25. Februar wurde endlich damit begonnen, die Gesetze anzupacken, die das Los der 100000 adeligen Familien bestimmen sollen und die im Keime schon in den Erlassen der auf ewig denkwürdigen Nacht des 4. August enthalten sind. Es werden 10 Artikel erlassen, jede Art von Überlegenheit, Gerichtsherrschaft, Treueverhältnis, Lehnshuldigung, Dienstleistungsverpflichtung, Rückkaufsrecht sind abgeschafft ohne Entschädigung, was die Inhaber von Alloialgütern wie Oberbronn ohne Schadensersatz ruiniert, während Lehnsinhaber wie der Landgraf dadurch gewaltig gewinnen, denn ihre innegehabten Güter werden freier Besitz und können deshalb veräußert werden; was aber dem für Oberbronn geltenden Ältestenrecht den Todesstoß versetzt, ist, daß alle Privilegien, alle Feudal- und Adelsrechte gegenüber von Lehen, Gütern und adeligen Alloialbesitzungen, die ungleichen Teilungen auf Grund des Ranges der Personen, aufgehoben sind. Diese Verfügungen, die aufgrund einer sehr wahrscheinlichen Vermutung sich schon auf das Elsaß beziehen, treffen dieses jedoch noch nicht wirklich, da ein Conclusum der oberelsässischen Ritterschaft, das der König der Versammlung übermittelt hat und das sich auf die Bestimmungen zu Gunsten der Fürsten im Elsaß beruft, dem Ausschuß für Feudalwesen übermittelt worden ist, der noch nicht darüber befunden hat. Nach der allgemeinen Einstellung zu schließen, wird*

52 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.



*dieses Conclusum wenig bewirken, Graf Mirabeau, der weiterhin alles führt, hat nämlich vernehmlich erklärt, er werde alle Ansprüche aus dem Oberelsaß zunichte machen. Lange habe ich gehofft, daß die Fürsten und anderen Stände, die nach dem Westfälischen Frieden unter die Herrschaft Frankreichs geraten sind, eine Entschädigung für ihre Verluste erhalten würden, doch das Interesse, das sie in der ersten Zeit erweckten, als man ihnen Opfer abverlangte, hat sehr nachgelassen; die Feinde der Verfassung haben nicht aufgehört, das Volk zu beunruhigen, sie haben getan, als glaubten sie, der König von Preußen würde für sie rüsten und daß, indem er für seinen Schwiegervater, den Landgrafen<sup>53</sup>, Partei ergreife, das Reich seinem Vorbilde folgen, und unsere Gesetze bedrängt würden, daß der französische Hof, der gezwungen wäre zu den Waffen zu greifen, um sich zu verteidigen, und der weder über Truppen noch über Geld verfügen könnte, als einzigen Ausweg den Bankrott hätte. Der Adel, die Geistlichkeit, die Parlamente und die Finanzwelt würden Hilfe anbieten, unter der Bedingung, daß sie wieder in ihren alten Stand gesetzt würden, neue Aufstände als unvermeidliche Folgen einer so kritischen Lage würden Gelegenheit bieten, die Nationalversammlung aufzulösen und zu vernichten und endlich die so sehr gewünschte Gegenrevolution durchzuführen. Diese Ängste haben sich des Volkes bemächtigt und erzeugen eine gefährliche Abneigung gegen das Conclusum der oberelsässischen Ritterschaft, denn die Franzosen fürchten weniger das Feuer vom Himmel herunter als die Gegenrevolution und wollen unter keinen Umständen, daß Fremde sich in ihre Angelegenheiten mischen. Folge der geringsten Drohung und besonders des geringsten feindseligen Schrittes wäre, daß das Volk, das sich für verloren ansähe, sich seinerseits aus Verzweiflung bewaffnen würde und daß der französische Adel, dem es seine Bedrängnis zuschriebe, vielleicht für immer aus diesem Reiche verschwinden würde. Wenn vor August der Adel auf seine Rechte hätte verzichten wollen außer auf Entschädigung nach der Erklärung der Rechte, glaube ich berechtigt zu sein, anzunehmen, daß er eine solche vollständig erhalten und die Segenswünsche von ganz Frankreich erworben hätte, aber die unergründlichen Wege der Vorsehung, um das Königreich zu seiner neuen Verfassung kommen zu lassen, haben gewollt, daß Adel, Geistlichkeit, Finanzwelt und Parlamente seit drei Jahren nur Dummheiten gemacht haben, wenn man sie machen ließ, oder riesige Verluste, wenn ihre Gangart beschleunigt wurde. Ich warte mit Ungeduld darauf, was in bezug der fremden Fürsten beschlossen wird, um es sofort Ihrer Durchlaucht zu melden. Die Briefe für das Zaberner Kapitel habe ich nicht benützt, da ich erfuhr, daß der Dekan sich an Juden gewendet hatte, um die Wechsel zu vermitteln, ich habe gedacht, es sei noch besser in den Händen des Klerus zu sein als in der Juden. Mit der vorzüglichsten Hochachtung bin ich Euer Durchlaucht sehr ergebener und gehorsamer Diener.*

*Straßburg, den 2. März 1790.* *gez. Mathieu*

Die Gesinnung Mathieus, die aus diesem Briefe spricht, konnte dem Prinzen kaum gefallen, als sein Hofrat, der wie erwähnt, trotz Aufforderung keine Abrechnung

53 Friedrich Wilhelm II. war mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt, einer Tochter des Landgrafen Ludwig und der berühmten »großen Landgräfin« verheiratet.



mehr schickte, als Abgeordneter nach Paris gegangen war und dies seinem ehemaligen Herrn mitgeteilt hatte, schrieb dieser ihm am 29. 10. 1791 folgenden Brief, den wir ebenfalls in Übersetzung wiedergeben:

*Ich habe, mein Herr, Ihren Brief empfangen, in dem Sie mir Ihr Glück und Ihre Beförderung zur wichtigen Stelle eines Gesetzgebers der Franzosen mitteilen. Ich gratuliere Ihnen, mein Herr, und zweifle keinesfalls, daß Sie, der Sie in die Grundsätze der Revolution eingeweiht sind, die Pflichten dieses Amtes mit allem Eifer den man von Ihnen erwarten kann, erfüllen werden. Vor einigen Jahren wäre man über einen Geschäftsmann sehr erstaunt gewesen, der aus dem Amte scheidet, ohne seine Rechnungen abgeschlossen, und demjenigen, der dazu berechtigt ist, darüber Rechenschaft gegeben zu haben. Aber in diesen neuen Zuständen, in denen die Meinungen so gründlich über den Haufen geworfen worden sind, muß man sich an alles gewöhnen. Wie dem auch sei, halte ich dennoch so fest an den mir überlieferten Grundsätzen und an den bisher heiligen Pflichten, daß ich Sie nicht für entlastet ansehe und erwarte, daß Sie noch vor Abschluß des Jahrhunderts Rechenschaft ablegen werden.*

*Es fällt mir schwer Ihnen zu sagen, und ich erröte, indem ich Ihnen das Geständnis anvertraue, daß angesichts der unerklärlichen Trägheit und schuldhaften Nachlässigkeit der Herrscher, die sehen, wie das Ungeheuer, das sie zu verschlingen droht, wächst, sowie der Torheit, länger auf eine angemessene und eindrucksvolle Entscheidung des Reiches und dessen erhabenen Oberhauptes zu warten, habe ich mich dazu entschlossen, mit dem König in Verhandlungen über die Entschädigungen zu treten. Da ich Ihnen keinerlei Auftrag mehr erteilen kann seit Ihrer gesetzgeberischen Würde und Eurer Gesetze, die Ihnen verbieten, zwei Herren zu dienen, habe ich Herrn Geheimrat von Hinkeldey, der durch seine vielseitigen und tiefen Einsichten und seine glücklichen Verhandlungen über den gleichen Gegenstand mein Vertrauen in jeder Hinsicht verdient, damit beauftragt.*

*Ich nehme an, daß Sie ihm alle Auskünfte über das Gebiet Oberbronn (der Prinz gebraucht vorsichtigerweise nicht das Wort »seigneurie« = Herrschaft, sondern »terre« = Gebiet) geben werden, um die er Sie bitten dürfte, und daß Sie keine Schwierigkeit machen, noch zögern werden, um mir diesen wichtigen Dienst zu leisten, der mir über die Schädigung hinweghelfen soll, den die neue Verfassung meinem Finanzwesen zugefügt hat. Sonst würde ich die Gefühle der Dankbarkeit und der Anhänglichkeit verkennen, die Sie meinem Hause gewidmet haben. Seien Sie Ihrerseits versichert, daß welches auch das Unrecht mir gegenüber sei, ich stets die Dienste werde anerkennen, die man mir leistet.*

*Bartenstein, den 29. Oktober 1791 Ich bin, mein Herr, Prinz Karl von Hohenlohe<sup>53a</sup>*

Mathieu scheint dem Prinzen den spitzigen Ton des Briefes nicht übelgenommen zu haben. Ob er dem Hofrat Hinkeldey die erwünschten Auskünfte erteilt hat, war nicht nachzuweisen, doch schreibt Fürst Karl Ernst in seinen Memoiren zu den



Verhandlungen 1801 in Regensburg über eine Entschädigung: *Ich reiste dahin im September ab, um mich daselbst über dieses wichtige Geschäft mit H. Jakob Mathieu, meinem ehemaligen Hofrath und Rentmeister zu Oberbronn, der der französischen Gesandtschaft als zweiter Minister adjungirt war, zu besprechen. Der Erfolg seiner Bemühungen war, daß mir meine dermaligen Besizungen als Entschädigung durch den Reichsrezeß § 18 zugewiesen wurden . . .*<sup>54</sup> Er betont also ausdrücklich, daß Mathieu dazu beigetragen habe, ihm die geforderte Entschädigung zu verschaffen.

Doch wir sind den Ereignissen vorausgeeilt. 1791 schwankte wohl das Haus Hohenlohe-Bartenstein zwischen Anerkennung des Geschehenen mit folgender Entschädigung und gleichzeitigem Abscheu vor den heraufkommenden Neuerungen einerseits, andererseits der Hoffnung, daß auf eine oder die andere Art die Pariser Neuerungen rückgängig gemacht werden könnten. Dem ehemaligen Pariser Hofrat Mathieu muß man jedenfalls bescheinigen, daß er den Fürsten durch seine – sehr richtige – Beurteilung der Haltung des französischen Hofes und derjenigen des französischen Volkes gut unterrichtet hatte.

Prinz Karl Ernst folgte – wenn auch schweren Herzens – dem Rat Mathieus. Am 29. 10. 1791, dem selben Tag, an dem er obigen Brief schreibt, fertigt er in Bartenstein für Herrn Philipp von Hinkeldey, Geheimen Rat und Kanzler des regierenden Fürsten von Löwenstein-Wertheim, eine mit Siegel versehene Vollmacht aus, durch die er diesen ermächtigt, in seinem Namen mit der Krone Frankreichs im gleichen Sinne über eine Entschädigung für seine aufgehobenen Rechte, kraft der durch den König bestätigten Erlasse der Nationalversammlung, zu verhandeln, wie er den Vertrag für seinen Fürsten aushandle<sup>55</sup>.

Am 9. 11. bestätigt Hinkeldey den Empfang. Er habe im verwichenen Frühjahr dem Prinzen schon dargelegt, »daß man auf eine Reichs Hülfe, besonders unter Kayser Leopolden, gar nicht zehlen dürfe, und daß also gar nichts übrig bleibe, als die angebotene Entschädigung anzunehmen.«

Bis jetzt habe noch kein einziger Fürst die Entschädigung ganz angenommen, es werde versucht, vieles zu hintertreiben: *Eigentlich ist es von den Jacobins blos darauf angesehen, bey dieser Gelegenheit dem Gouvernement und dessen Ansehen bey den Auswärtigen eine rechte Schlappe anzuhängen.* Der Prinz möge warten, bis ein anderer Fürst sich verglichen habe. In 14 Tagen werde man sehen, ob dies geschehe<sup>56</sup>.

Am 26. 12. schreibt Hinkeldey aus Paris an den Rentmeister Roeger, er habe dessen Schreiben vom 19. 12. erhalten und finde es vortrefflich, daß er die Schätzung der Einnahmen durch die Munizipalitäten habe unterschreiben lassen, »nun können diese Leute ihr Wort nicht mehr zurückziehen, wenn die Untersuchung durch einen königlichen Commissaire sur les lieux geschieht.« Es wäre aber unvorsichtig, wenn die »durch die Revolte der Bauern entstandenen Kosten« zurückverlangt würden, denn eigentlich müssen die Gemeinden diese bezahlen,

54 Wie Anm. 29, S. 348.

55 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.

56 Ebenda.



was diese verbittern könnte, und sie werden bei der Abschätzung noch sehr nötig sein. Die von den Bauern erpreßten Verträge seien ohnehin durch die Nationalversammlung allesamt für nichtig erklärt<sup>57</sup>.

Im französischen Gesetzblatt wird tatsächlich ein am 25. 5. 1792 abgeschlossener Vertrag mit dem Fürsten Salm-Salm und Löwenwein-Wertheim veröffentlicht über eine Entschädigung für die aufgehobenen Feudalrechte. Am 20. 4. 1792 hatte Frankreich den Krieg an Österreich und Preußen erklärt, nicht jedoch an das Reich und die Reichsfürsten. Die turbulenten Zeiten, die folgten, waren nicht dazu angetan, Verträge wie diesen zur Ausführung zu bringen und den Abschluß weiterer zu fördern. Zudem fehlte es dem französischen Staate an den nötigen finanziellen Mitteln.

Die Stimmung in Paris wurde immer erbitterter. Am 20. April 1792 hatte die Regierung an Österreich und an Preußen den Krieg erklärt. Das Manifest des Herzogs von Braunschweig hatte die Franzosen empört. Am 10. 8. hatte der Sturm auf die Tuileries stattgefunden, vom 2. zum 7. September folgten die Septembermorde, am 20. 9. die Kanonade von Valmy, auf die hin, die Alliierten sich zurückzogen. Die Gemüter waren erhitzt, und Radikale benützten die Gelegenheit, den Umsturz voranzutreiben. Auch das Haus Hohenlohe mußte dies erfahren: Am 14. 10. wurde sein ganzer Besitz im Elsaß beschlagnahmt, obwohl die Verhandlungen in Paris um eine Abtretung mit nachfolgender Entschädigung keinesfalls abgebrochen waren. Dies schreckte natürlich die Beamten des Prinzen auf, alle drei berichten ihrem Herrn, Teichmann und Demeuré schon am 16. 10.: Pfarrer Vierling sei als zur Verwaltung des hohenlohischen Gutes in Oberbronn ernannter Kommissar mit einem Gerichtsvollzieher und der Munizipalität erschienen, habe alle Gegenstände und Papiere, die sich im Schloß befanden, beschlagnahmt. Anderntags habe er mit der Inventarisierung der gesamten beweglichen und unbeweglichen Habe des Prinzen begonnen. Alle Einnahmen aus der unbeweglichen Habe, dazu der Erlös aus dem Verkauf des Mobiliars, der in Kürze beginnen solle, gehen jetzt an die Sequesterverwaltung. Die Dienerschaft sei verpflichtet worden, ihre Funktionen unter *der Direktion des Weißenburger Distrikts* weiter auszuüben.

Die Beamten ermuntern den Prinzen dennoch, er möge sich in Paris in Erinnerung bringen. Demeuré rät ihm, an den Präsidenten des Nationalkonvents zu schreiben, er sei kein Emigrant. Demeuré zweifelt nicht daran, daß die Beschlagnahme aufgehoben werde. Schon am 26. 11. 1791 hatte er den Prinzen ermuntert, die Verhandlungen mit Paris zu beschleunigen<sup>58</sup>.

Andererseits ist es verständlich, daß die bittere Wahrheit nicht gerne gehört wurde und daß man in Bartenstein wie bei den allermeisten geschädigten Reichsständen auch hoffte, Kaiser und Reich könnten eingreifen. Ein grobes Fehlurteil war es allerdings, wenn auch wie schon betont durch die Beziehungen der Familie zum Bischof von Straßburg verständlich, da ihnen alles an den neuen Zuständen gegen

<sup>57</sup> Ebenda.

<sup>58</sup> HZAN. Archiv Bartenstein, Bü 78.



ihre Einstellung ging und auch ihren materiellen Interessen entgegenlief, wenn der regierende Fürst sich dazu bereit erklärte, die Emigrantenarmee auf seinem Gebiete aufzunehmen und dazu noch zwei Regimenter für diese aufzustellen. Es ist auch verständlich, daß er wie wohl die meisten seiner Standesgenossen hoffte, die alten Zustände könnten wiederhergestellt werden, wenn nötig mit Gewalt, die disziplinierten Truppen Preußens und Österreichs würden die teils von Gegnern des neuen Regimes kommandierten zusammengewürfelten Truppen eines finanziell bankrotten Staates leicht besiegen. Wieviele höhere Offiziere hatten doch Frankreich verlassen, z. T. sogar mit ihren Regimentern wie der elsässische Freiherr von Wangen und Geroldseck der mit seinem Regiment Royal-Allemand zu den Österreichern übergegangen war, oder Saxe-Hussards unter dem ebenfalls elsässischen Freiherrn von Gottesheim. Daß der revolutionäre Geist und Schwung die neuen Offiziere mitsamt den Truppen mitreißen würde, konnte man 1790 mitten im Umbruch noch nicht voraussehen. Für einen Fürsten Hohenlohe konnte dieser Umbruch nur eine Auflösung bedeuten: Dennoch hatte Prinz Karl Ernst sich bereit gefunden zu verhandeln.

Daß er und sein Bruder Ludwig Alois 1793 mit zwei Regimentern zu den Emigranten und dem österreichisch-preußischen Heere stoßen, scheint anzudeuten, daß das Haus Hohenlohe-Bartenstein um diese Zeit alle Aussicht auf Rückgabe oder Entschädigung durch Frankreich, das inzwischen eine Republik geworden war, aufgegeben hatte. Daß Karl Ernst gleich nach dem nicht besetzten Oberbronn eilte und sich dort einige Zeit aufhielt, als die militärischen Ereignisse dies erlaubten, zeigt, daß er an diesem so schön gelegenen Besitz hielt, so wie anderseits der Versuch, das Mobiliar in Sicherheit zu bringen, andeutet, daß er dieses für gefährdet hielt, eine Meinung, die durch die Plünderungen am 25. November, noch vor dem endgültigen Rückzug der Wumser'schen Armee aus dem Elsaß bestätigt wird<sup>59</sup>.

Nach der Teilnahme des Prinzen am Feldzug von Sommer und Herbst 1793 gegen Frankreich konnte eigentlich kein Zweifel darüber bestehen, daß er als Emigrant zu gelten hatte und sein Besitz entsprechend zu behandeln wäre. Die Ansicht seiner Beamten, die vorher gegen die Beschlagnahme protestiert hatten, da ihr Herr ja seinen gewöhnlichen Wohnsitz in Bartenstein habe, also nicht emigriert sei, konnte nicht mehr gelten, obwohl sie juristisch unanfechtbar gewesen war, und demnach die Beschlagnahme, die Ernennung eines Verwalters durch das Departement in Gestalt des Pfarrers Vierling und die Versiegelung der Gemächer damals zu Unrecht erfolgt waren. Auch bestätigt Prinz Karl Ernst in seinem Bericht über seinen letzten Aufenthalt im Oberbronner Schloß, es sei sozusagen kein Stuhl verrückt gewesen. Aber nun gab es zunächst keine Hemmung mehr. Die Plünderung wurde nicht verhindert, der Verkauf des botanischen Gartens wurde, wenn auch zögernd, betrieben, wie wir sehen werden, desgleichen wurden Grundstücke öffentlich versteigert. Aber, als 1800 das Schloß verkauft werden sollte, meldeten

59 Archiv für Hohenlohische Geschichte (wie Anm. 29), S. 332f.



sich die Gläubiger, allen voran der frühere Rentmeister des Domstiftes und hoben hervor, der Prinz stehe auf keiner Emigrantenliste, was dem Präfekten zu denken gab<sup>60</sup>.

Er erkennt an, die Güter seien *simplement séquestrés* (einfach beschlagnahmt), also nicht enteignet, nur beschlagnahmtes Gut dürfe nicht verkauft werden. Doch die Versteigerung hat stattgefunden, der Käufer hat schon angefangen abzubrechen. Diesem wird zwar zunächst verboten, sein Vernichtungswerk fortzusetzen, umso mehr als diese Handlungsweise *den Interessen der Republik zuwiderlaufe*. Der in solchen Dingen sehr erfahrene Käufer sollte sich aber zu helfen wissen.

Über die Enteignung der deutschen Reichsstände im Elsaß und in Lothringen gibt es eine ganze Reihe von deutschen und französischen Untersuchungen. Es sei hier nur versucht, die Bemühungen eines Fürstenhauses in den Zusammenhang zu stellen. Dabei ist nicht immer klar, wer handelt; der regierende Fürst Ludwig Leopold oder sein Sohn Karl Ernst, denn in französischen Texten kann *Prince* beides, Prinz oder Fürst, bedeuten.

Karl Ernst hält sich im Herbst 1790 noch einmal in Oberbronn auf, er bleibt trotz beunruhigender Gerüchte *mehrere Wochen in Oberbronn und teilweise auch in Straßburg, wo die Revolution bereits auszubrechen drohte*<sup>61</sup>. Um diese Zeit laufen die Verhandlungen um Entschädigung bereits, und nicht nur von Seiten der Fürsten von Hohenlohe. Theodor Ludwig<sup>62</sup> schildert die Bemühungen der Fürsten ausführlich. Nach ihm hatten sowohl der König wie der Minister von Montmorin im Grunde den Protest der Reichsstände gar nicht ungern gesehen, denn sie hätten insgeheim gehofft, solch ein Widerspruch könne dazu führen, manches wieder rückgängig zu machen.

Th. Ludwig nimmt an, der Landgraf Ludwig IX von Hessen-Darmstadt habe den ersten Anstoß zum Protest gegeben, eben derjenige, von dem Mathieu in seinem Briefe schreibt, daß er auf ein bewaffnetes Eingreifen seines Schwiegersohnes, des Königs Friedrich Wilhelm II. von Preußen, hoffe<sup>63</sup>. Mathieu war wohl nicht der einzige, der diesen Verdacht hegte.

Im September 1790 hatte Ludwig XVI. in der Nationalversammlung erklärt, *daß alle Vertragsrechte beobachtet werden sollten* ... indem er nachdrücklich an die vertragsmäßigen Rechte der deutschen Fürsten im Elsaß und ihre hierauf begründeten sehr ernsthaften Beschwerden erinnerte.

Die Revolutionsmänner störte dies nicht sehr. Drum wandten sich fast alle geschädigten Reichsstände mit Denkschriften an den Reichstag und den Kaiser und baten um Hilfe in ihrem Streit mit Frankreich. Auf lange Zeit schien jetzt der Reichstag des Heiligen Reiches in eine gelehrte Akademie verwandelt, vor der in immer neuen, langatmigen, übergründlichen Promemorias die ganze Geschichte

60 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q4950.

61 Archiv für Hohenlohsche Geschichte (wie Anm. 29), S. 321.

62 Theodor Ludwig: Die Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege. Straßburg 1898, S. 121–156.

63 Ludwig, S. 128.



der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich von den Karolingern an aufgerollt wurde<sup>64</sup>. Solche Promemorias füllen beinahe ganze Büschel des Neuensteiner Archivs. Das Haus Hohenlohe fügt diesen seine eigenen Klagen bei. Ohne Voreingenommenheit muß zugestanden werden, daß das formale Recht auf Seiten der Reichsstände lag.

Manch ein Adliger, nicht nur in Frankreich, hatte mit der Aufklärung geliebäugelt, ohne zu ahnen, welche Ballung von Kräften diese neuen Ideen entwickeln könnten gegenüber den nun einmal veralteten und überholten, hergebrachten Rechtszuständen. In diese Richtung waren die Gedanken der Hohenlohe-Bartenstein, die strenggläubig katholisch waren, nicht gegangen. Ein Dekret wie das vom November 1790, das die Priesterämter durch Wahl der Bürger, ohne Rücksicht auf die Konfession freigab, mußte sie in ihrer tiefsten Empfindung treffen und sie empören. Nicht zuletzt dieser Umstand erklärt vielleicht ihre Bereitschaft, im Gegensatz zu einigen anderen Standesgenossen, die ebenfalls in ihren Rechten im Elsaß sich geschädigt fühlten, die Emigrantenarmee sich auf ihrem fränkischen Gebiet sammeln zu lassen und selber zwei Regimenter zu deren Unterstützung anzuwerben. Daß sie von den nunmehr in Frankreich regierenden Kreisen als Feinde angesehen wurden, nahmen sie wohl in Kauf, da sie annahmen, das, was sie als Unwesen ansahen, würde bald ein Ende finden.

Als Bedenken gegen den Verkauf Hohenlohischer Güter laut werden, kontert der Notar Adolay von Niederbronn, der ein eifriger Erwerber von Emigrantengut war, in einem nicht datierten Schreiben, das dem Inhalte nach aber in die Zeit nach den Ereignissen des Herbstes 1793 zu setzen ist, ... *es wird versucht, den Fürsten Hohenlohe den souveränen Fürsten gleichzustellen, um seine Besitzungen der Enteignung zu entziehen, die durch Gesetz vom vergangenen 28. Ventose angeordnet worden ist ... aber ... die Gemeindeverwaltung von Niederbronn ... stellt fest, daß der ehemalige Prinz Hohenlohe bis 1790 in Frankreich wohnhaft gewesen ist, daß er sich unter die Fahnen Condés begeben hat, daß während der Invasion in dieses Departement er sich in Niederbronn an der Spitze eines Emigrantenregiments hat sehen lassen und die Uniform mit den Lilien getragen hat*<sup>65</sup>. Tatsächlich schreibt Fürst Karl Friedrich zu Hohenlohe Waldenburg in seiner Studie über das hohenlohische Militärwesen zu den Uniformen jener Zeit: »Die Uniformen richteten sich weithin nach denen der ehemaligen Fremdenregimenter des 18. Jahrhunderts in Frankreich.

Die Hohenlohe-Bartensteinischen Jäger von 1792 trugen schwarze Lederhelme mit Augenschirm, weißem Federbusch, hinten herabhängendem Roßschweif und einer Messingplakette, die das Bourbonenwappen zeigte ...« ferner »Das Parallelregiment (Infanterie-Schillingsfürst) trug das traditionelle Himmelblau der französischen Fremdenregimenter ... Die Schulterstücke waren schwarz, die Knöpfe aus weißem Metall mit aufgeprägter Lilie<sup>66</sup>.« So uniformiert mußte Prinz Karl Ernst

64 Ludwig, S. 126.

65 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q 4951.

66 Fürst zu Hohenlohe-Waldenburg (wie Anm. 51), S. 339f.



auffallen, als er im Herbst 1793 nach Oberbronn kam. Er gab dadurch den »Patrioten«, zu denen Adolay sicher zählte, Argumente, um zu verlangen, daß er als Emigrant behandelt wurde. Beachtlich ist immerhin, daß der Präfekt noch 1800 zögert, als ihm die Gläubiger des Fürsten vorhalten, der Verkauf sei ungesetzlich, da der Besitzer auf keiner Emigrantenliste stehe. In das Städtchen Niederbronn im heutigen Sinn war der Prinz nicht gekommen. Die »Gemeindeverwaltungen« umfaßten nach der damaligen Praxis oft einen ganzen Kanton und wurden nach der Hauptgemeinde, in diesem Falle Niederbronn, benannt. Es ist also die Großgemeinde Niederbronn gemeint, zu der Oberbronn zählte. Er hatte sich auch nicht an der Spitze seines Regimentes gezeigt, nur mit einer Escorte von 30 Husaren. Aber in Uniform war er, und diese zeigte die bourbonischen Lilien. Grouvel bringt eine sehr genaue Zeichnung der Uniformen der Hohenloher Regimenter. Der unliebsame Auftritt mit Pfarrer Grucker war natürlich auch bekannt.

Es lohnt sich, ein wenig bei den in Büschel 361 des Hohenlohe-Bartensteinischen Archivs aufbewahrten Berichten des Bevollmächtigten von Haimb zu verweilen. Die Argumente des Bischofs von Speyer, von dem Ludwig sagt<sup>67</sup>, er sei der konsequenteste und zäheste Verfechter der Reichsstände gewesen, haben wir schon erwähnt. Sie kehren in den Denkschriften der anderen Reichsstände immer wieder. Daß sie als Lehnsleute des Kaisers kein Recht dazu hätten, irgend etwas ihres Lehns zu veräußern, konnten den ehemaligen obersten Feudalherrn Frankreichs, den König, beeindrucken, aber was vermochten sie Leuten gegenüber, die soeben die Feudalrechte im ganzen französischen Königreich und damit auch Elsaß abgeschafft hatten? Der Begriff der »une et indivisible«, der zwei Jahre später zum Glaubenssatz ihrer Nachfolger wurde, stak schon in ihnen, was sollte da ein Hinweis auf über 100 Jahre alte Verträge, die einem Teil dieses einen und unteilbaren Ganzen, das man von Grund auf umzugestalten im Begriffe war, Sonderrechte zubilligten, da doch alle Sonderrechte abgeschafft werden sollten und das Ideal der Gleichheit in die französische Staats-Maxime aufgenommen wurde? Doch im Reich hatten die feudalen Rechtsbegriffe noch ihre volle Geltung, auch für das Haus Hohenlohe natürlich. Laut Bericht von Haimbs vom 26. 1. 1791<sup>68</sup> war dem Erzbischof von Trier ebenfalls eine geldliche Entschädigung angeboten worden, er hatte sie mit der gleichen Begründung wie der Bischof von Speyer abgelehnt. Am 17. 4. 1791 schreibt von Haimb, der kurmainzische Hof habe folgende »Deliberationspunkte« aufgestellt:

1. Ob nicht alles, was Frankreich beschlossen hat, für ungültig erklärt werden soll?
2. Ob nicht alle durch Verträge abgetretenen Gebiete »als ergänzende Theile des Reiches zu betrachten seyen?«
3. Ob einzelne deutsche Besitzer »... auf etwas haben vergeben können?«
4. »Ob nicht überhaupt Teutschland derweilen ebenfalls befugt ist, alle Friedensschlüsse für unverbindlich und aufgehoben anzusehen, wodurch ehemals so viele Provinzen von dem deutschen Reich abgekommen sind?«

67 Ludwig (wie Anm. 62), S. 129f.

68 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 361.



5. Erörterung der Mittel, um die Rechte zu erhalten. Es erübrigt sich auszuführen, wie brisant solche Erwägungen waren, wenn man sich des Briefes Jacques Mathieus vom 2. März 1790 erinnert.

Alle diese Fürsten sorgten sich auf einmal um die Unverletzlichkeit des Reiches, jetzt, da ihre eigensten Belange bedroht waren.

Ein Schreiben, das der Kurfürst von Mainz am 4. April 1791 als Metropolit für das Bistum Straßburg im Namen des dortigen Fürstbischofs Louis-René de Rohan-Guéméné an den Reichstag sendet, entbehrt nicht einer gewissen Würze. Darin wird betont, *daß die Würde eines Reichsfürsten, wodurch des H. Fürstbischofs von Straßburg Durchlauchtigste Eminenz bekleidet sind, verpflichtet Höchstsclbe ihre Klage an die allgemeine Reichsversammlung zu bringen und ihren Beistand gegen die schon offenkundige, aber täglich noch bis zur äussersten Stufe anwachsende Mißhandlung und Vollstreckung der Dekreten der sogenannten Französischen National Versammlung in der Provinz Elsaß aus der Tiefe ihres Kummers anzurufen*. Erinnern wir daran, daß die aufeinander folgenden französischen Bischöfe Rohan natürlich die Interessen Frankreichs zu vertreten hatten, trotz ihrer Würde als Reichsfürsten, daß dieser bekümmerte Kirchenfürst derjenige war, der sich durch die Halsbandgeschichte mit Schande beladen und der Königin Marie Antoinette wie dem Königtum und dem ganzen Hofe im höchsten Maße geschadet hatte.

Am 7. Juni 1791 schreibt von Haimb<sup>69</sup>, die Verhandlung von Hessen-Darmstadt mit Groschlag habe ergeben, daß 1. eine Entschädigung untunlich sei, da Ritter Ternant selber erklärt habe, *daß an eine Entschädigung von Land und Leuten gar nicht zu denken seye*. 2. Sie wäre auch unerlaubt und ungültig ohne Einwilligung von Kaiser und Reich. 3. Die Franzosen halten sich nicht an die alten Verträge, sie würden sich auch an neue nicht halten. Am 29. Juni 1791 meldet von Haimb die Verhaftung der königlichen Familie.

Am 16. Juli zeigt er, wie die Lage sich verschärft: *Ich glaube (daher auch) zu bemerken, daß die Sache des Königs von Frankreich die Sache der meisten Könige werde, und daß hiezu Kaiserliche Majestät nicht wenig beytragen werde*. Der fürstliche Beauftragte sieht also, wie wohl Gewalt an die Stelle der Verhandlungen treten wird. Damit weist er auch seinen Auftraggeber auf den Weg der Gewalt, den dieser wie die anderen Reichsstände beschreiten wird.

Auf dem Höhepunkt dieser Bemühungen meldet von Haimb nach Bartenstein am 30. Juli 1791, es sei endlich eine Einigung »in der Elsaßer und Lothringer Angelegenheit« zustandegekommen, am 3. August solle ein Reichsgutachten entworfen werden. Es kam allerdings nur zu einer weitem Verwendung des Kaisers im Namen des ganzen Reiches bei (dem gänzlich entmachteten) Ludwig XVI. Theodor Ludwig schreibt dazu<sup>70</sup>. Ein Zeitpunkt für diesen Schritt blieb aber dem Gutdünken Leopolds überlassen. Den drängenden Kräften unter den deutschen

69 Ebenda.

70 Ludwig (wie Anm. 62), S. 169.



Fürsten blieb nichts anderes übrig, als die ihrem Einfluß gänzlich entzogene Entschließung des Kaisers abzuwarten. So findet sich denn auch im Hohenlohe-Zentralarchiv kein weiterer Bericht von Haimbs an den Fürsten.

### Ereignisse in Oberbronn

Wir lassen zunächst einmal die Betrachtung der Bemühungen im Reich beiseite und sehen uns die Entwicklung in Oberbronn an.

Die Fürsten Hohenlohe-Bartenstein residierten nicht dauernd dort. Prinz Josef, der Domscholaster hatte für gewöhnlich im Hohenloher Hof in Straßburg gewohnt, sich nur bisweilen in Oberbronn aufgehalten. Auch sein Bruder Christian, der Domherr, war nur für kürzere oder längere Aufenthalte nach Oberbronn gekommen. Diese beiden waren hohe katholische Würdenträger, die Mehrheit der Oberbronner aber war evangelisch. Unter den Grafen Leiningen war zunächst die ganze Gemeinde evangelisch gewesen. Doch infolge des Übertritts des Grafen Ludwig Eberhard zum katholischen Glauben, hatte die französische Verwaltung wie in einer Reihe anderer Gemeinden auch das Simultaneum eingeführt. Es hatte infolge der Schikanen gegen den evangelischen Geistlichen, der 1688 sein Pfarrhaus dem katholischen hatte abtreten müssen, viele Reibereien zwischen Katholiken und Protestanten gegeben. Letztere fühlten sich zurückgedrängt. Es entstand ein konfessioneller Gegensatz, dessen Schärfe wir uns heute nicht mehr gut vorstellen können, der aber lange durch kleinliche Verordnungen der königlichen Verwaltung zugunsten der zahlenmäßig zuerst sehr geringen katholischen Gemeinde, die aber der *religion du Roi* angehörte, genährt wurde, so z. B. durch den Befehl des königlichen Intendanten de Lagrange vom 17. 11. 1691, das Einkommen der evangelischen Kirchenschaffnei zu gleichen Teilen zwischen den zahlenmäßig sehr ungleichen Kirchengemeinden zu teilen. Streitsüchtige Priester wandten sich immer wieder mit Begehren, die wie böse Nadelstiche wirkten, an den Intendanten. Deshalb dürften die Protestanten in Oberbronn kaum erfreut gewesen sein, als zwei Drittel der Herrschaft an eine streng katholische Fürstenfamilie überging. Reibereien zwischen Bürgern und Herrschaft sind allerdings keine bekannt, vor allem nicht, daß die neue Herrschaft den katholischen Teil der Bevölkerung begünstigt hätte.

Tatsache ist jedoch, daß im ganzen französischen Königreich die Protestanten die revolutionären Maßnahmen, die ihnen in jeder Hinsicht die Gleichberechtigung mit den Katholiken gewährte, begrüßten. Auch die meisten Katholiken hatten gegen die Beschlüsse der Nacht von 4. zum 5. August 1789 nichts einzuwenden. Die Unruhen in den Provinzen nach dem 14. Juli zeigen dies. Erst die Maßnahmen gegen die Kirche brachten die Katholiken gegen die Verfechter der neuen Ordnung auf.

So ist es nicht verwunderlich, daß wir in den Gemeinderatsprotokollen zu Beginn der Revolutionszeit nichts Aufregendes finden. Dennoch ist es schon im Juli 1789 in Oberbronn heiß zugegangen, die Urheber waren aber weniger die Oberbronner.



Die Unruhe, die mit der Besetzung des Schlosses ihren Höhepunkt erreichte, war von Merzweilern und »Leuten aus dem Gebürg«, d. h. aus den Walddörfern Erkartweiler, Sparsbach, Weinberg und Zittersheim, hereingetragen worden. Rentmeister Röger erstattet darüber am 18. 9. einen Bericht nach Bartenstein:

*Zu Ende Juli 1789 entstand eine allgemeine Revolte und Insurrection durch Zusammenrottung, und einen Auflauf von wenigstens 1500 zum Theil mit Waffen, theils aber mit tüchtigen Prügeln versehenen Bauern aus hiesiger Gegend und Gebürg, weil solche unter dem Vorwand ihre Rechte zu suchen, sich gewaltsamerweise der herrschaftlichen Archive zu Oberbronn bemeisterten, und hierauf, da sie keine ihnen dienliche lettres und Dokumenten vorfanden, von denen dahiesig Herrschaftl. Beamten ihnen unter der fürchterlichsten Drohungen gefällige, und vorteilhafte Transactionen, und die Rückerstattung Herrschaftlicher Gelder von 5000 lbr. erpreßten, weßhalben von Herrschaftswegen zu Wiederherstellung der Sicherheit und Ruhe bei dem Gouvernement zu Straßburg um eine militärische Hülfe nachgesucht, so auch schleunig durch ein detachirtes Bataillon vom Regiment Elsaß von 270 Mann, und ein Detachement Husaren vom Regiment Saxe von 30 Mann geleistet wurde, deren 6 wochentlicher Unterhalt, Logirung wie auch Transport der Equipage 6000 lbr. ohne die Herrschaftl. furnitures gekostet hat<sup>71</sup>.*

In der Herrschaft Oberbronn gingen also ähnliche Gedanken um wie im übrigen Königreich. Ein Anlaß zu diesen Bauernunruhen, nicht nur in Oberbronn, war, daß die Bauern hofften, sie könnten in den herrschaftlichen Archiven Dokumente finden anhand derer sie nachweisen könnten, daß man ihnen zu Unrecht ihre Rechte im Walde beschnitt, ihnen Fronen und Feudalabgaben verlangte. Zustände, die in den Verhältnissen des frühen Mittelalters ihren Ursprung hatten, waren schon den Bauern zu Beginn des 16. Jahrhunderts unverständlich gewesen und waren denen des 18. Jahrhunderts unerträglich, zumal die Voraussetzungen dafür nicht mehr vorhanden waren und auf keine Art erkannt werden konnten. Hätten die Herren womöglich die Rechte, die sie beanspruchten erschwindelt? Man glaubte fest daran, daß dies in Urkunden nachzuweisen wäre und suchte diese.

Das Oberbronner Archiv war 1669 durch die Söldner des Pfalzgrafen Johann Adolf von Pfalz-Birkenfeld sehr beschädigt, z. T. vernichtet worden. Schon deswegen konnten die Bauern wenig finden, das aus der Zeit vor 1669 stammte. Weitgehend gaben sie sich mit erpreßten Geldern zufrieden. Dennoch nahmen die Bürger einiger Gemeinden Urkunden mit. 1793 ist der ehemalige fürstliche Rentmeister *receveur séquestre*, Sequester-Rentmeister. Er hat nun die Gelder, die aus dem beschlagnahmten fürstlichen Gute stammen, zu kassieren und nach Straßburg abzuführen. Als solcher berichtet er seinem neuen Vorgesetzten, dem Citoyen Bella, *régisseur et receveur principal des Domaines et revenus séquestrés des Princes possessionnés dans le Département du Bas-Rhin* in Straßburg, wie es um diese Urkunden steht. Er fügt den in seinem Berichte nach Bartenstein erwähnten

71 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 361.



vier Gemeinden als fünfte noch Zinsweiler hinzu. Diese Gemeinden hätten Wälder und andere Güter, die in ihren Gemarkungen lagen und *den früheren Herren von Oberbronn gehört hatten, von denen sie aber zu Unrecht behaupteten, sie würden ihnen gehören*, verlangt. Sie haben die Beamten der Herrschaft gezwungen, Urkunden und Verträge, die diese Besitztümer betreffen, ihnen auszuhändigen. Diese Besitzurkunden seien aber durch das Gesetz vom 22.4.1790 für nichtig erklärt worden, innerhalb von drei Jahren seien diese von den Gemeinden zurückzugeben. Dem citoyen Herfort seien am 1.4.1792 die erforderlichen Unterlagen zugeschickt worden, um solche Besitzurkunden für nichtig erklären zu lassen. Die Gemeinden seien in aller Form vor das *Tribunal de District*, das Kreisgericht, von Weißenburg geladen worden. Bis jetzt seien keine Urteile ergangen. Außerdem würden die Gemeinden durch die citoyenne Loewenhaupt und den citoyen Dietrich, den früheren Mitbesitzern der Herrschaft (die nicht emigriert waren, und deren Besitz deshalb nicht beschlagnahmt war) vor das Gericht zitiert, bevor die dreijährige Frist verfallen sein wird. Er aber, Röger, als der Sequester-Rentmeister der beschlagnahmten Güter der Hohenlohe, könne einen solchen Schritt nur nach erhaltener höherer Erlaubnis tun. Er erwarte dringend eine solche. Sollte sie ihm nicht erteilt werden, überlasse er diese Arbeit der *Direction de la régie nationale ... pour que je n'aie rien à risquer dans aucun cas*. (Damit ich auf keinen Fall etwas riskiere) Röger, ein ehemaliger Beamter der frühern Feudalherrschaft ist sichtlich verängstigt. Sollte etwas schief gehen, so lehnt er jegliche Verantwortung ab, um nicht zu Schaden zu kommen. Er war ja schon bedrängt worden, und einige Monate später flüchtet er aus Angst vor der Schreckensherrschaft.

Auch geht alles langsam und nicht immer den direktesten Weg. Er fügt diesem Briefe vom 6. April 1793 noch hinzu, er warte schon lange auf eine Entscheidung, was die Pachtverträge betrifft. Diese wurden ja jetzt nicht mehr zwischen den Pächtern und der Herrschaft, sondern zwischen den Pächtern und der Republik abgeschlossen.

Wie wenig damals alles eingelaufen war, zeigt ein weiterer Brief Roegers vom 9.9.1793, in dem er den gleichen citoyen Bella bittet, der Gemeinde, die von ihm 94 Zentner Heu von den 47 Morgen beschlagnahmter Wiesen verlangt, zu bestätigen, daß er dieses Heu versteigert habe und daß der Erlös sich in den Händen der Verwaltung in Straßburg befindet. Der Gemeinde Oberbronn – und sicher vielen anderen – war also noch nicht klar, daß die Republik, der Staat, den Besitz der früheren Herren vereinnahmt hatte. Sie hätten auch gerne etwas gehabt, doch der Staat war schneller und vor allem stärker gewesen. Er brauchte ja Geld, sehr viel Geld für seine Kriege.

Drum müssen auch seine Rentmeister, seine Einnehmer, wie »receveur« genau übersetzt heißt, die citoyens genauso mahnen, wie sie früher die Bürger ange-mahnt hatten, bzw. müssen sie den höheren Instanzen namhaft machen, damit diese die notwendigen Maßnahmen ergreife. Roeger teilt am 8.6.1793 dem citoyen Bella mit, daß für 1792 noch Erbbestandsabgaben fehlen. So von Hans



Peter Grandmaire, der jetzt Jean Pierre heißt, von dem Müller auf der ehemaligen herrschaftlichen Mühle 12 »sacs« (Viertel) »mouture«, also wohl »Molzer oder Mengkorn«. Ludwig Stöhr vom Breitenwasen hat ein Viertel und 3 Sester Roggen, 1 Viertel, dreieinhalb Sester Hafer abzuliefern, Nikolaus May, ebenfalls von Breitenwasen, 3 Viertel Hafer, Andreas Muehli, der Dritte von Breitenwasen, 1 Viertel und dreieinhalb Sester Hafer, Jakob Decker von Erkartsweiler vier Viertel Molzer, Georg Dürrenberger aus Merzweiler 1 Viertel »blé de Turquie«, Mais.

Roeger fügt hinzu: »Es muß mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen werden, wie Artikel 4 des Beschlusses des Departement Bas-Rhin dies vorschreibt. Diese sind notwendig, um die Schuldner dazu zu bringen, ihren Pflichten nachzukommen, sowohl jetzt wie auch in »Zukunft.« (Übersetzt). Ihre Herren waren die Bürger los, doch nicht die Abgaben.

Doch kommen wir auf 1789 und die Unruhen in der Herrschaft Oberbronn zurück: Die 300 Mann Besatzung haben anscheinend die Ordnung wieder vollkommen hergestellt, denn Prinz Karl Ernst konnte sich im Herbst 1790 friedlich in seinem Schlosse aufhalten. Auch nachdem er sich wieder entfernt hatte, blieb das Schloß unangetastet; erst recht, als es bei der Beschlagnahme versiegelt worden war. Erst nach dem Abzug der Österreicher wurde es erbrochen und geplündert.

Das Datum dieser Plünderung teilt Rentmeister Röger dem Prinzen am 26. Dezember 1793 mit:

*Meiner Pflicht gemäs wollte ich sogleich nach meiner unglücklichen Flucht dahier mein erstes Geschäft seyn lassen, Euer Hochfürstl. Durchlaucht von dem Höchstden-  
enselben allem Vermuthen nach schon bekannten grossen Unglück, welches das  
Hochfürstliche Schloß zu Oberbronn und Höchstdero Dienerschaft durch einen von den  
unmenschlichen Patrioten den 25ten Novembris letzthin so unvermuthet gewagten  
Überfall und Angriff betroffen hat, den unterthänigsten Bericht erstatten, wurde aber  
solches zu thun sogleich bei meiner hiesigem Ankunft von einem sehr heftigen Anfall  
von meinem so schmerzlichen Magenkrampf, der auf die so viele ausgestandene  
Schrecken und Verkältung ganz natürlich folgen muste, seitdeme ausser Stand gesetzt.*

Wir fragen uns: 25. November? Da stand doch die Armee Wurmser noch im nördlichen Elsaß, erst am 26. Dezember 1793 hat sie das Gebiet von Weißenburg geräumt? Ja, aber Oberbronn war nie von den Österreichern oder den Preußen besetzt worden. Die 25 bis 30 preußischen Husaren mit den zwei Offizieren, von denen Fürst Karl schreibt, waren ihm vom Herzog von Braunschweig als persönlicher Schutz gestellt worden. Die Österreicher standen zwar sehr nahe, in Reichshofen, Miesenheim, die Preußen in der Pfalz und in Lembach, doch weder Niederbronn, noch Oberbronn waren um jene Zeit besetzt. Der von Fürst Karl Ernst erwähnte Streifzug des Herzogs von Sachsen-Weimar galt der Festung Lichtenberg, die, das sei nebenbei bemerkt, als Burg und Schloß einst im Besitze von dessen Lichtenberger und Hanau-Lichtenberger Vorfahren gewesen war.

Dennoch ist es erstaunlich, daß die unmenschlichen Patrioten es wagten, trotz der preußischen Armee im Norden, der österreichischen im Südwesten, Süden und



Osten, das Schloß zu diesem Zeitpunkte zu plündern, besonders da sie wußten, daß der Prinz einige Tage in seinem Schlosse verbracht hatte, und sein Regiment nicht weit entfernt stand. Die Hohenloher waren, aus der Pfalz kommend, über Hagenau, Brumath nach Hochfelden marschiert, wo sie am 27. 10. ankamen. Von dort war der Prinz nach Oberbronn geritten, nach seinen Angaben verließ er um Mitte November mit Erlaubnis des Prinzen Condé sein Regiment in Richtung Westfalen. Sein Besuch in Oberbronn hatte also zwischen dem 27. 10. und dem 15. 11. stattgefunden.

Die kriegерischen Ereignisse spielten sich bald darauf sehr nahe bei Oberbronn ab<sup>72</sup>. Der Befehlshaber der Moselarmee der in der Pfalz gekämpft hatte, hatte fünf Bataillone, das 11. Kavallerieregiment und eine berittene Artillerieabteilung nach Niederbronn geschickt. Am 4. 12. wurden diese von den Österreichern und Hessen angegriffen, sie flohen auf die Höhe von Oberbronn, kamen zurück, wurden erneut von Infanterie und Kavallerie angegriffen und flohen zuerst nach Oberbronn, dann nach Zinsweiler. Das Datum des 23. 11. läßt uns aufhorchen: Zwei Tage darauf wurde das Schloß geplündert! Diejenigen, die dies taten, fühlten sich im Schutze der soeben angekommenen Truppen. Wer wohl die Anführer waren? Die Merzweiler können es diesmal kaum gewesen sein, denn dort in der Nähe standen am 25. 11. noch die Österreicher, die erst nach den Kämpfen um Gundershofen, Utenhofen, Mietesheim sich gegen Hagenau zurückzogen, am 25. 11. standen sie zwischen Merzweiler und Oberbronn.

Nun aber war das Schloß geplündert worden. Zwar war es Nationalgut, doch die Einwohnerschaft betrachtete es als herrenlos, und es verkam von da ab zusehends. Unter dem 3. pluviöse ((21. 1.))<sup>73</sup>, ohne daß das Jahr genau feststellbar wäre, melden die Gemeindeprotokolle, daß in den Zimmern des Schlosses Kranke untergebracht waren. Das Stroh soll durch »Wittweiber« aus den Zimmern geschleift und im Hofe verbrannt werden. Die Zimmer waren also weitgehend leer gewesen, was erst nach dem Herbst 1793 der Fall war, es handelt sich demnach wohl um den 21. Januar 1794 und um hospitalisierte Soldaten der Armee Hoche und Pichegru, die die Kaiserlichen vertrieben hatten.

Einen Hinweis auf die Verwahrlosung des Schlosses und daß dieses jahrelang als herrenloses Gut betrachtet wurde, finden wir in einem Bericht des Direktors des »Enregistrements« und der nationalen Domänen, Thomassin. Er schreibt am 16. prairial an VII (4. 6. 1799) an die Leitung des Departements (*Citoyens administrateurs*: *Soeben wurde ich davon benachrichtigt, daß in dem in Oberbronn gelegenen Hause, das dem Sequester Hohenlohe gehört, eine Menge Mobiliar vorhanden ist, Fenster und Läden, die täglich entwendet werden und nacheinander verschwinden, wenn nicht auf Ordnung gesehen wird. Es ist Ihnen nicht unbekannt, wie im Kanton gestohlen und geplündert wird, da ein Eisengitter von bedeutendem Gewicht und Umfang, das sich in demselben Gebäude befand, entfernt und gestohlen wurde, ohne daß die geringsten Spuren des Diebstahles hätten entdeckt werden können. Ich schlage*

<sup>72</sup> Arthur Chuquet: Les guerres de la Révolution, Band 8. Wissembourg et la perte de l'Alsace, Band 9.

<sup>73</sup> Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340,25.



Ihnen, Bürger, vor, daß eine Liste der Läden und Fenster durch die Nationalverwaltung in Anwesenheit des »receveur« (kantonaler Finanzbeamter) aufgestellt wird, damit diese nachher als nationales Mobiliar verkauft werden, verschiedene Erlasse des Exekutivdirektoriums dies vorschreiben<sup>74</sup>. Nach Aussage dieses Erlasses stand das Schloß 1799 ohne Fenster und Läden und allem Wetter offen. Von irgendeinem andern »Mobiliar«, das hätte geschützt werden müssen, ist nicht die Rede, es war also restlos ausgeräumt.

Noch etwas anderes ist vor der Versteigerung des gesamten Besitztums entfernt worden, der »botanische Garten«. Bekannt ist, daß die Landgrafen von Hessen-Darmstadt bei ihrem Schlosse zu Buchsweiler eine Orangerie unterhielten, die durch Johann Herrmann, Professor der Naturwissenschaften an der *Ecole de Santé* der sich mühte, aus dem Chaos zu retten, was er konnte – so hatte er sich in der Schreckenszeit bemüht, die sinnlose Zerstörung der kostbaren Münsterplastik zu Straßburg zu verhindern – nach Straßburg gebracht und dort in dem botanischen Garten untergebracht worden ist, um schließlich den Grundstock des heutigen Straßburger Stadtparks der »Orangerie« zu bilden. Professor Herrmann versuchte, auch den botanischen Garten des Oberbronner Schlosses zu retten. Schon am 23. pluviöse an II (11. 2. 1794), also kurz nach dem Rückzug der österreichisch-preußischen Truppen, war auf einen Brief der Weißenburger Distriktsverwaltung hin der Citoyen Dubois, »Inspecteur général nommé par le conservateur des objets d'art, monuments et histoire naturelle« von dem Bestehen des Gartens unterrichtet worden. Professor Herrmann schreibt am 12. prairial an III (1. 6. 1795) an die *Citoyens administrateurs*, man möge dafür sorgen, daß diese Pflanzen, von denen er dem *Directoire du Département* ein Verzeichnis habe zukommen lassen, während der günstigen Jahreszeit in den botanischen Garten der *Ecole de Santé* verbracht werden. Dem wird zugestimmt, denn Gegenstände, die zur Unterrichtung geeignet sind, sollen bewahrt werden. Der Direktor des Gartens, Milhaux, unterstützt den Vorschlag, das Gesuch Herrmanns wird weitergeleitet (18. prairial = 6. 6. 1795). Der Gärtner des botanischen Gartens der *Ecole de Santé* wird ermächtigt, sich nach Oberbronn und Buchsweiler zu begeben, um auszuwählen, was dem Garten dienlich sein könnte. In Oberbronn soll der *Commissaire Wetzecker* (= Weizsäcker) in Gegenwart eines *Receveurs* und zweier Gärtner ein Inventar aufstellen. Es geht aber nicht so schnell, Weizsäcker muß Holz für die Gewächshäuser bezahlen, die die seltenen Pflanzen beherbergen (17. nivose an IV = 7. 1. 1796). Am 21. germinal (11. 4. 1796) des gleichen Jahres sind die Pflanzen noch an Ort und Stelle<sup>75</sup>.

Am 1. Komplementärtag des 4. Jahres (17. 9., 1796) kündigt Weizsäcker seinen Dienst; er sei ohne sein Wissen zum Kommissar ernannt worden. Wegen der Pflanzen schreibt er, es sei am besten sie abzuschaffen. Sie verursachten doch wohl nur hohe Kosten und dienten zu nichts. Als Belege fügt Weizsäcker mehrere Rechnungen bei.

74 Wie Anm. 73; Sign.: Q 4456.

75 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: Q 4466.



Am 18. germinal an V (7. 4. 1797) schreibt der Citoyen Wild, der Leiter der Großgemeinde Niederbronn, an eine nicht näher bezeichnete Stelle, die Oberbronner Orangerie verursache hohe Kosten, in der Umgebung habe niemand Interesse daran, sie sollte nach Straßburg verbracht werden, die Jahreszeit sei günstig und *Ihnen stehen Wagen für Militärtransporte zur Verfügung, die die Nation zahlt*. Die übrig bleibenden Bäume sollten in Straßburg verkauft werden.

Ignaz Weinum aus Hagenau bietet 1797 300 Fr. für die Orangerie, doch unter der Bedingung, daß er innerhalb von 10 Tagen und rechtzeitig vor dem Froste die Pflanzen transportieren könne. Er verzichtet schließlich: Am 5. frimaire an VI (25. 11. 1797 schreibt der »Directeur de l'Enregistrement« an den »Administrateur du Département«, der Käufer habe wegen der Jahreszeit Schwierigkeiten, die Pflanzen zu transportieren, es sei alles zu spät in die Wege geleitet worden.

1798 wird es dann ernst: Die »Régie« zu Straßburg empfiehlt am 11. messidor an VI (1. 7. 1798) den Verkauf voranzutreiben. Die *Administration centrale* erteilt am 12. messidor (3. 7.) den Befehl, dies zu tun, und schon am 1. thermidor (19. 7.) nehmen der Oberbronner Gärtner Johann Georg Müller, der Buchsweiler Blumen-gärtner Paul Walter und der Oberbronner Beigeordnete Keller den Bestand auf:

6 Stück süße Orangen in Kästen, das St. zu 30 l.	180 l.
20 Stück Bitter-Orangen in Kästen, das St. zu 24 l.	480 l.
2 Stück breitblättrige Myrthen in Kästen, zu je 6 l.	12 l.
1 Granat 6 l.	6 l.
2 Stück Lorbeeren in Kästen, das Stück 8 l.	16 l.
6 Mandelbäume in Kübeln, das Stück zu 3 l.	12 l.
1 Zitronenstock in Kasten 8 l.	8 l.
3 3Stück Laurus tinus in Kübeln zu je 3 l.	9 l.
22 Stück Lorberen in Kübeln, das Stück zu 6 l.	132 l.
7 Stück Lorberen in Scherben, das Stück zu 1 l.	7 l.
Summe	862 l.

In sämtlichen Ortschaften des Kantons Niederbronn, sowie in sämtlichen benachbarten Kantonshauptorten wird durch Anschlag die Versteigerung dieser Pflanzen am 4. thermidor (23. 7.), 10 Uhr morgens bekanntgegeben. Die Niederbronner *Administration municipale* soll einen Kommissar bestimmen. Sie benennt den Citoyen Eschenbrenner. Sie soll auch dafür sorgen, daß die Niederbronner Badegäste unterrichtet werden. Drei Bedingungen sind zu beachten: Alles ist bar zu bezahlen, nichts wird unter dem geschätzten Preis zugeschlagen, der Verkauf wird verschoben, wenn sich nicht genügend Liebhaber einfinden. Zum Ausrufer wird der Gärter Johann Georg Müller bestimmt.

Der bereits genannte Hagenauer Weinum und Neunreuter aus Hagenau sind anwesend, sie erklären, die Pflanzen seien zu hoch veranschlagt und ziehen sich zurück. Einige kleine Pflanzen in Blumentöpfen, meist Oleander, gehen zu Preisen zwischen 1 und 1,65 l. an den Oberbronner Notar Coulmann. Keiner bietet für den Rest, es sind nur noch 20 Schaulustige, meist aus dem Orte, anwesend, so wird die



Versteigerung abgebrochen. Dem Gärtner Johann Georg Müller wird aufgetragen, dafür zu sorgen, daß nichts beschädigt oder entwendet wird. In Straßburg sind neue Anweisungen einzuholen, unter anderen die, daß unter der Schätzung verkauft werden darf.

Die zweite Versteigerung findet am 13. thermidor (3. 8.) statt. Wieder wird sie durch Anschlag im Kanton und den größeren Nachbarorten bekanntgegeben. Ziemlich viele Liebhaber kommen, es darf unter den geschätzten Preisen verkauft werden. Nach einem Bieten auf einzelne Stücke soll eine Versteigerung des Ganzen vorgenommen werden. Im einzelnen würde für die Pflanzen 256,50 erzielt. Darauf wird der Bestand *en bloc* angeboten. Der Forstbeauftragte Lombardini bietet 2601. Er und ein Leclerc, der im Auftrage eines Schweisguth aus Hagenau handelt, treiben sich gegenseitig auf 3301. Für diese Summe gehen die Pflanzen an Schweisguth.

Nun werden Gegenstände des Gewächshauses angeboten, unter andern ein Karren, der für 251. an Lombardini geht. Dieser erwirbt auch den Ofen für 151. 37 Blumentöpfe mit verschiedenen Pflanzen erbringen 411., gußeiserne Platten, die der Heizung dienen, 109,501., das Gestell und die Bretter, die als Brücke es ermöglichen, die Pflanzen in den Garten und wieder zurück zu bringen, gehen für 91. ab. Zusammen ergibt das 228,751. So wurden Pflanzen und Geräte des botanischen Gartens für insgesamt 558,751. verkauft. Die Unkosten der beiden Versteigerungen beliefen sich auf 321., es blieben dem Staate also 526,751.

Dieser Summe stehen die vorausgegangenen Unkosten gegenüber. Kommissar Weizsäcker hatte allein für die Zeit von November 1795 bis August 1796 folgende Kostenrechnung aufgestellt:

Entschädigung für sich selber	250,001.
Löhne	3600,001
Arbeiten von Schreiner, Nagler und Küfer	16,701.
An 8 Männer, die die Pflanzen hinaus und herein trugen, der Arbeitstag zu 40 sols (21.)	<u>32,001.</u>
Summe	3896,401.

Daß die Pflanzen nicht wie die von Buchweiler nach Straßburg verbracht worden waren, wie Professor Hermann das vorgeschlagen hatte, ist den Staat, die »Nation«, wie der Ausdruck damals lautete, teuer zu stehen gekommen. Auch sonst war die Verwaltung der fürstlichen Orangerie kein Ruhmesblatt: Am 23. thermidor an IV (10. 8. 1796) hatte Weizsäcker die *Administrateurs du département* gemahnt, sie mögen die Löhne zahlen, der Gärtner sei in Not, der Sommer gehe dem Ende zu, der Ofen sollte neu aufgestellt werden, ein zweiter sei nötig. Acht große Fenster seien gestohlen worden. In der Tat: Bei der Versteigerung ist von Fenstern nicht die Rede.

Aus verschiedenen Texten geht hervor, daß beim Neubau des Schlosses zwei verschiedene gärtnerische Anlagen erstellt worden sind, die »Orangerie« im Untergeschoß des nördlichen Wirtschaftsflügels, und der »botanische Garten«, das



Gewächshaus, im nordwestlichen Teil des Gartens. Bei den Verkäufen ist nur die Rede von dieser Anlage, die hier Orangerie genannt wird.

Als der Geometer Raviez am 17. ventose an VIII (8.3.1800) den Wert des Schlosses schätzt, findet er ein *bâtiment servant d' orangerie ruiné*, also ein ruinenhaftes Gebäude, das als Orangerie gedient hatte. Es entsprach den übrigen Schloßgebäuden, von denen Raviez schreibt, sie seien *délabrés*, verkommen.

Wir sind von den Ereignissen im Sommer 1789 ausgegangen, als das neu erbaute Schloß zwei Jahre alt war. Vom Herbst 1793 ab, als noch kein Möbelstück verrückt war, also in weniger als sieben Jahren ist es »verkommen«: Keine Heizung, keine Fenster, keine Läden, herrenlos. Es konnte nicht anders sein.

Kehren wir zu den Ereignissen im Flecken zurück, soweit die Gemeindeakten und die Berichte der herrschaftlichen Beamten an ihren Fürsten uns darüber unterrichten. Bis zu ihrer Flucht im Spätherbst 1793 haben die Beamten unter schwierigsten Umständen ausgehalten. Besonders Rentmeister Röger und Forstmeister Teichmann berichten des öftern.

#### Erste Anzeichen der neuen Zeit

Vom 28. 12. 1788, nach dem Tode des »Syndikus« Feberey, bis zum 11. 10. 1789 sind keine Gemeinderatsprotokolle aufgezeichnet worden. Nun unterschreibt ein Dörr als *greffier*, d. h. als Gemeindeschreiber, Moritz Lips aus einer der ältesten Familien Oberbronnns ist Syndikus der Munizipalität, Martin Kirsch »Mitglied«. Wir erkennen bereits Bezeichnungen der Munizipalitätsordnung von 1787, die die alte Ordnung abgelöst hatte.

Noch 1789, doch ohne daß ein Datum angegeben wäre, soll die Einwohnerschaft versammelt werden, damit ihr das Dekret der Nationalversammlung über den »patriotischen Beitrag« bekannt gegeben werde. Vertreter der Herrschaft ist der Schultheiß *de Callenstein*.

Am 2. 11. 1789 erfahren wir von ersten Schwierigkeiten. Als Folge des Dekrets über den »Fruchthandel«, d. h. den Getreidehandel werden zwei Delegierte zur Beobachtung dieses Handels auf dem Mittwochmarkt bestimmt. Am 6. 12. erwischen sie einen Delingquenten, Georg Eber, Bürger und Bäcker. Er trieb »Fruchthandel« auf dem Markt, ihm wird 1 Viertel (etwa 48 kg) Weizen beschlagnahmt. Am 13. 12. 1789 werden zum ersten Mal die Folgen der Erklärung vom 4./5. August erwähnt: Es wird ein königlicher offener Brief vom 18. 11. 1789 über den Beschluß der Nationalversammlung vom 13. 11. verlesen »Inhaltend allen Titulaires von Pfründen und allen Obere der geistlichen Häußer und Anstalten befiehlt in Zeit von zween Monaten alle von obgenannten Pfründen Häußer und Anstalten abhängende Güter anzuzeigen«. Die Umwälzung beginnt nun wirklich, die Beschlüsse der obersten Körperschaft werden in die Praxis umgesetzt.

Am 22. 11. 1789 werden nach dem neuen Gesetz zur Reform der Justiz vier Beisitzer bei Kriminalprozessen bestimmt.

Am 27. 12. 1789 wird ein offener Brief des Königs vorgelegt, der befiehlt, die



Beschlüsse der Nationalversammlung vom 7. und 14. 11. durchzuführen. Diese beziehen sich auf die »Erhaltung der geistlichen Güter, der Archive und Bibliotheken in Klöstern und Stiftern«.

Im gleichen Eintrag ist »die Erklärung des Königs vom 9. Weinmonat (Oktober) 1789, durch welche das Dekret der National Versammlung vom Dienstag dem 6. Weinmonat, die Patriotische Steuer betreffend sanktioniert wird«, vermerkt. Es sollen »Patriotische Steuer Register ... verfertigt und eingerichtet werden.« Die Munizipalität scheint mindestens einen Teil dieser Steuer aus der Gemeindekasse tragen zu müssen oder zu wollen. Oder sie weiß, daß die Bürger nicht in der Lage sind, die Gelder für diese Steuer gleich selber aufbringen zu können und schießt das Geld vor. Die Protokolle sprechen sich darüber nicht aus. Über die Summe, die Oberbronn für 1789 zahlen muß, ist den Protokollen ebenfalls nichts Bestimmtes zu entnehmen. Jedoch beschließt die Munizipalität, daß sie *auf die Königlichen Anlagen aufs künftige 1790<sup>te</sup> Jahr ... von Seiten der Hiesigen Gemeinde, im künftigen Monat Jänner zwei Tausend Gulden erlegen wolle*. Auch hier ist nicht angegeben, ob dieses Geld aus der Gemeindekasse oder aus der Tasche der Bürger bezahlt werden wird. Das letztere dürfte wahrscheinlicher sein.

Aber am 1. 1. 1790 berichtet der Syndicus, es sei nötig *Bericht an eine Hohe Zwischen Commission des Districts Weißenburg zu machen, um darüber gehörige Erlaubnuß und Authorisation zu begehren und auszubitten ... daß Erstlich die Munizipalität autorisiert werden möchte. Ein kleines Stück Wald an der Gumprechts-höfer Straße wie auch einige abgängige Bäume unter die Gemein zu versteigern, um zur Patriotischen Steuer einen Beytrag aus dem Erlös machen zu können ... Zweitens daß Bittet die Munizipalität um Erlaubnuß die dißjährige Burger Cuppe vergrößern zu dürfen*.

Dies deutet darauf hin, daß wenigstens ein Teil des *Patriotischen Beitrags* aus der Gemeindekasse bezahlt wurde. Oberbronn war in der glücklichen Lage, den ausgedehnten Gemeindewald Frohret zu besitzen.

Die Bezeichnung *Patriotische Steuer* ist eigentlich ein Ausrutscher in die Sprache des bereits zu einem guten Teil abgeschafften *ancien régime*: Der freie Bürger zahlt keine *impôts* (Steuern, eigentlich »Auflagen«) mehr sondern von ihm durch seine Gewählten zugestandene (freiwillige) *contributions* (Beiträge) zugunsten des Gemeindewohls!

Am 23. 1. 1790 wird der offene Brief des Königs über die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 14. 10. 1789 zur Errichtung der neuen Munizipalitäten vorgelesen. Ferner daß alle Nicht-Katholiken zu allen Ämtern zugelassen sind. Am 26. 1. soll schon die Wahl zur neuen Munizipalität stattfinden. Leider fehlen dann die Aufschriebe von diesem Tage ab bis zum 1. 2. 1792, ein voller Jahrgang.

Der Beschluß, der den Protestanten die Gleichberechtigung verlieh, war auch von den Protestanten in Oberbronn sicher mit Genugtuung aufgenommen worden, andere Beschlüsse mußten viele Katholiken zu Feinden der neuen Machthaber machen. Vor allem die Verordnung über den Stand des Klerus hat viel böses Blut gemacht. Doch am 14. Juli 1790 hatte man noch einträchtiglich den Jahrestag des



14. Juli 1789 als »Fest der Föderation« gefeiert, also des freiwillig angenommenen Zusammenschlusses der verschiedenen Provinzen zu einem nationalen Staat: Noch nicht zum zentralistischen Einheitsstaat. Aber die Anregung, wohl eher die Anordnung, kam zentral aus Paris. Auch der Hang zu möglichst pompöser Gestaltung und emphatischer Sprache, von dem dieser Text deutlich geprägt ist, entsprach weniger elsässischem Temperament als der in Paris nunmehr vorherrschenden, von missionarischem Eifer geprägten Tonlage.

In dieser Initiative lag der Keim zur neuen, an die Stelle der alten getretenen Tradition, der es seit nunmehr 200 Jahren zum *Quatorze Juillet* nie an militärischem Pomp und patriotischer Emphase mangelte.

Für Oberbronn 1790 wurde die Festfolge detailliert in pathetischem Wortlaut festgelegt. Den Gemeinderatsprotokollen wurde folgender Text beigelegt (Übersetzung)<sup>76</sup>:

76 Gemeindearchiv Oberbronn; Gemeinderatsprotokolle 1790; Beilage (Bericht nach Weissenburg): *Cejourd'hui Sept Juillet la Municipalité assemblée le Procureur de la Commune prit la parole et dit: L'anniversaire du jour mémorable, auquel la France a reconquis sa liberté s'approchant de très près, il croyait être de son devoir d'inviter la Municipalité de déférer au vœu de nos frères, les Citoyens de Paris et de prendre pour le jour tels arrangements qu'ils croyaient convenir à l'auguste cérémonie que toute la France allait célébrer à la même heure. De même il ajouta que la Garde Nationale de cet endroit ayant arrêté de se présenter le quatorze Juillet pour la première fois en uniforme sous son Drapeau, il croyait qu'on ne pouvait prendre un jour plus convenable pour la bénédiction de ce monument de la liberté que le dit jour du Quatorze Juillet.*

*Sur cela la Municipalité a arrêté l'ordre suivant sur la Fête de la Fédération:*

1. *Mardi treize Juillet à six heures du soir la sonnerie des cloches de l'église et de la maison commune, de même qu'une triple décharge des canons annonceront la grande fête du lendemain.*
2. *Mercredi quatorze juillet à six heures du matin la fête sera annoncée de la même manière que ci-dessus. En même temps on battra la générale.*
3. *A sept heures au son du tambour la garde Nationale se rassemblera avec ses Chefs près de la maison commune.*
4. *A huit heures le Conseil Général escorté de la Garde Nationale se transportera à l'église paroissiale où il sera dit une gran' messe, le drapeau béni et entonné le Te Deum sous le bruit des cloches et de l'artillerie.*
5. *Le service catholique fini celui des protestants de la confession d'Augsbourg commencera. Le premier ministre prononcera après que la Communauté aura chantée le Cantique de la Fédération, un discours analogue à la solennité du jour. Ce discours fini on chantera de même le Te Deum sous le bruit des cloches et de l'artillerie, et le ministre prononcera la bénédiction sur le drapeau de la garde nationale.*
6. *Le Conseil-Général retournera dans le même ordre et sous la même escorte à la maison commune.*
7. *A la fin des deux services on fera à la porte de l'église une quête extraordinaire pour les pauvres des deux religions, et il leur sera distribué, pour ce qu'elle rapporte du pain et de la viande.*
8. *A onze heures du matin la garde nationale se rassemblera derechef sous les armes à la maison commune. Il s'y trouveront de même tous les habitants mâles depuis l'âge de 18 ans.*
9. *A onze heures et demie précises toute l'assemblée commencera à défiler vers la montagne appelée jadis le Pouce, et dorénavant le Mont de la Fédération, et cela en l'ordre suivant:*
  - 1) *un détachement de la garde nationale devancée d'une musique militaire.*
  - 2) *le Conseil Général,*
  - 3) *les enfants de la patrie,*
  - 4) *les autres habitants mâles deux à deux,*
  - 5) *un détachement de la garde nationale fera la clôture.*
10. *Le Conseil Général au moment où il arrivera près de l'autel de la Patrie, que le premier Ministre Protestant vient d'ériger, ce qui se fera à midi précis, sera salué par la décharge des canons. Dans le même instant commencera la sonnerie des cloches de l'église paroissiale et de la maison commune, et ne cessera qu'à la fin de la cérémonie.*



Heute, den siebten Juli, ergriff der Procureur vor versammelter Munizipalität das Wort und sagte: Der denkwürdige Tag, an dem Frankreich seine Freiheit zurück hat, nähert sich sehr bald, deshalb hält er es für seine Pflicht, die Munizipalität aufzufordern, dem Wunsche unserer Brüder, der Bürger von Paris, nachzukommen und für diesen Tag diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die der hohen Feier entsprechen dürften, die ganz Frankreich zur gleichen Stunde begehen wird. Er fügte dann hinzu, daß, da die Nationalgarde dieses Ortes beschlossen habe, sich am 14. Juli zum ersten Mal in Uniform und mit ihrer Fahne vorzustellen, er glaube, daß man keinen geeigneteren Tag wählen könne als den besagten Vierzehnten Juli, zur Weihe dieses Wahrzeichens der Freiheit.

Daraufhin hat die Munizipalität die hier angegebene Folge für das Fest der Föderation beschlossen:

1. Am Dienstag, dem 13. Juli, um sechs Uhr abends werden die Glocken der Kirche und des Gemeindehauses sowie eine dreifache Salve der Kanonen das große Fest des folgenden Tages ankündigen.
2. Am Mittwoch, dem 14. Juli, um sechs Uhr morgens wird das Fest auf die gleiche Art wie oben bemerkt angekündigt. Gleichzeitig wird Generalmarsch geschlagen.
3. Um sieben Uhr wird die Nationalgarde mit ihren Befehlshabern sich unter Trommelwirbel bei dem Rathause versammeln.
4. Um 8 Uhr begibt sich der Generalrat von der Nationalgarde begleitet zur Pfarrkirche, wo eine große Messe gelesen, unter Glockengeläut und beim Donnern der Kanonen die Fahne geweiht und das Te Deum gesungen wird.
5. Ist der katholische Gottesdienst beendet, so beginnt derjenige der Protestanten augsburgischer Konfession. Der erste Pfarrer wird, nachdem die Gemeinde das Lied der Föderation gesungen hat, eine der Feierlichkeit des Tages entsprechende Rede halten. Ist diese Rede beendet, so wird ebenfalls das Te Deum unter Glockengeläut und dem Donnern der Kanonen gesungen und er wird den Weihe-  
spruch über der Fahne der Nationalgarde sprechen.
11. Tous les citoiens arrivés près de l'autel de la patrie, ils formeront un quarré autour de lui, et après un court discours du Curé catholique et du Ministre protestant, les Chefs de la garde nationale prêteront entre les mains du Maire et devant l'autel de la patrie le serment prescrit à leur corps par l'assemblée nationale, et se feront prêter après le même serment par leurs subalternes. Après quoi tous les habitants prêteront le serment civique.
12. Au moment, où le serment sera prêté, de même lorsque l'auguste cérémonie sera finie il y aura chaque fois une salve d'artillerie.
13. La Communauté retournera dans le même ordre à la maison commune.
14. A deux heures de relevée tous les enfants de l'endroit se rassembleront près de la maison commune pour recevoir chacun un gâteau.
15. A quatre heures tous les habitants qui ont prêté serment pourront se trouver dans les cabarets, q'on leur indiquera, où il leur sera distribué du vin et du pain.
16. Tous les habitants sont invitée à se comporter à ce jour mémorable avec l'ordre et la décence, qui convient à des citoiens, qui ne mettent leur liberté que dans l'obéissance aux lois; et surtout de ne point tirer des fusils dans l'endroit pour éviter tout malheur.
17. Le présent arrêté sera publié et affiché à la maison commune, et Mrs les Curé et Ministre invités de les publier ay Prônes de leurs Eglises.
18. Ainsi arreté le jour et an que dessus. Signé: Mörle, Maire, Kirsch, Müller, Lips, Küster, Löw, Officiers Municipaux, Müller, Procureur, Dörr, Secrétaire-Greffier.

Collationné trouvé conforme à l'original

Signé: Dörr S. Greffier



6. Der Generalrat wird in gleicher Ordnung und unter der gleichen Begleitung zum Gemeindehaus zurückkehren.
7. Nach den beiden Gottesdiensten wird vor der Kirchentüre ein Sonderopfer für die Armen beider Konfessionen gesammelt und diesen wird für den Ertrag Brot und Fleisch verteilt.
8. Um 11 Uhr versammelt sich die Nationalgarde erneut bewaffnet vor dem Gemeindehaus. Ebenfalls werden sich alle männlichen Einwohner im Alter von 18 Jahren und mehr einfinden.
9. Um halb zwölf Uhr genau beginnt die Versammlung den Zug zum Berge, den man einst den Daumen nannte, in Zukunft aber den Berg der Föderation nennen wird, und dies in folgender Reihenfolge:
  1. Eine Abteilung der Nationalgarde, der eine Militärmusik vorangehen wird,
  2. der Generalrat,
  3. die Kinder des Vaterlandes,
  4. die übrigen männlichen Bewohner zwei und zwei,
  5. eine Abteilung der Nationalgarde wird den Schluß bilden.
10. Der Generalrat, in dem Augenblick, da er beim Altar des Vaterlandes, den der evangelische Pfarrer soeben errichtet hat, ankommen wird, was Punkt zwölf Uhr geschieht, wird von einer Artilleriesalve begrüßt. Im gleichen Augenblick beginnt das Geläute der Pfarrkirche und des Gemeindehauses und wird erst am Ende der Feier aufhören.
11. Nachdem alle Bürger beim Altar des Vaterlandes angekommen sind, stellen sie sich im Viereck auf, der katholische wie der evangelische Pfarrer halten eine Ansprache, die Befehlshaber der Nationalgarde leisten in die Hand des Bürgermeisters vor dem Altar des Vaterlandes den von der Nationalversammlung vorgeschriebenen Eid und lassen sich nachher den gleichen durch ihre Untergebenen leisten. Darauf leisten alls Bürger den Bürgereid.
12. Nachdem der Eid geleistet ist und desgleichen nach Beendigung der erhabenen Feier wird eine Artilleriesalve abgeschossen.
13. Die Gemeinde kehrt in der gleichen Ordnung zum Gemeindehaus zurück.
14. Um zwei Uhr nachmittags versammeln sich alle Kinder des Ortes vor dem Rathaus, wo jedes einen Kuchen empfangen wird.
15. Um vier Uhr können sich alle Einwohner, die den Eid geleistet haben, in den Wirtschaften, die man ihnen angeben wird, einfinden, wo ihnen Wein und Brot ausgeteilt werden wird.
16. Alle Einwohner werden aufgefordert, sich an diesem denkwürdigen Tage so diszipliniert und schicklich zu betragen, wie es Bürgern zusteht, für die Freiheit gleichbedeutend ist mit Gehorsam den Gesetzen gegenüber; vor allem werden sie im Orte keine Gewehre abschießen, um jedes Unglück zu vermeiden.
17. Diese Anordnung wird bekanntgegeben und am Gemeindehaus angeschlagen, und die Herren Pfarrer sind aufgefordert, sie in den Gottesdiensten ihrer Gemeinden zu verlesen.



Der Text erfordert einige Erläuterungen<sup>77</sup>.

Der *procureur* hat eine etwas unklare Stellung. Nach Sautel ist er einerseits ein von den Wählern bestimmter Munizipalbeamter, andererseits ist er weitgehend Vertreter der zentralen Verwaltung. Ob der damalige *procureur* so fließend französisch sprach, ist sehr fraglich. Der Text enthält so viel Redensarten der führenden Politiker der damaligen Zeit, daß es sehr wahrscheinlich ist, der Oberbronner Ausarbeitung habe ein von Paris oder mindestens Straßburg geschicktes Muster zugrunde gelegen. Was sicher ist: Diesen Text, wenn er tatsächlich der Gemeinde-ratsversammlung vorgelesen wurde, haben nur ganz wenige, wenn überhaupt jemand, in der französischen Fassung verstehen können.

Das Rathaus befindet sich, wie zu Anfang bemerkt wurde, in der Mitte des Ortes an der von Niederbronn nach Zinsweiler und weiter nach Ingweiler ziehenden Straße. Von ihm gehen nach Norden die »Geltersgasse«, nach Süden die »Amtsgasse« an der Bergflanke hinauf.

Die Kirche war Simultankirche; so fanden die beiden Gottesdienste im gleichen Gebäude statt.

Der »Generalrat« ist die durch eine bestimmte Anzahl von »Notabeln«, sprich Steuerzahlern der gehobenen Klassen, erweiterte Gemeindeverwaltung.

Der »Daumen« ist eine Bergnase, zu der die Amtsgasse führt und die den Ort im Süden überragt. Er heißt immer noch »Daumen« trotz der Umänderung in »Berg der Föderation«. Lange hatte ein Förster dort seine Wohnung.

Worin die »Artillerie« bestanden hat, ist mehr als fragwürdig. Waren es nicht einfach Böller, und ist der Ausdruck nicht aus einem Pariser Text übernommen? Jedenfalls ist eine Oberbronner Dorfartillerie nirgendwo sonst erwähnt.

Interessant wäre zu wissen, wie die Bevölkerung reagiert hat, wie ernst sie diese Zeremonie genommen hat, wie der Zug zum *Berg der Föderation* wohl aussah? Sicher ist, daß Kuchen für die Jugend und Wein für die Erwachsenen gerne angenommen wurden.

Sicher ist auch, daß der evangelische Pfarrer Franz Heinrich Vierling gerne die Rolle gespielt hat, die ihm in diesem Berichte zugewiesen wird, denn er erwies sich als überzeugter Parteigänger des neuen Regimes. Der katholische Pfarrer Anselm hingegen, der im folgenden Jahre emigrierte, dürfte wenig begeistert gewesen sein, das Te Deum singen zu lassen.

#### Widerstand der Katholiken gegen die Kirchengesetze (Eulogius Schneider)

Wie viele seiner Amtsbrüder folgte Pfarrer Anselm dem Aufruf des nach Ettenheim emigrierten Straßburger Bischofs und verweigerte den Eid wie wir sehen werden. Anlaß zu dieser ablehnenden Haltung der katholischen Priesterschaft war der Erlaß vom 27. 11. 1790 über die Eidesleistung der Priester. Am 10. 2. 1791 wurde er dem Gemeinderat von Oberbronn vorgelegt und der Bürgermeister, der

<sup>77</sup> Zu den neuen Institutionen vgl.: *Gérard Sautel: Histoire des institutions publiques pendant la Révolution française, administration, justice.* Paris 1969.



*Procurator* sowie das Mitglied Bernhard Küster begaben sich zu Pfarrer Anselm, um auch diesem den Text vorzulesen und ihn aufzufordern, den Anordnungen von Paris Folge zu leisten<sup>78</sup>. Dieser sagt, er werde dem Gemeinderat eine schriftliche Erklärung über seine Ansichten zukommen lassen. Er tut es auch anderntags: Er sei dazu bereit, am 13. 2. 1791 nach der Messe den Eid zu leisten, doch mit dem Zusatz, er gehorche der Verfassung *in allen Teilen, die nicht im Gegensatz stehen zu meinem Gewissen, meinem Gott und der römisch kath. Kirche*.

Der Gemeinderat erwidert ihm, er könne keine andere Eidesformel als die vom Gesetze vorgeschriebene annehmen, doch wolle er, da er Pfarrer Anselm als ... *theuersten Mitbürger und als einen schätzbaren Hirten seiner Gemeinde* ... beizubehalten wünsche, die Behörden darum bitten, diese Formel anzunehmen. Die »Basis«, wie man heute sagen würde, ist also durchaus versöhnlich und zu Zugeständnissen bereit. Die höheren Instanzen waren dies viel weniger. Eine Weigerung, auf den Vorschlag des Gemeinderates einzugehen, findet sich zwar in keinem gefundenen Papier, doch wandert Pfarrer Anselm bald darauf aus, wohl weil sein Vorschlag nicht angenommen worden war.

Am 26. 3. 1791 nimmt der Gemeinderat einen Brief des geschworenen Bischofs Brendel zur Kenntnis, nach dem am 27. 3. für die Genesung des Königs ein Te Deum gesungen werden solle. Anselm weigert sich, den Befehlen des neuen Bischofs zu folgen. Der evangelische Pfarrer Vierling ist im Gegensatz zu Anselm dazu bereit, am 15. Mai den vorgeschriebenen Eid zu leisten.

Obwohl die Gemeinde keine Einnahmen mehr hat, will sie am 15. 6. 1791 den »Fronleichnamsschützen« sechs Pfund Pulver liefern, sie wolle keine Unzufriedenheit aufkommen lassen.

Am 4. Juli berichtet die Gemeindeverwaltung dem Weißenburger *District-Directorium* über die Abwesenheit von Pfarrer Anselm. Drei Tage darauf berichtet sie im gleichen Sinne an den *General-Prokurator Mathiä* in Straßburg, der niemand anderes ist als der ehemalige hohenlohische Hofrat Mathieu.

Am 1. 7. war von diesem ein Brief vom 16. Juni eingetroffen, in dem steht, daß falls Pfarrer Anselm weiterhin die Absicht habe, sein Vaterland und die Gemeinde Oberbronn zu verlassen, er Bischof Brendel darum bitten werde, einen vereidigten Priester nach Oberbronn zu senden.

Am gleichen Tage hatten der Gemeindeprokurator und einige katholische Persönlichkeiten den Rat darauf hingewiesen, daß Pfarrer Anselm schon einige Wochen abwesend sei und daß sich im Pfarrhaus zahlreiche Ornate befinden, die der Kirchengemeinde gehören, daß dort eine Dienstmagd und ein Greis wohnen. Es wird ein Inventar dieser Ornate aufgestellt. Die Kirchenprotokolle werden beim königlichen Notar hinterlegt, die Ornate bei einem Kirchengemeinderat.

Am 21. Juli verliert der Bürgermeister einen aus Offenburg datierten Brief Anselms, in dem dieser erklärt, er werde nie den Eid leisten können. Daraufhin

78 Dazu wie zu den folgenden Angaben vgl. *Lucien Ruebler*: Euloge Schneider à Oberbronn. In: *Bulletin de la Société Niederbronnaise d'Histoire et d'Archéologie* 11 (1970), S. 74–91. Ruebler lagen die gegenwärtig fehlenden Gemeinderatsprotokolle noch vor.



bittet der Gemeinderat den Generalprokurator um einen Priester, der den Eid geleistet hat.

Am 2. August 1791 kündigt der »Commissarius« R. Blanie den geschworenen Priester Ignatius Sonntag an. Die Nationalgarde und ein langer Zug von Bürgern geht ihm auf der Niederbronner Straße entgegen, um ihn abzuholen. Er weist der Munizipalität seine Beglaubigungsschreiben vor, läßt den aus Merzheim in der Pfalz stammenden katholischen Lehrer Josef Martin und den Sakristan Johannes Krebs kommen. Beide sind dazu bereit, ihm zu dienen.

Doch schon am 3. August läutet Krebs die Glocken zum Morgengottesdienst nicht, er läßt ausrichten, daß er einem geschworenen Priester nicht dienen werde. Was (oder wer) hatte wohl den Sakristan in so kurzer Zeit umgestimmt? Er wird durch den Seiler Philipp Weller ersetzt.

Zwei Tage darauf, am 5. August wird eine Frau vernommen, die Schmähworte gegen Pfarrer Sonntag gebraucht hatte. Der Konflikt zwischen der katholischen Gemeinde und dem neuen Regime ist da. Pfarrer Sonntag gibt auf und verläßt wieder den Ort.

Sehr schnell wird ein anderer geschworener Priester geschickt und nicht der geringste, er sollte im Elsaß eine traurige Berühmtheit erlangen. Hier der von Lehrer Ruebler überlieferte Wortlaut aus dem Gemeinderatsprotokoll:

*Im Jahr Eintausend Siebenhundert Neunzig und Eins, den Vierzehenden Augst, Nachmittags um Vier Uhr ware die Municipalität samt dem Gemeind Rath auf dem Gemeind Hauss dahier versamelet und haben Sie auf ansuchen dem administrirenden Bischöflichen Herrn Vikar und Professor Schneider die ganze katolische Gemeinde hieher auf besagtes Gemeind-Hauss berufen; wo als dan besagt, der H. Professor Schneider diesen versamleten Bürgern welche der Katolischen Religion zu gethan sind, anzeigte dass Er von Herrn Brendel dem dermalig Constitutionsmäsig Erwählten Herrn Bischof des Niederrheins zu Strasburg hieher gesendet worden seye um diese Gemeinde welche als wie verirrete Schaafe die keinen Hirten haben herum irreten, und eben aus irrigeführter Meinung keinem Constitutionellen Priester in die Kirche gehen wolten, Er wolte sie also hiemit einladen und gebetten haben, zu Ihm in die Kirche dahier zukommen seine Predigt und Messe anhören, und so fern Er seine Unterrichte und überhaupt den Gottes-Dienst nicht so halten wie bisher gewöhnlich war oder falsche Lehre einführen wolte, so solten sie Ihn als einen Verworfenen und Vermaledeiten verfolgen, ja! mit Steinen sollen sie auf Ihn werfen. Allein sie blieben stum und sprachloss als dann machte H. Professor ferner die dringendste Vorstellungen bat sie unter Thränen doch zu Ihme in die Kirche zu komen und dem Gottes-Dienste beizuwohnen, bekam aber wieder kein Gehör, bis entlich Franz Hochheim mit diesen Worten ausbrach man solte sie von ihren Banden lossmachen mit welchen sie gebunden sind, als dann wollen und könnten sie Ihme in die Kirche gehen aber ehender nicht; und nach befragen mit welchen Banden sie denn gebunden seyen, oder wer solche ihnen angelegt habe? Worauf er Hochheim mit noch mehr andere zur Antwort gegeben dass ihnen in der Kirche durch H: Pfarrer Anselm eine Schrift verlesen*



*worden welche von Herrn Rohan gekommen seye, und welcher Rohan sie noch allezeit für ihren Bichof anerkennen, dass sofern jemand einem zu der Constitution geschworenen Geistlichen in die Kirche ginge, dass würde eine unvergebliche Sünde begehen und dergleichen.*

*Herr Professor Schneider wiederlegte es ihnen mit Gründen, erklärte alles für falsch mit dem Zusatz dass so fern sie den Kardinal Rohan für ihren Bischof erkennen wolten so handeln sie wieder alle Gesetze, indem Er Rohan der Constitution abgefallen seye, und derselbe ganz zuwieder handle. Sie beharreten aber auf ihrem Irrigen Grundsätzen, widersprachen Herrn Professor auf die gröbste und beleidigendste Art und hauptsächlich Moriz Lips, welcher das Haupt Wort für die übrigen nahm.*

*Am Schlusse wiederholte Herr Schneider noch einmal wie sie denn den Cardinal Rohan für ihren Bichof erkennen könnten indem selbiger Völker anwerbe um ihr Vatterland zu bezwingen, und sie umzubringen, sie solten sich vorstellen dass sie sich und ihre Familien in das grösste Verderben und Unglück stürzten werden wenn sie ferner in ihrer Verstockung fort fahren wollten. Als dann gingen sie sammtlich ohne Weitere entschlus von sich zu geben auseinander.*

*Worüber gegenwärtiger Prozes-Verbal Errichtet zu Oberbronn im Jahr und Tag wie Eingangs gemelt.*

*Mörle, Maire, Küster, Müller, Merckling, Weill, Christian Ballis, Weller, Pfeiffer, Eber, Bickel, Engel, Marx, Pfeiffer, Müller Procurator.*

Dieser Professor Schneider<sup>79</sup> war der bald darauf so gefürchtete Eulogius Schneider. Er war als geschickter Redner bekannt. Waren die vergossenen Tränen echt, oder sollten sie die Gläubigen zu seinen Gunsten umstimmen? Aber weder die Argumente noch die Tränen konnten die Versammelten rühren, auch nicht die kaum versteckte Drohung am Ende. *Als dann gingen sie sammtlich ohne Weitere entschluß von sich zu geben auseinander.* Jeder verharrt auf seinem Standpunkt. Rübler bemerkt treffend, die Gemeindemitglieder fürchteten wohl die Obrigkeit – die Versammlung war bezeichnender Weise in das Rathaus, nicht in die Kirche einberufen worden – aber noch mehr die »Sünde«, die ihnen Bischof Rohan in seinem Hirtenwort vor Augen gehalten hatte, wenn sie einen geschworenen Priester anerkennen würden. So konnte der von Bischof Brendel berufene Seelsorger schon bei der ersten Begegnung nicht zu der ihm anvertrauten Herde finden. Der Gemeinderat sieht sich dazu gezwungen, am 15. 8. dem Präsidenten und den Mitgliedern des Departement-Direktoriums also den obersten Behörden des Departements, folgenden Brief zu schreiben:

*An die Herrn Präsident und Mitglieder des Niederrheinischen Departements Directoriums zu Strassburg.*

*Die dringenste Noth zwingt uns Sie durch Überbringer dieses, den dissortigen Gemeinden-Prokurator H. H. Müller um die schleinigste Hülfe zu ersuchen, die gährung ist in Oberbronn, Niederbronn, Zinsweiler, Reichshofen und umliegenden Ortschaften aufs*

79 Vgl. die Briefe von Roeger (11. 10. 1791) und Teichmann (29. 8. 1791). HZAN Archiv Bartenstein Bü 78.



*Höchste gestiegen. So wird von den ungeschworenen Geistlichen mehr als jemals angefacht und unterhalten, und wir wissen keinen Augenblick wenn sie ihren vollen Ausbruch nehmen wird. Das Leben des seit gestrigen Sontag hier administrirenden Bischöflichen Herrn Vikar Schneider, so wie aller Patrioten ist in Gefahr. Die ganze Katolische Gemeinde hat letzterem gestern namlich durch den Bürger Moriz Lips dahier öffentlich erklärt, dass sie niemand als den Cardinal Rohan erkennen.*

*Und gross ist die Anzahl der Übel gesinten, so daß wir bei einem allerseitiger Anfall Gefahr laufen würden, aller Unerschrockenheit unserer National-Garden, bei aller unermüdeten Wachsamkeit derselben, unterzuliegen; wer kan die schröklichen Folgen übersehen, welche hier entstehen würden.*

*Wir flehen derohalben laut den Schuz des Gesezes. Wir ersuchen die Herrn Präsident und Mitglieder des Direktoriums in hiesige Gegend auf geschwind möglichste solche Anzahl Linien Truppen zu schiken als in Vereinigung mit unserer National-Garde erforderlich seyen wird, widerspenstigen im Zaune zu halten, und den Befehl ertheilen, dass dieselben diesen lezteren in die Häuser gelegt werden, Könnten es französisch-sprechende Truppen seyn, so würde unser Wunsch soviel sicherer erfüllt werden können. Und da Herr Professor Schneider sich erbot sich der Betreibung des nehmlichen dringenden Geschäftes bei der Behörde annehmen zu wollen, so wird derselbe hiermit gehörig dazu bevollmächtigt*

*Oberbronn dem 15 ten August 1791 Nachmittags um 2 Uhr, im Dritten Jahre der Freiheit.*

Ruebler vermutet, der Gedanke, Truppen in den Ort zu rufen, könne wohl von Schneider herrühren. In der Tat: dem aus bauerlichen und handwerklichen Kreisen entstammenden Gemeinderat ist solch ein Gedanke weniger zuzutrauen, als dem mit den höchsten Stellen des Departements und der Straßburger Anhänger des neuen Regimes Vertrauten.

Die Erregung der Oberbronner Katholiken wurde in Straßburg jedenfalls ernst genommen, die angeforderten Truppen kamen schon drei Tage später. Warum wohl französischsprachige Truppen? Wahrscheinlich galten diese sicherer als die elsässischen, vielleicht schon aus dem einfachen Grunde, daß sie sich mit den deutschsprachigen Einwohnern nicht verständigen und deshalb von diesen nicht beeinflußt werden konnten.

Die Anwesenheit der Soldaten dürfte den Oberbronnern, ob Katholiken oder Protestanten, keine reine Freude bereitet haben, denn die Einwohner mußten deren Unterhalt bestreiten:

*Die im Vorgehenden Bericht an das Niederrheinische Departement verlangten Truppen sind am 18 ten dieses monats Augusti Morgens gegen 8 Uhr dahier angelangt; der Commandant besagter Truppen der 50 Mann erklärte aber dass seine ordre sich nur auf hiesiges und nicht auf andere Ortschaften bezöge.*

*Und wie Herr General Prokurator Mattiä den hiesigen Deputtierten ausdrüklich sagte, daß die 50 Mann Linien Truppen hieher gelegt werden, um von hier aus bei jedem Vorfalle auf die benachbarten Ortschaften wirken zu können. Dahers fandte sich die*



*hiesige Municipalität gemächtigt sogleich wieder Bericht an dass Löbl: Directorium des Departements zu senden, um eine formliche bestimmte und ausgedehnte Vollmacht zu erhalten, Kraft deren sie auch die benachbarten Ortschaften Niederbronn, Zinsweiler, wen derselben Municipalitäten ihre Schuldigkeit nicht thun oder rechtschafenen Geistlichen nicht hinlänglichen beisten (= beistehen) wollen Patruillen ausschicken und daselbst die Sicherheit der dahin gesenden (= gesendeten) Personen schützen können. Dieses Gesuch ist um so dringlicher, weil wirklich die ganze Municipalität Zinsw. dem Gemeind Prokurator erklärt hat dass sie keine Dienste mehr thun wollen. Diese Vollmacht wird uns aus unserer gegenwärtigen Verlegenheit einigermassen reisen und die gute Bürger welche Gut u. Leben für die Constitution aufzuopfern bereit kksind wieder einigen Muth einflössen. Zum Fall dass wir für keine fernere Folgen verantwortlich seyen.*

Der Widerstand gegen die geschworenen Priester war also nicht auf Oberbronn beschränkt. In Zinsweiler, wo die Zahl der Katholiken im Verhältniß zu der der Protestanten größer war als in Oberbronn, hatte sich der Gemeinderat mit den Widerspenstigen solidarisiert und wollte sogar zurücktreten.

Die Bevölkerung bleibt angesichts der Besatzung äußerlich ruhig, doch muß es in den Menschen weiter gären. Der erst kürzlich angestellte katholische Schulmeister will den Eid nicht leisten.

*Im Jahr Eintausend siebenhundert Neunzig und Eins den 24ten Augusti Abends um Sieben Uhr ware die Municipalität samt dem Gemeinden Rath auf dem Gemeind Hauss dahier versammelt. Nachdem der bisherige Profiser der hiesigend Katolischen Schule Joseph Martin nicht allein den durch die Decre der Nat. Versammlung Erforderlichen Eid zu leisten sich geweigert, sondern auch bei wiederholten Vorstellungen des hier angestellt Katolischen Pfarr-Verweser offenbahrn bewaise seiner Halsstarrigkeit und Gesez wiedrigen Denkungsart gegeben hat, so hat der untrem heutigem Dato versammelte Gemeinde Rath mit Zuziehung des Bischöflich Vikars und hiesiger Pfarr Verweser Elogius Schneider sich bewogen gefunden besagten Proviser Joseph Martin von seiner Stelle hiermit zu entlassen und wegen der Folgen welche sein ferner Aufendhalt dahier nach sich ziehen mögte demselben von Obrigkeit wegen zu bedeuten dass er sich binnen Höchstens Zwei Tagen aus dem hiesigen Ort entfernen solle. Zugleich wird der Ferwittibte Schuhlehrerin Marian Brauer hiermit gemessenes Ernstes aufgegeben das bisher Innegehabt Schuhlhaus binnen höchstens achtags zu Räumen und alle zur Kirche oder zum hiesigen Schulhause gehörige Bücher und Effecten, welche sie allenfalls noch in Händen haben mögte an den hiesigen Katolischen Pfarr-Verweser unverzüglich einzuhändigen.*

*Zur Erledigten Stelle des hiesigen Katolischen Schullerhrers wird Kraft eines Einstimmigen Schlusses des Gemeine Rahtes hiermit ernannt H. Johann Pabtist Schaller bisheriger Schullehrer in Mittersheim.*

Die Soldaten verursachen Unkosten:

*Heute den 20ten August 1791 ware die Municipalität auf dem Gemeind-Hauss versammelt, und haben alle hiesigen Beken dahier berufen, um die Lieferung des Brods für die 50 Mann Linien Truppen so sich wirklig dahier befinden, an den wenigst-*



*nehmenden zuversteigern; nemlich für den Mann des Tags 1½ Pfund und alle zwei Tage frisch gebaken. Ist also an den Wenigstbietenden Karl Rathgeber verblieben für 1½ LL 2 sols.*

*Wie aber der soldat nach ihrem gewöhnlichen Tagst nur 1 ½ sols für seine tägliche Portion bezahlt, die Gemeinde alle Tag für den Mann ½ sols darauflegen oder es alle zwei Tage auf dem nächsten (E)Tappen lassen, welches die Gemeind ein mehreres Kosten würde, und das Geld zugleich aus dem Ort verschluggen.*

Die bittere Arznei, die den Oberbronner Bürgern dadurch verabreicht wurde, daß sie die Truppe beköstigen sollten, wurde ihnen noch bitterer, als einige Tage nach dieser Pille eine zweite kam: Es werden Grundsteuertabellen angelegt, eine Enttäu-schung für diejenigen weit und breit, die gehofft hatten, mit der Aufhebung der herrschaftlichen Rechte sei auch die Ära der Steuerfreiheit angebrochen. Das hat die Stimmung sicher nicht gehoben.

*In Jahr Eintausend sieben hundert Neunzig und Eins, den 25 ten Augusti Nachmittags um Zwey Uhr waren die Municipalität samt denn Notabeln auf dem Gemeind Hauss dahier Versammet: und nach angehörtem Vortrag des Gemeind Prokurators, wurde berathschlagend Beschlossen dass Morgen Freytags den 26 ten der Anfang mit Eintragung in die Tabellen des Reinen Ertrags für die Grunde Steur gemacht werden solle; worauf Abends um Sieben Uhr alle Commissaires auf dem Gemeind Hauss vor dem dormaligen Maire den Eid abgelegt.*

Zudem waren die Gemüter über das Kommen des bischöflichen Vikars keineswegs beruhigt. Die Soldaten, nach ihren Namen tatsächlich die begehrten französisch-sprachigen Citoyens aus einem andern Departement, mischen sich ein:

*Wir Soldatenburger des Zehnten Regiments von dem Detachement, des wirklich allhier in Oberbronn in Garnison ist, Leonhard Finette, Franz Ferrand, Peter Burne erklären hiermit durch unsere Unterschrift, dass da wir zwischen 6 und 7 Uhr in Georg Bauer, des hiesigen Bier und Weinschenkes und Adjutanten der hiesigen National Garden waren, mussten wir zu unserem grösten Aergerniss hören, dass Franz Grandmaire der Bürger von hier die schändlichsten Reden gegen unsern Constitution-nellen Pfarr Administrator Eulogius Schneider zu einem andern Bürger führte, dass er unter anderem von ihm sagte: il venu sens ordre et refrectaire à la loi, dass heisst, er ist ohne verordnung gekommen und ein widerspenstiger gegen dass gesez. Er hat darauf gesagt: Er wäre bei einer Hochzeit einst gewesen, hatte sich nach Mitternacht betrunken und war voll gewesen wie ein Schwein; Er sagte ferner er wolle beweisen dass der eben genannte Pfarrer vor der Messe den Caffé trinkte, und noch andere Scheltworte haufte er gegen denselben, die wir uns nicht sogleich erinnern. Auf dieses hin begehren wir durch gegenwärtigen Proces-Verbal an die hiesige Municipalität, diesen Bürger wegen den gehaltenen Lasterreden die wir auf sichersten beweisen können, zur Reede zu sezen, die sache ernstlich zu untersuchen, und ihn zur gehörigen Strafe zu ziehen, wozu wir aus allen Kräften behülflich seyn werden. So geschehen zu Oberbronn den 1. Septembris abends zwischen 6. und Sieben Uhr 1791. sind unterschrieben Finet, Burné, Franois Feran.*

Der hier angeklagte Grandmaire scheint einer der Widerspenstigsten gewesen zu



sein, wir werden noch mehr von ihm hören. Ob Ruebler, der die Bemerkung über die Betrunktheit Schneiders auf einen Vorgang in Oberbronn bezieht und daraus folgert, ein Teil der Gemeinde habe ihn angenommen, die Einsegnung eines Paares zeige dieses, recht hat, bleibe dahingestellt. Schneider war ja im Elsaß kein unbeschriebenes Blatt mehr, das Gerücht könnte von außen hereingetragen worden sein. Daß er gerne tief ins Glas schaute, wurde ihm auch später nachgesagt. Es passiert Grandmaire diesmal nichts Schlimmes:

*Nach ersehung obiger Klage vom 1 ten dieses Monats sept. welche der dissortigen Municipalität schriftlich durch Leonhard Finette, Franz Ferent und Peter Burné, alle drei Soldaten des Zehenden Regiments von dem Detachement welches wirklich dahier in Garnison liegt, wieder Franz Grandmaire den Bürger dahier eingegangen worden, dass derselbe sich unterstanden die schändlichsten Reeden wieder Herrn Eulogius Schneider den Constitutionnellen Bischöflichen Vikar und Pfarr-Verweser hiesiger Gemeinde, aussgestossen habe. Da besagter Grandmaire sich schon mermalen mit dergleichen schändlichen Redensarten in andern Fällen vergangen hat, sollte derselbe freilich aufs schärfste gestraft werden. Allein auf Fürbitte Herrn Schneiders und wegen desen abwesenheit in rücksicht seiner armen Kinder wurde der Schluss dahier vermindert, dass er Grandmaire sich wieder hierher begeben und zur Strafe Vierundzwanzig Stund in den Gemeinden Thurm gehen solle, und als dann den Herrn Vikar und Pfarr-Verweser Schneider auf dem hiesig Gemeind Hauss in gegenwart der Municipalität und zwar bei offenen Thüren um Verzeihung Bitten sollen.*

*Beschlossen zu Oberbronn den 15 ten September Tausend Siebenhundert Neunzig und Eins.*

Schneider erweist sich als klug und nicht rachsüchtig, er selber bittet um Milde für Grandmaire. Dieser wiederum scheint geflohen zu sein.

Noch einmal lesen wir von beleidigenden Worten gegen den konstitutionellen Pfarrer Schneider:

*Im Jahre eintausend siebenhundert neunzig und eines den 2 te Oct. . . Abends um 7 Uhr ware die Municipalität auf dem Gemeind Hauss versammelt; Trug der Prokurator der Gemeind vor: wie dass Friedrich Jb Hagemann, Vallentin Diemer und Friedrich Jacob Bikel als Deputirte von der hiesigen Constitutions Gesellschaft erschienen sind, und im Namen der Gesellschaft anzeigten dass der Bott namens Bergin vom dem Ehmaligen Consille zu Collmar heute Nachmittag in dem Wirts Hauss zur Poste schimpfliche Worte und Redens-Arten wieder den Constitutionellen Geistlichen und überhaupt wieder die Gesetze ausgestossen habe; unter andern solle er gesagt haben, wann jemand einen Constitutionellen Geistlichen ums Leben brachte, so würde kein Mensch danach fragen, und in Zeit von vier Wochen wird alles überrumpelt seyn; Er begehre daher in der sache weitere Untersuchung zu machen.*

*Nachdeme der Beklagte vorgerufen und darüber zur Rede gestellt worden, sagte er zu seiner Verantwortung er wisse nichts von dergleichen was er beschuldigt worden gered zu haben, er begehre ein solches bewiesen zu haben.*

*Als erschiene Barbara eine gebhorene Wellerin, Jakob Müller des Rosenwirts Frau und ihre Tochter welche aussagten dass der beklagte in Gesellschaft mit Barbara*



*Lipsin gewesen wo die Redens-Art ware, warum der hiesig bischöfliche Vikar und Pfarr-Verweser eine Schildwache habe? sagte der Beklagte wann man einen dergleichen Geistlichen umbrächte würde kein Mensch danach fragen.*

*Worauf beschlossen worden dass weiln der Beklagte ein alter Mann ist, solle er zur Strafe diese Nacht auf der Wache sitzen und Morgen früh Herrn Eulogius Schneider um Verzeihung bitten solle.*

Auch diesmal verlangt Schneider, wie es sich für einen Geistlichen der christlichen Religion gebührt, anscheinend keine Strafe für seinen Gegner. Ruebler bemerkt dazu, Schneider sei hier noch nicht als der blutrünstige öffentliche Ankläger aufgetreten, der er bald sein sollte.

Wer war nun dieser geschworene Priester, der der Oberbronner Munizipalität ungewollt so viel Arbeit bereiten sollte und der schließlich selber auf dem Blutgerüst zu Paris endete? Es ist viel über ihn geschrieben worden, deshalb hier nur das Wichtigste, da es erstaunlich ist, daß ein Mann seiner Qualitäten nach Oberbronn geschickt wurde: Er war als Josef Georg Schneider am 20. 10. 1756 in Wipfeld im Fränkischen als Sohn eines wenig begüterten Bauern zur Welt gekommen. Der Ortspfarrer erkannte seine Begabung, gab ihm Unterricht in Latein und Griechisch und sorgte dafür, daß er in das Würzburger Jesuitenkolleg aufgenommen wurde. Die Jesuiten benannten ihn in Eulogius, *den guten Redner* um. Er wurde Student. Da sein Vater ihm kein Studium zahlen konnte, trat er in den Franziskanerorden ein. Er wurde Professor der hebräischen Sprache in Augsburg, hielt eine Predigt über Toleranz, die ihn seine Stelle kostete. Herzog Karl Eugen von Württemberg holte ihn nach Stuttgart, aber auch von hier mußte er wegen seiner freiheitlichen Neigungen weichen, wurde im Frühjahr 1789 Professor der Literatur und der griechischen Sprache in Bonn, damals einer kurfürstlich kölnischen Stadt. Aber nach einem Jahr mußte er wegen weiteren wenig rechtgläubigen Schriften das Erzbistum Köln verlassen. Der Kurfürst und Erzbischof gab ihm ein reiches Geldgeschenk mit auf den Weg. Am 12. 6. 1791 kam er nach Straßburg, wo ein Professor für protestantische Theologie ihn dem kurz zuvor gewählten Maire Friedrich von Dietrich empfahl. 14 Tage später wurde er Professor und Dekan an der katholischen Akademie und kurz darauf Generalvikar des Bistums. Seine Predigten im Münster zogen viel Zuhörer, auch Protestanten an. Daß ein so hoher Würdenträger, dazu noch ein Gelehrter in die verhältnismäßig kleine Pfarrei Oberbronn geschickt wurde, scheint anzudeuten, daß den Unruhen in dieser Gemeinde und wohl auch in der Umgebung, größere Bedeutung zugemessen wurde. In Straßburg legte er den französischen Bürgereid ab und kam als »Notabler« in den Rat der einstigen Freien Stadt. Am 19. 2. 1793 wurde er zum öffentlichen Ankläger beim unterelsässischen Kriminalgericht ernannt. Als solcher, an dessen Händen viel Blut klebt, ist er in die elsässische Geschichte eingegangen, als der Mann, der im Lande herum 32 Leute hat köpfen lassen, unter andern am 6. November 1793 sieben Bürger von Geispolsheim.

Allerdings wurden auch Zweifel angemeldet, ob Schneider nicht von den viel blutdürstigeren *représentants en mission* Saint-Just und Lebas und dem maire



Monnet getrieben worden sei<sup>80</sup>. Am 14. 12. 1793 wurde er nach einem pompösen Einzug in Straßburg, angeblich wegen dieses Aufwandes verhaftet, im eisigen Regen an die Guillotine gebunden, bald danach nach Paris geschickt und dort am 1. 4. 1794 selber geköpft.

Wann genau er Oberbronn verließ, scheint nirgends aufgezeichnet zu sein, auf jeden Fall vor November 1791. Sein Nachfolger wurde ein anderer konstitutioneller Priester, Ferdinand Roch, der aus dem gleichen Grunde wie seine beiden Vorgänger von der Mehrheit seiner Gemeindeglieder abgelehnt wurde. Am 2. 2. 1792 war sogar auf ihn und den ihn begleitenden katholischen Lehrer Johann Baptist Schaller geschossen worden. Im Protokollbuch des Gemeinderats ist zu lesen:

*Im Jahr Eintausend Siebenhundert Neunzig und Zwei den Fünften Hornung Nachmittags um Zwei Uhr im Vierten Jahr der Freiheit Erschien vor der Munizipalität dahier, auf dem Gemeind Hauss Verdinantus Roch, der Katolische Constitutionelle Pfarrer allda; welcher anzeigte, wie dass da er heute ohngefahr um Zwölf Uhr um die Mittags Zeit nach verrichtetem Vormittags Gottesdienst in Gumprechtshofen mit Johannes Baptist Schaller dem hiesigen Katolischen Schulherrn wieder zurück hieher gegangen seye, so wäre sogleich bei eintritt in den hiesigen Bann wo der Frohret Wald anfangt ein Flinden Schuz gegangen worauf der Zweite folgte und die Kugel bei ihnen vorbei flog; allein es war nicht genug sondern es folgte noch ein Dritter Schuz und die Kugeln flogen zwischen Ihnen beiten durch, und wie Sie vernahmen, dass um sie gelten Sollte do waren Sie genötiget sich Linker Seite von der Strasse über dass Feld von dem Wald wo die Schüze hergekommen sind wech zu begeben um ihre Leben zu retten. Und in nehmlicher Zeit da diese begebenheit sich eräugnet seye Hilarius Sontag aktiv-Bürger von Zinssweiler und Leobold Wacher des Wundarzt seine Ehefrau auf einem Karch vorbegefahren welche herzlich darüber gelacht haben; und seien ihnen auch Michel Ulrich des Löwenwirts von hier Söhnlein und Töchterlein nach gekommen. Er beklage sich daher in höchstem Grad mit dem ausdrücklichen Anhang dass er auf diese Art seine Dienste nicht mehr auser dem hiesigen Ort versehen könnte, es müsste Ihne denn eine jede Municipalität worinn er Amtes Verrichtungen zu machen hat, mit Volk von einem Ort zum andern beschützen.*

Dieser Zwischenfall scheint keine weiteren Folgen gehabt zu haben, in den Gemeinderatsprotokollen lesen wir nichts mehr darüber. Aber anderthalb Monate später erscheint Pfarrer Roch wieder vor dem Gemeinderat und beklagt sich über Franz Grandmaire, den wir schon von seinen Schmähworten gegen Eulogius Schneider her kennen. Die Unzufriedenheit wenigstens eines Teiles der katholischen Gemeinde über den ihr verordneten geschworenen Priester dauert an. Am 19. 3. 1792 finden wir im Protokollbuch folgenden Eintrag:

*Im Jahr Eintausend Siebenhundert Zwei und Neunzig, den 19. März Nachmittags um drei Uhr zeigte der Gemeind Prokurator der Versamleten Munizipalität in ihrem gewöhnlichen Audienz Zimmer an, daß Franz Grandmaire welcher gestrigen Tag als*

80 Vgl. dazu E. Mühlenbeck: Euloge Schneider 1793. Straßburg 1896.



den 18. dieses wegen seiner gesetzwidrigen Reden und Schimpfungen gegen H. Pfarrer Roch zur zweimal 24 Stündigen Thurnstrafe von der Munizipalität verwiesen worden, widerrechtlich durch das Turnfenster hinaus gebrochen seye er, begehre darüber zu vernehmen, was für Maasrögel darüber zu ergreifen wäre. Auf den Vortrag von Gemeind Prokurator acht habend wurde beschloßen, daß, da er Grandmaire mit aller Gewalt durch daß Fenster der Gemeinde Prison Stube durch gebrochen und daß Fenster verbrochen hat, solle er wieder zu 3 mal 24 Stunden Turnstrafe verurtheilt seyn, H. Pfarrer Roch vor der Munizipalität bei offenen Thüren um Verzeihung bitten, daß Fenster wo er verbrochen hat wieder machen lassen und alle übrigen Kösten zu zahlen.

Grandmaire scheint besonders hartnäckig gewesen zu sein, er wird, als die Armee Wurmser sich im Dezember 1793 zurückzieht, mit mehreren Familienmitgliedern fliehen.

Der katholische Pfarrer hatte ein Anrecht auf drei Parzellen in dem in den fünfziger Jahren gerodeten Teile des Gemeindewaldes Frohret, dem »Neufeld«. Der Gemeinderat folgert am 24. 4. 1792: Nachdem Pfarrer Anselm die Gemeinde verlassen hat, fallen sie an die Zivilgemeinde zurück. Sie sollen verteilt werden, der konstitutionelle Pfarrer Roch soll eine Parzelle erhalten, der katholische Lehrer Schaller die zweite und der evangelische Lehrer Weizsäcker die dritte.

Wurde 1793 überhaupt noch Gottesdienst gehalten? Es ist bekannt, daß der berühmte Steintäler Pfarrer Oberlin ihn in Gestalt von belehrenden Versammlungen gab. Jedenfalls scheint er in Oberbronn unterbrochen gewesen zu sein. Zwar gibt Bopp an, Ludwig Grucker sei von 1793 bis 1795 evangelischer Pfarrer in Oberbronn I und II gewesen, und Fürst Karl Ernst erzählt, wie ein Husarenhauptmann im Herbst 1793 einen sich republikanisch gebärdenden Pfarrer mit einem Fußtritt aus dem Schlosse hinauskomplimentierte, doch das bedeutet noch nicht, daß Gottesdienst gehalten worden ist. Jedenfalls lesen wir in den Gemeinderatsprotokollen unterm 29. pluviöse an 2 der *ein- und unzertrennlichen Frankenrepublik* (17. 2. 1794), daß drei *gute* Männer gesucht werden, die sich als *Religionslehrer* zur Wahl stellen, denn es sei schon lange kein Gottesdienst mehr gehalten worden. Der Pfarrer mußte also wohl als *Religionslehrer*, nicht als Geistlicher gelten.

Auch das Äußere der Kirche, die beiden Kofessionen diene, muß dem neuen Geiste angepaßt werden. Am 17. messidor an 2 (5. 7. 1794) steht im Protokollbuch: *Auf den Vorschlag und die Anzeige des Nationalagenten, daß es nothwendig seie, das eiserne Kreuz auf dem Kirchthurm als ein noch fanatisches Zeichen herabzumachen und an dessen Stelle einen dreifarbigten Nazional-Fahnen zu sezen* beschließt der Gemeinderat, dies solle geschehen und die *Wenigstbietenden* Maurer und Zimmerleute sollten dies tun. (Diese Fahne aus Blech zierte den Kirchthurm bis zum 19. 8. 1816, als sie unter der Restauration auf neuen Beschluß des Gemeinderates hin wieder dem Kreuze weichen mußte. Kosten: 15 Franken und 2 Maß Wein.) Die Entfernung des Kreuzes, ein Affront gegen alle Gläubigen beider Konfessionen, geschah während des Höhepunktes der Schreckensherrschaft, als in Straßburg an die 2000 *Verdächtige*, in den improvisierten Gefängnissen, vor allem im Gebäude des



Priesterseminars schmachteten, stets gewärtig auf dem Blutgerüste zu enden, und kurz vor dem Ende dieser Zeit, als am 27. 7. 1794 Robespierre und seine Genossen auf der Guillotine das gleiche Schicksal erleiden sollten, das sie vielen Tausenden bereitet hatten.

### Änderungen in der bürgerlichen Ordnung – Nationalgarden

Die Natur dieser Studie bringt es mit sich, daß wir uns immer wieder Geschehnissen zuwenden müssen, die vor den bereits geschilderten liegen, da es nicht immer möglich ist, gleichzeitig Verlaufendes im gleichen Abschnitte zu behandeln.

Wir sahen, daß in Oberbronn wie im ganzen Königreich der Anfang der Revolution eher günstig aufgenommen worden war, wenn auch viele den Aufruhr im Juli 1789 nicht gebilligt haben werden. Im Bericht an den Fürsten wird betont, daß die Anführer Bewohner von Merzweiler und der *Waldgemeinden* gewesen seien.

So fanden sich zu Anfang eine Reihe von Bürgern bereit, neu geschaffene Ämter anzunehmen und zu verwalten, darunter auch Personen, die 1793 flüchten sollten wie von Callenstein, Notar Demeuré, Moritz Lips.

Als erste »Munizipalbeamte« erscheinen am 11. 10. 1789 Dörr als *greffier* (Gemeinbeschreiber), Moritz Lips als *Syndikus* und Martin Kirsch. Am 22. 11. 1789 werden die ersten Geschworenen gewählt: Georg Jakob Menges, der Schwanenwirt, Jacob Diemer, Küfer, Konrad Pfeiffer, Schuhmacher, Franz Josef Schmitt, Schneider. Die Finanzkrise des Königreiches macht sich bemerkbar: Am 20. 12. 1789 wird bekanntgegeben, daß die Gemeinde im Januar 2000 fl als *Vorschuß auf die Königliche Anlagen aufs künftig 1790te Jahr* erlegen soll. So etwas vernimmt niemand gerne.

Als erste Widersetzlichkeit vermerkt das Protokollbuch am 3. 1. 1791, der Sandgießer im Zinsweiler Eisenwerk Anton Höfler habe im Oberbronner Wirtshaus zum Engel Schmähworte gegen die Nationalversammlung ausgestoßen: *Alle Ordonnanzen, so von der Nationalversammlung kämen, wären nichts nuz, man sollte sie alle verbrennen, wie auch Paris und wenn der König sich nicht in Paris aufhalten thäte, so wäre es schon lange versthört (zerstört) und verhört (verheert) und wann fremd Volk ins Land kommen sollte so wollte er gleich zu selbigem halten; und die Herren bei der National-Versammlung thäten nichts als Hurerey treiben.* Ferner: *daß es nicht Recht seye daß man den Geistlichen die Güter wie auch denen Herrschaften ihre Rechte wegnehme, indeme die Eisenwerker auch Noth darunter litten, und er thäte sein Brot dadurch verlieren.* Die provozierende Wirkung der Gesetze gegen die Geistlichen kommt hier deutlich zum Ausdruck. Dem Vornamen nach ist Höfler Katholik. Damals dürfte weder in Oberbronn noch in Zinsweiler kaum mehr ein Protestant Anton geheißen haben.

Die *Munizipalität* war, nachdem am 23. 1. 1790 der *offene Brief* über den Beschluß der Nationalversammlung vom 14. 10. 1789 im Gemeinderat verlesen worden war, am 26. 1. 1790, einem Dienstag, *nach geendigtem Gottesdienst* gewählt worden. Staat und Kirche waren noch nicht verfeindet. In der Sitzung vom 23. Januar war



unter anderem bekanntgegeben worden, daß alle Nichtkatholiken zu allen öffentlichen Ämtern zugelassen seien. Das klingt alles nicht radikal. Protestanten konnten diese letztere Maßnahme nur begrüßen.

Der hochtönende Text zur Feier des ersten *Quatorze Juillet* 1790 klingt zwar emphatisch aber keineswegs aggressiv. Auch hier wirken beide Kirchen mit. Es wäre interessant zu wissen, wie Oberbronner Bürger, meist Handwerker und Winzer, dieses Pathos, das ihnen übersetzt werden mußte, aufgenommen haben und wie sie den Aufforderungen zum Feiern nachgekommen sind. Aber alles klingt so harmlos, selbst der Befehl, die Kanonen der »Dorfartillerie« schießen zu lassen. An Hochzeiten wurde ja auch kräftig geknallt.

Die Gemeinderatsprotokolle für 1791 sind verschollen, doch Rechnungsbelege, die der später flüchtende Gemeinderechner Jakob Silbermann sorgfältig aufgehoben hat<sup>81</sup> sagen in ihrer sachlichen Knappheit manches über das Geschehen in jenem bewegten Jahr aus. Sie ergänzen auch einiges, was wir über 1792 in den Protokollen finden, Ernstes und auch Heiteres.

Am 19. 8. 1791 liegen 48 Mann Linientruppen in der Gemeinde, das Kontingent, das zum Schutze von Eulogius Schneider und wohl zur Dämpfung unerwünschter Meinungen im Orte und in der ganzen Nachbarschaft hergeschickt worden war. Lehrer Philipp Bauer reicht eine Rechnung ein, nach der eine halbe Kompanie vom 1. 12. 1791 bis zum 1. 4. 1792 in dessen Küche gekocht hat. Er erhält 1 fl und 2ß je Woche. War dies immer noch das obige Truppenkontingent? Diese enge Berührung in den meistens sehr engen Behausungen stellte sicher eine schwere Belastung dar. Nach 1945 mußten infolge der Vertreibungen aus den ostdeutschen Gebieten oft zwei Familien gemeinsam eine Küche benutzen, wieviele Mißhelligkeiten sind daraus entstanden. Um wieviel heikler müssen solche Zustände gewesen sein, wenn die beiden Parteien sprachliche Schwierigkeiten hatten, sich zu verständigen!

Unangenehm war auch, daß die Bürger den Soldaten Essen stellen sollten. Das *jeder Bürger drei Soldaten haben soll*, erfahren wir, weil der *Dorftambour* das *austrommeln* muß und für jeden solchen Gang 1ß und 6 Pf verlangen darf. Er muß auch die *Garden zusammentrompen*, ferner *austrompen*, daß die Fahne (wohl der *Garden*) eingeweiht wird, daß die Bürger Lichter vor die Häuser stellen sollen. Aus Sicherheitsgründen oder zur Feier des *Confederationsfestes*? Unangenehm für die Bürger ist es, als der *Dampur* am 31. 12. 1792 die *Patriotische Steuer austrompen* muß. Kurz vorher hatte er die Bürger zweimal ins Schloß bestellen müssen, weswegen erfahren wir nicht.

Es steht auch Erfreuliches auf diesen Zetteln: Die zu Polizeikommissaren ernannten Friedrich Eber und Samuel Rathgeber dürfen am 5. 1. 1792 nach ihrer Eidesleistung ein Maß Wein zu 4ß trinken. Am 12. 7. 1792 holen einige Männer einen Freiheitsbaum und pflanzen diesen im Hinblick auf die Feier zum dritten Gedenk-

81 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340, 17.



tag der Erstürmung der Bastille. Denen wird Käse und Brot im Werte von 2 fl 6 B für ihre Mühe spendiert. Andere, die den *Bundesaltar* hergerichtet haben, dürfen für 1 fl, 8 B, 3 Pf verzehren. Zum gleichen Feste holt Reinhard Hochheim die Musikanten aus Reichshofen, er bekommt 2 B 4 Pf als Lohn. Daß er im folgenden Jahr vor den zurückkehrenden Truppen der Republik fliehen wird, ahnen damals weder die Munizipalität, noch er selber. Am besten kommen bei dieser 3. Feier des Nationalfeiertags einige Privilegierte weg: Es wurde ihnen *.2.. auf Gutachten des sämtlichen Gmeinden Raths Laut Deliberation für einen Immes (Imbiß) für die Vorgesetzten und andere Bürger 19 fl 7 B 9 Pf. bewilligt.* Auch die Jungfrauen werden nicht vergessen: *... für Sträuße so die der Munizipalität auf das Confederations Fest verehret haben ...* werden sie am 15. 7. 1792 mit 1 fl, 5 B bedacht.

Die Nationalgarden machen im Oktober 1792 anscheinend »Dienst nach Vorschrift«: *Item, den 19. Herbstmonat da einige Vorgesetzte mit denen Banngarten (Flurschützen) bei der Nacht wie sie im Bann gewesen und durch die Nationalgarden arretiert und auf die Wache gebracht worden verzehrt 1 fl 6 Pf.* War das Schmerzensgeld für die zu Unrecht Verhafteten oder Belohnung für die aufmerksamen Garden? Waren diese die einquartierten aus der Freigrafschaft oder die einheimischen? Die Oberbronner haben sicher kräftig gelacht.

Als die Gemeinderatsprotokolle am 2. 1. 1792 wieder einsetzen, weht ein anderer Wind als 1790; ihm ist die Unruhe um die ersten geschworenen Priester vorausgegangen. Es besteht eine *Constitutionsgesellschaft*, also eine Gruppe von Anhängern der Pariser Zentrale, ein Vorläufer des Jakobinerklubs. Deren Vertreter sind J. J. Mörl, Friedrich Rathgeber, Martin Kirsch und Georg Feldmann. Die Nationalgarden sollen *Unterricht bekommen*, was wohl heißt, daß sie exerzieren sollen, um zu kriegerischen oder wenigstens polizeilichen Zwecken gebraucht werden zu können.

Es werden zwei Polizeikommissare ernannt, Georg Friedrich Eber und Samuel Rathgeber. Die *Märs*, die Bürgermeister, des Bezirks, sollen nach Oberbronn kommen und die Zahlbefehle für die Grundsteuer vom 27. 11. 1791 mitbringen. Den Herren zahlt man also keine Abgaben mehr, aber dem Staate Grundsteuern. Anderntags wird erörtert, ob die Gemeindegüter, die Allmende, als Nationalgüter versteigert werden sollen. Landauf, landab waren die Begüterten dafür, da sie auf diese Weise ihren Besitz abrunden konnten, die Ärmern dagegen, da ihnen dadurch Weideland, das sie notwendig brauchten, entging.

Zwei Tage später, am 4. 1. 1792, ist erneut von einer Widersetzlichkeit die Rede: Die Frau des Schreiners Josef Bechelheim rede gegen den geschworenen Pfarrer. Ihr wird auferlegt zu widerrufen, was sie auch tut.

Am 7. 1. 1792 lesen wir, daß es mit den Nationalgarden des 10. Regiments Streitigkeiten gegeben hat. Es sind immer noch die Soldaten, die zum Schutze von Eulogius Schneider nach Oberbronn gelegt worden waren. Gelegentlich lesen wir von *Freiwilligen aus der Freigrafschaft*, die im Quartier liegen.

Der Gemeindeprokurator Daniel Bickel hatte am 2. 3. 1792 den Zwischenfall dem Friedensrichter Demeuré angezeigt, aber eigenartigerweise seinen Bericht ändern-



tags widerrufen. Hatte er von irgendeiner Stelle her einen entsprechenden Wink erhalten? Demeuré vernimmt dennoch sehr gewissenhaft eine ganze Reihe von Zeugen, deren Aussagen alle übereinstimmen. Daß Nationalgardisten vernommen worden wären, lesen wir nirgends.

Am 30. 1. 1792 hatten sie im Wirtshaus zum Engel Streit mit einem Grenadier des Regiments *ci-devant de la Marche*, also eines frühern königlichen Regiments, angefangen. Dieser hatte sich ruhig verhalten, verließ den Saal, Bürger hinderten die Freiwilligen daran, ihm zu folgen. Der Tambour der Garden ging dennoch hinaus und brachte seinen Säbel unter dem Waffenrock mit. Einer der Garden hieb den Wirt Friedrich Jacob Hagemann auf den Kopf und würgte ihn. Hagemann wurde zu Boden geworfen, erhielt Tritte in den Unterleib und gegen die Geschlechtsteile, der Tambour versuchte mehrmals, ihn zu erstechen. Der Lehrer Karl Friedrich Weizsäcker hat gesehen, wie er den Säbel unter seinem Waffenrock hervorgezogen hatte und wie Bürger ihm diesen Säbel hatten entreißen wollen.

Auch Weizsäcker wurde von den Freiwilligen angegriffen, sprang aus dem Fenster und verletzte sich derart, daß er nicht mehr allein heimgehen konnte. Als der Wirt im Nebenzimmer ins Bett gebracht worden war, wollten die Freiwilligen die Türe mit Gewehrkolben einschlagen. Der Sergeant der Bürgergarde Philipp Jakob Breisach, der herbeigeeilt war, wurde ebenfalls angegriffen.

Die im Wirtshaus dienende Magd Dorothea Hof berichtet weiter, sie sei zur Wache gelaufen, um diese zu alarmieren. Doch sie sei mit aufgefplantem Bajonett empfangen worden. Der Leutnant sei in die Wirtsstube gekommen, sei aber selber sehr aufgeregt gewesen. Danach sei der Hauptmann gekommen, habe seine Leute antreten lassen und die Bürger davor gewarnt, das Lokal zu verlassen, die Gewehre seien geladen, er könne für nichts bürgen.

Der Bürger Johann Jakob Düvening erklärt unter anderm, mit dem Tambour, der seinen Säbel geholt hatte, seien an die 20 weitere Soldaten in die Wirtsstube eingedrungen. Der Leutnant sei mit gezücktem Degen gekommen. Die Bürger seien infolge der Warnung durch den Hauptmann erst gegen 10 Uhr nach Hause gegangen. Philipp Jakob Walzinger ergänzt, die Munizipalität habe dafür gesorgt, daß die Bürger unbehelligt heimgehen konnten.

Zwei oder drei Nationalgarden werden von den Bürgern danach identifiziert, bei wem sie einquartiert sind, anders, etwa bei Namen, kennen sie keinen, woraus zu ersehen ist, wie fremd diese Truppe für die Dorfbewohner, die deren Sprache nicht verstehen konnten, war.

Die Oberbronner Nationalgarde steht seit 1790 wenigstens auf dem Papier: Es werden ihr die Plätze zugewiesen. Nach dem Gesetz vom 14. 10. 1791 waren alle Bürger und Bürgerssöhne von 18 Jahren ab verpflichtet, darin Dienst zu tun, sofern sie nicht in die aktive Armee eingezogen wurden. So fällt auf, daß in einem Verzeichnis der Oberbronner Nationalgarden vom 28. 1. 1793 auf 355 nur 17 zwischen 20 und 23 Jahren alt sind. Ein Jahr davor waren die Nationalgarden in fünf normale Kompagnien und eine Veteranen-Kompagnie eingeteilt worden, man



hatte ihnen die Hauptleute bekanntgegeben; in der Nähe der Behausungen derselben haben sie sich bei Alarm einzufinden<sup>82</sup>!

*Im Jahr Eintausend Siebenhundert zwei und Neunzig den 6ten Januairy Nachmittags um Ein Uhr ware die Municipalität auf dem Gemeindehaus versammelt und trug der Procuator der Gemeinde vor: Wie daß der Sämtlichen Municipalität bekannt ist, daß sich auf diesen Nachmittag um zwei Uhr auf der löblichen Municipalität ihre Befehle alle Activ-Bürger wie auch die Ledige vom 18. Jährigen Alter angerechnet, demnach sie in Compagnien Eingetheilet worden sind zu versammeln haben; Sein Begehren gehe daher an die Löbliche Municipalität denen Cheffen ordre zu ertheilen, wie sie sich bei nachfolgenden Begebenheiten zu verhalten haben.*

*Auf des Gemeind Procurators Vortrag achthabend hat die Municipalität Beschloßen:*

- 1.) Soll jede Compagnie wenn es General Schlägt allemal bei seines Capitains Quartier einfinden, um von demselben die ordre zu erhalten, und befolgen, was er nach dem Gesez befehlen wird.*
- 2.) Soll von denen Vorgesetzten jedem Capitaine bei einem etwaigen Auflauf der Plaz angewiesen werden, wo er sich mit seiner Compagnie hinzubegeben hat, und die ordre als dann auf daß genaueste zu Befolgen.*
- 3. Solle die erste Garden Compagnie so ganz in uniforme und Gewehr steht, bei einer etwahigen Feuersbrunst, sogleich außerhalb am Flecken fleißig Patruillien machen, und auf alles wohl achthaben damit keine Diebstähle begangen werden, und sich keine schlechten Leute herein ziehen mögten.*
- 4.) Solle in Zukunft bei allen öffentlichen Gelegenheiten auch an Sonn- und Feyertägen keiner so in die National Garden Register eingeschrieben ist, erscheinen, er habe denn seine Cogarde an dem Hut oder das Band an dem Rock.*
- 5.) Solle die Garten Compagnie den Flecken umstellen, die andern Fünf Compagnien (sic) gehen durchs Looß auf folgende Plätze*  
*Jacob Mörle No. 1. Ganze Compagnie zwischen die zwei Schloß-Gärten*  
*Gastenhofer No. 2. Eine halbe Compagnie zu Jacob Engel seinem Hauß. Die andere halbe Compagnie vertheilt an die Gäfel-Thörlein.*  
*Schaller No. 3. Ganze Compagnie in die Saumengäß.*  
*Röger No. 4. Eine halbe Compagnie an das Ruschen Thor. Die andere Helft in die Amtgaß obenhinaus.*  
*Winter No. 5. Compagnie in die Gelders-Gaß, welche sich vertheilt beim Bronnen und hinten hinaus und*  
*Sechsten die Federaner zum Rathauß.*

Das klingt sehr militärisch, von einem ernsthaften Einsatz der Oberbronner Nationalgarde ist aber nirgends die Rede. Die Mannschaft war in sechs Compagnien eingeteilt. Eventuell eine siebte als »Veteranencompagnie«. Außer der »Garden Compagnie«, die den Flecken umstellen soll, werden sechs erwähnt, die sich an bestimmten Plätzen sammeln sollen.

82 Archives du Département Bas-Rhin, Sign.: 8 E 340,25 (und 56 L 1).



In einem am 28. 1. 1793, also genau ein Jahr später aufgestellten Verzeichnis der Mannschaft, werden 345 anwesende und gesunde Nationalgarden zwischen 18 und 79 Jahren und 10 abwesende oder kranke, darunter ein 80jähriger, aufgezählt. Demnach hätte eine Kompagnie zwischen 50 und 60 Mann umfaßt. Zum Vergleich: 1807 unter Napoleon I., als es die Nationalgarde nicht mehr gab, standen 64 Oberbronner unter den Fahnen bei 792 männlichen Einwohnern jeglichen Alters. Zu bemerken ist noch, daß der Befehlshaber der 4. Kompagnie, Rentmeister Röger, dem Prinzen Karl Ernst immer wieder Berichte schickt und im Herbst 1793 mit den Österreichern flüchtet, genau wie Gastenhofer.

Am 7. Januar, einen Tag nach der Anweisung an die Oberbronner Nationalgarden, ist wieder die Rede von Streitereien mit den Nationalgardisten des 10. Regiments. Die Oberbronner Nationalgarde scheint nicht sehr in Anspruch genommen worden zu sein. Zu ihrer wichtigsten Tat wurde sie wohl durch den militanten Pfarrer Vierling angeführt: Gemeinsam mit der Offweiler Nationalgarde marschierte sie am 2. November 1792 400 Mann stark nach dem 12,5 km entfernten Bärenthal, in dem schon am 31. Oktober 25 in Bitsch liegende Nationalgarden, von denen nur drei deutsch sprachen, erschienen waren, um die hessen-darmstädtischen Fischweiher zu leeren. Bärenthal war mit Philippsburg von den Lichtenberger Grafen von Hanau-Lichtenberg an die Landgrafen von Hessen-Darmstadt gekommen und bildete damals eine Exklave im französischen Gebiet. Einzelne Bürger halfen der aus Bitsch anmarschierten bewaffneten Macht. »An demselben Nachmittage kamen auch drei Offiziere der Nationalgarden von Oberbronn zu dem Pfarrer Spoor in Bärenthal. Sie erklärten diesem, daß die Einwohner sich an die französische Republik anschließen und deßhalb einen Freiheitsbaum setzen wollten, was man ihnen nicht wehren konnte und dürfte. Am nächsten Freitag, den 2. November Morgens 11 Uhr kamen wirklich aus den elsässischen Dörfern Oberbronn und Offweiler etwa 400 Mann, darunter viele in Nationalgarden-Uniform mit Trommeln und Pfeifen nach Bärenthal, um den Freiheitsbaum dort aufzupflanzen. Zu den Anführern gehörte der Pfarrer Vierling von Oberbronn. Es wurde ein mächtiger Tannenbaum dazu gewählt und vor dem herrschaftlichen Stalle aufgerichtet. Vierling hielt dabei eine Rede, erklärte darin die Vorzüge der französischen Verfassung und forderte hierauf die Einwohner auf, der Republik den Eid zu schwören, welches auch fast alle taten. Der Oberförster, der Pfarrer Spohr und der Zolleinnehmer waren ebenfalls zugegen, ohne jedoch dem Aufstande beizupflichten. Die landgräflichen Wappen wurden abgerissen und durch Anspeien verhöhnt. Unter dem Rufe von »Vive la nation!« zog man mit der Musik von einem Wirtshause zum andern im Dorfe umher. Es wurde gezecht und getanzt, gesungen und gesprungen. Gegen fünf Uhr Abends zog der ganze Haufen mit klingendem Spiel nach Philippsburg, einem andern zu der Oberschultheißerei Bärenthal gehörigen Dorfe, wo ebenfalls ein Freiheitsbaum gesetzt wurde. Erst gegen 10 Uhr kehrte der freiheitslustige Schwarm wieder nach Bärenthal zurück, um dort die ganze Nacht hindurch zu schmaußen, zu saufen, zu tollen und zu tanzen.

Am Sonntage Abends den 4. November wurde in Obersteinbach der Aufruhr



angefacht und geschürt. Auch hier beriefen und stützten sich die Hetzer, wie in vielen anderen Gemeinden, auf angeblich verletzte alte Waldrechte. Man steckte die Cocarden auf, sammelte Unterschriften zum Anschluß an Frankreich und schickte am folgenden Tage nach Oberbronn, um die dortigen Soldaten zur Unterstützung einzuladen und dann vor Allem die alten Schriften und Urkunden über ihre Waldgerechtigkeiten in Pirmasens auszuspähen und zu erzwingen<sup>83</sup>.«

In dem Berichte ist nicht ausdrücklich bestätigt, daß die Oberbronner und Offweiler Nationalgarden es waren, die am 4. November in Obersteinbach halfen den Freiheitsbaum aufrichten, es ist leicht möglich, denn sie hatten ja die Nacht vom 2. zum 3. mit Lustbarkeiten in Bärenthal verbracht. Wenn nicht, so war die Oberbronner Nationalgarde in der Gegend in den Ruf gekommen, daß sie den Bürgern anderer Dörfer »die Freiheit bringen« wolle, und man hat sie von Obersteinbach aus, das über das Jägertal, Windstein und Wineck von Oberbronn aus leicht zu erreichen ist, zur Unterstützung gerufen. Auch Obersteinbach gehörte damals nicht zu Frankreich. In einer ganzen Reihe von Dörfern des Oberamtes Pirmasens brach zur gleichen Zeit der Aufruhr aus, der Präsident Freiherr von Ratsamhausen und die Räte wußten sich nicht mehr recht zu helfen, Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt war recht ungehalten, er schrieb am 11. November nach Pirmasens, man hätte gleich »den Schwarz in Bärenthal« sollen »ins Zuchthaus liefern lassen«, dann wäre alles ruhig geblieben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Unruhen und das Setzen von Freiheitsbäumen in hessendarmstädtischen Orten von den Offweiler und Oberbronner Nationalgarden ausgegangen war.

Am 26. Januar wird das Dekret über Grund- und Mobiliarsteuer verkündet. Am 20. April 1792 hat zuerst Frankreich an Österreich und Preußen den Krieg erklärt. Davon merkt man in Oberbronn zuerst nicht allzuviel, und am 14. Juli soll wieder die Erstürmung der Bastille gefeiert werden.

Es sollen zwei Bürger als Delegierte der Gemeinde am Distriktorte Weißenburg an den dortigen Feierlichkeiten teilnehmen, Ludwig Merkling und Johann Georg Bickel. Jedem Bürger, der den Eid am *Bundesaltar* – ist das immer noch der von 1790 auf dem Daumen? – wiederholt, soll ein Maß Wein bewilligt werden. Dies beantragt wieder der *Prokurator*, der Vertreter der Regierung. Überdies soll ein *Freyheits-Baum mit einer Rothen Freyheits-Mütze oben auf dem Gipfel* errichtet werden. Die Jakobinermütze soll eben auf Pariser Befehl in jedem Orte den Herrschaftsanspruch der die Geschicke des Landes leitenden Männer bekunden.

Am 27. Juli wird es ernster: Es sei ein Dekret der Nationalversammlung vom 4. und 5. angekommen, desgleichen die Erklärung, das Vaterland sei in Gefahr. Wieder spricht der Gemeindeprokurator im Namen seiner Pariser Auftraggeber. Die preußische und österreichische Armee sammelte sich tatsächlich trotz der entnervenden Langsamkeit des Herzogs von Braunschweig, sie stand nicht weit von der elsässisch-pfälzischen Grenze.

83 Franz Xaver Remling: Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit von 1792–1798. Bd. I Speyer 1865.



Es liegen immer noch fremde Nationalgarden in Oberbronn im Quartier. Am 30. 9. 1792 wird geklagt, das 10. Bataillon *der Freiwilligen National-Garden de la Haute-Saône* richte in der Gemarkung Flurschaden an. Wahrscheinlich schmeckten ihnen die Trauben in den damals ausgedehnten Weinbergen von Oberbronn. Die Gemeindeverwaltung will sich beim Kommandanten beklagen.

Die preußischen und österreichischen Truppen marschieren langsam zwar, aber stetig durch Lothringen bis Valmy vor, um dann wiederum langsam in umgekehrter Richtung zu marschieren. Die Lage scheint kritisch zu sein: Am 8. Oktober 1792, *im vierten Jahr der Freiheit und Iten der Gleichheit* müssen die Bürger schwören, *daß sie der Nation treu seyn, aus allen Kräften die Freiheit und Gleichheit aufrecht erhalten, oder auf ihrem Posten sterben wollen.* Es folgen die Unterschriften, darunter auch solche von Leuten, die ein Jahr später emigrieren werden wie Notar und Friedensrichter Demeuré und von Callenstein. Einige Gemüter müssen in Wallung geraten sein: Friedrich Jacob Hagemann, derselbe, dem am 30. 1. in den Unterleib getreten worden war, schlägt am 9. Oktober vor, daß bei jeder Sitzung des Gemeinderates die Mitglieder ihre Schärpen tragen sollen. Das wird auch beschlossen.

Eine bedeutsame Neuerung der revolutionären Regierung findet am 7. November 1792 im Gemeinderatsprotokoll ihren Niederschlag: Die gültigen standesamtlichen Eintragungen nehmen nicht mehr die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen vor, sie sind jetzt Angelegenheit der Zivilgemeinden. Doch wohin mit diesen Eintragungen? Man wußte sich zu helfen: Als an diesen 7. 11. 1792 Maria Anna, die Tochter des Baumeisters Ignatius Weber und der Maria Anna Forst zur Welt kommt, wird sie wie in der Folge noch andere Kinder im Heft der Gemeinderatsprotokolle eingetragen, bis einige Zeit nachher zivile Standesamtsregister eingeführt werden.

Die Trennung von Kirche und Staat beginnt. Den großen Vorteil hatte die neue Regelung, daß die Eintragungen nicht mehr vom größern oder geringern Fleiß des Geistlichen abhingen, sondern nach kurzer Zeit des Ausprobierens genormt wurden. Für die nicht französischsprachigen Provinzen des Staates bedeutete dies allerdings bald einen Angriff gegen ihre Identität: Die Vornamen wurden offiziell franjösiert. Im deutschsprachigen Elsaß und Ostlothringen wurde ein Johann ein Jean, eine Eva zu einer Ève, eine Barbara zu einer Barbe. Zuerst nur schriftlich und amtlich, bis das Offizielle kraft der Autorität des Staates auch mündlich zur Gewohnheit wurde, so daß heute ein Charles oder Pierre es eigenartig finden, daß der Urgroßvater Karl oder Peter genannt wurden so wie fernere Vorfahren 300 oder 500 Jahre früher.

Wie jede Revolution versuchte auch diese, die Zeichen der früheren Machthaber verschwinden zu lassen, und wenn möglich durch neue, eigene zu ersetzen. Am 27. nivose, ohne Angabe des Jahres, aber es handelt sich wohl um *anI*, bzw. den 16. 1. 1793, wird beschlossen, nach dem Gesetze des 14. 9. 1792 *die Zeichen der Königschaft und des Lehenswesens in den Kirchen und von den übrigen öffentlichen Denkmälern* zu entfernen. Gemeint waren Wappen und Grabsteine. *Die Maurer*



*und Steinhauer hiesigen Ortes wurden deswegen auf das Gemeinde-Haus berufen, und ihnen auferlegt, gleich morgenden Tags den Anfang zu machen.* Seitdem also ist die Oberbronner Kirche innen so kahl. Die Maurer und Steinhauer haben ganze Arbeit geleistet. Ein kleiner, später gefundener Rest eines barocken Gedenksteins und die Tafel für Freiherrn von Sinclair wurden innerhalb des Begräbnisplatzes der Familie von Stralenheim auf dem Friedhofe wieder aufgestellt. Nur die gänzlich verwischte Grabplatte für den 1622 verstorbenen Grafen Ludwig von Leiningen-Westerburg-Oberbronn liegt noch links neben dem Altar im Chor über der Familiengruft.

### Der Wald

Anlaß zum Bauernkrieg war nicht zuletzt gewesen, daß die Bauern das Empfinden hatten, die Herrschaften schmälern immer mehr die ursprünglichen Nutzungsrechte der Untertanen am Walde. Auch jetzt kommen ähnliche Ansichten auf, und der Wald, der nach der Beschlagnahme weitgehend *Nationalgut* ist, wird über Gebühr genutzt.

Durch Jahrhunderte hindurch war der Weidebetrieb darin, wenn auch nicht unbestritten, so doch geregelt gewesen, und ohne dieses Recht konnte der Bauer vor der Einführung neuer Futtermittel und der Stallfütterung sein Vieh kaum durchbringen. Nach der Aufhebung der Feudalrechte und der Beschlagnahme des herrschaftlichen Besitzes gibt es manche Unklarheit. Die Kuppen in den ursprünglich den Hohenlohe gehörenden Wäldern sind stark ausgedehnt worden. Dadurch vermehrte sich die für den Weidebetrieb gesperrte Fläche von einem Drittel des Waldbestandes beträchtlich. Die Bürger beschwerten sich über die Verminderung der erlaubten zwei Drittel Weideland im Walde. Sie haben von altersher das Recht im Walde zu weiden und haben dafür ihren Weidhaber abgeliefert. Sie fühlen sich benachteiligt.

Sie haben aber auch gar keine Hemmungen, sich selber zu bedienen und sich schadlos zu halten. Die Behörden werden aufmerksam, denn von vielen Seiten her wird ihnen über die Verwüstung der Wälder berichtet.

Die führenden Verwaltungsstellen in Straßburg wissen um die um sich greifende willkürliche Nutzung der Wälder. Am 4. 8. 1792 stellt das Directoire du Département du Bas-Rhin fest: *Das öffentliche Wohl erfordert dringend, alle möglichen Mittel einzusetzen, um die Verheerung der Wälder zu verhindern.* (übersetzt) Am 12. 9. 1792 schreibt die gleiche Verwaltung dem *Commissaires près des Tribunaux des Districts de Strasbourg, Benfeld et Wissembourg* (zu dem Oberbronn gehört): *Die zahlreichen Forstfrevler, Bürger, lassen die schlimmsten Folgen für die Zukunft befürchten.* Vier Jahre später hat sich anscheinend nicht viel gebessert, am 22. pluviöse an IV (11. 2. 1796) schickt das Finanzministerium den Departementsverwaltungen eine gedruckte Verordnung: *Von allen Seiten, Bürger, werden mir Verwüstungen, riesige Frevler angezeigt, die in den Gehölzen und Waldungen der Republik verübt werden.* (übersetzt) Es werden strenge Anweisungen für den Forstdienst



gegeben. In den gering bevölkerten Gegenden hatten in alten Zeiten ziemliche Freiheiten in der Waldnutzung herrschen können. Je dichter die Bevölkerung aber geworden war, umso mehr mußten diese Freiheiten um des Gesamtwohles willen beschnitten werden. Das mußte der soeben vom Untertanen zum *citoyen* vorgerückte Einwohner erst einsehen lernen<sup>84</sup>.

Die herrschaftlichen Forstbeamten haben keine Autorität mehr, wir werden sehen, daß sie sogar tätlich bedroht wurden. Auch im gemeindeeigenen Forste, dem Frohret, hausen die Oberbronner nach Gutdünken. Am 3. Juni 1792 wird dem Gemeindeförster Heinrich Müller befohlen, wachsamer zu sein. Anderntags beschimpft er die Munizipalität und wird abgesetzt<sup>85</sup>. Wie übel dem herrschaftlichen Forstmeister Teichmann mitgespielt wurde, werden wir sehen.

Am 26. 3. 1791 hatte Rentmeister Roeger nach Bartenstein berichtet, Teichmann lasse zu viel Holz hauen, er bittet um Anordnung, daß dieser mit allen Hieben und Verkäufen aufhöre, noch jüngst habe er einem »gefährlichen Anhänger« 195 Klafter »junges, noch in bestem Wachstum stehendes Holz« zugeschlagen. Teichmann lehnt eine Entscheidung über eine Verminderung der Einschläge ab, dies gehöre zu den Befugnissen des Rentmeisters Röeger<sup>86</sup>.

Laut Brief vom 26. 11. 1791 hatte Demeuré gemeinsam mit Teichmann beschlossen, diesem sei ein Förster beizugeben, um die Aufsicht im Forste zu verschärfen und auch um der Sicherheit des Oberförsters willen<sup>87</sup>.

Nach der Beschlagnahme des fürstlichen Besitzes hatte Teichmann wie die anderen Beamten sich verpflichten müssen, nun der Nation zu dienen. Doch schon ein paar Tage später wird laut Protokoll vom 4. 11. 1792 der aus Italien stammende Bürger und Krämer Lombardini an dessen Stelle zum Inspecteur der ehemals hohenlohischen Waldungen ernannt. Die Gemeinde teilt ihm die Rechte der Bürger in den Wäldern mit. Das sind:

1. Die *Rauchweide*, d. h. die jedem Bürger, in dessen Wohnung eine Feuerstelle raucht, zustehende Weide im herrschaftlichen Wald, von Georgii (25. 4.) bis Michaeli (29. 9.) gegen 18 Viertel »Weidhaber«, die die gesamte Gemeinde aufbringen muß, zusätzlich 16 Sester bei Eichel- und Buchenmast.
2. Zwei Drittel der Waldungen können beweidet werden, ein Drittel ist vom Vieh zu verschonen.
3. Jeder Bürger darf ein halbes Klafter »Abholz und Windgefälle« holen.
4. Es besteht das »Laubrecht und Stockholz«.

Diese in ihrem Grundbestand uralten Feudalrechte der früheren Untertanen, jetzigen Bürger, erkennt nun der republikanische Staat an, aber auch jetzt ist das Weidrecht nicht unentgeltlich<sup>88</sup>.

Einige Jahre später müssen diese Rechte noch einmal begründet werden: Am

84 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340, 25.

85 Ebenda.

86 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.

87 Ebenda.

88 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340, 25.



2. messidor an 11 (21. 6. 1803) werden sechs zwischen 69 und 83 Jahren alte Bürger, unter ihnen ein ehemaliger hohenlohischer Förster, aufgefordert, vor dem Notar Coulmann auszusagen, welches die Waldrechte der Bürger gewesen seien. Diese Feststellung erinnert ganz an den alten Brauch, wie ehemals die Huber vor dem Ding Rechte und Pflichten »weisen« mußten. Gemeinsam sagten sie aus: Die Gemeinde habe das »ohndisputierliche« Recht gehabt, im Walde weiden zu lassen, überdies durfte jeder Bürger abhängiges und dürres Holz und das Windfallholz bis zu einem halben Klafter holen. Dafür bekam die Herrschaft 18 Sack Hafer, den »Weidhaber«. Dieses Quantum wurde seit der Beschlagnahme »der République ane die Receveur zu Reichshofen geliefert<sup>89</sup>.« Wie dieser Finanzbeamte die Körnerlieferung, die früher in die Zehntscheuer gebracht wurde, in seinem Büro in Empfang nahm und sie wiederum weitergab, ist nicht vermerkt.

Schon in den fünfziger und sechziger Jahren, in der Zeit, als das Haus Hohenlohe sich wenig um die geerbte und weit vom Hauptbesitz gelegene Herrschaft kümmerte, war diese Ordnung von den Bürgern mehr schlecht als recht beachtet worden, bis der Förster Hessenauer für ihre Beachtung sorgte. Kein Wunder, daß die Oberbronner wie alle Bewohner von Waldgegenden in Frankreich nach dem Verschwinden der Feudalherrschaft sich bedienten, wie es ihnen paßte, bis man höhern Orts die Gefahr erkannte. Vorher aber war übel gehaust worden. In einem gedruckten, aber undatierten Bericht, über die *friedensbrüchig ausgeübten Kränkungen und endlich erfolgte feindliche Bemächtigung der Herrschaft und aller kostbaren daselbst im Herrschaftlichen Schloß befindlich gewesenen Möbels*, der wohl an den Reichstag nach Regensburg gegangen ist, steht unter § 8: *In den herrschaftlichen Waldungen in denen sich das aus den Schranken der Ordnung getretene Volk unter gewaltsamen und mörderischen Bedrohungen ... alles erlaubte, wurde unwiderbringlicher Schaden angerichtet, (es wurden) die Waldungen und deren Ertrag an die Nation gezogen ...*

#### Berichte der Beamten über diese Zeit

Über die Vorgänge wird die in Bartenstein residierende Herrschaft durch Briefe der Beamten unterrichtet, hauptsächlich durch Rentmeister Roeger, Forstmeister Teichmann und Notar Demeuré, diese haben sich unmittelbar mit der Bevölkerung, den ehemaligen Untertanen, und den neuen Autoritäten auseinanderzusetzen. Sie zeichnen düstere Bilder.

Teichmann schreibt am 7. März 1790, zu einer Zeit, da der Staat noch nichts von dem herrschaftlichen Besitz beschlagnahmt hatte: *Wir hofften von Zeit zu Zeit, daß sich die Unruhen legen, Ordnung und Gehorsam wieder zurückkehren und die Unterthanen die ihren Herrschaften schuldigen Abgaben – wo nicht bezahlen, doch wenigstens anerkennen würden, und daß wir Justiz – so wie sich solche in unseren benachbarten Herrschaften ausüben läßt, erhalten werden, aber vergeblich, denen*

89 Ebenda.



*Merzweilern sind ihre in der Revolte erpreßten Papiere nicht mehr abgefordert worden, und diese machen den nachtheiligsten Gebrauch davon; Die dortige Municipalität hat der Gemein verboten keine Art herrschaftl. Gefälle zu zahlen, spricht alle der Herrschaft gehörige Gefälle an, deren noch mehrere von ansehnlichem Wehrt im dortigen Banne liegen. Auf diese Art wurde in voriger Woche, da H. Roeger und ich verschiedene Herrschaftl. Wiesen, deren Lehnung zu Ende ist, in eine neue Versteigerung ausgehrieben, und verkünden laßen wollten – von dem Maire daselbsten – einem der ersten Rebellen – jedem Einwohner insbesondere verboten, auf diese Wiesen einiges Gebott zu thun, auch dem Schulmeister untersagt auf unser Begehr die Bürgerglocke zu läuten, und so mußten wir unverrichteter Sachen wieder abziehen und froh seyn, daß, wir ohne persönliche Beleidigungen davon kamen.*

*Die Erkartswailer und Zittersheimer – die ihre Schriften zurückgegeben hatten, holten solche wieder im Notariat ab, sobald sie erfahren hatten, daß man sie den Merzweilern nicht abgefordert habe, und verüben die alte Frevel im Wald, auch zahlen sie an herrschaftl. Gefällen – nichts; Niemand nichts fordern, jeden machen laßen, was er will, seine Herrschaft verläugnen, aber erwarten, daß man das erste Opfer der patriotischen Raserey werde, das ist wohl der wohlgemeinte Rath, den man uns giebt, und doch will jeder, der bey der Renthey zu fordern hat, bezahlt seyn ... über haupt sind wir arme verlaßene Leute, die gerne ihre Schuldigkeit tun möchten, aber von allen Seiten gehindert werden. Im hießigen Forst sieht es noch in Ansehung der Forstfrevel erträglich aus, aber die Jagd ist ruinirt, und bey eintretendem größern Mangel an Lebensmitteln, und Verweigerung der nöthigen Gerechtigkeit können wir auch im Wald nicht mehr widerstehen deßwegen schon auch nichts – und schieße todt was ich kann ...<sup>90</sup>.*

Drei Wochen später, am 26. 3. 1790 schreibt Teichmann wieder einen sehr düster klingenden Brief. Es sind noch keine acht Monate her, seit dem Aufruhr im Juli 1789: *Gegenwärtig herrscht bei uns eine ganz traurige Stille, jeder rechtschaffene erwartet in banger Ungeduld das fürchterliche Gewitter, das nothwendig darauf erfolgen muß. Geld- und Nahrungsmangel drückt die meisten Einwohner unserer Gegend so, daß es zu verwundern ist, daß nicht schon mehrere Gewalttätigkeiten verübt worden sind ... Ferner: Jedermann aber, der auch noch Geld hat, ist schüchtern im Kauffen weil aller Handel und besonders das Bauen stille steht ...* Wiederum vier Monate später berichtet er: *Wir sind in der allertraurigsten Lage. Im August 1791 stellt er fest, er könne die wenigen Klafter Holz, die noch im Forste liegen, ... nicht verkauffen, viele Leute befürchten Krieg, Niemand also macht Vorrath ...<sup>91</sup>.* Zudem bekomme man nichts als Papiergeld. Da er vermutet, daß der Prinz noch keine Assignaten gesehen habe, legt er ihm einen Schein zu 5 Pfund bei.

Trotz dieser wenig ermutigenden Berichte kommt Prinz Karl Ernst im Herbst noch einmal für mehrere Wochen nach Oberbronn. Er berichtet in seinen Memoiren über eine Art Tragikomödie, die der evangelische Pfarrer Vierling wohl inszeniert

<sup>90</sup> HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.

<sup>91</sup> Ebenda.



habe: Kaum war ich ein paar Tage daselbst anwesend, als ich schon die Merkmale einer anfangenden Gährung in der Gegend wahrnahm. Es kam mir nämlich die Nachricht zu, daß mehrere Hunderte der Unterthanen der Herrschaft, auf dem Punkte standen, mit bewaffneter Hand im Schlosse einzufallen, um mich zu zwingen, auf meine Feudalrechte und Einkünfte zu verzichten ... Der protestantische Pfarrer des Ortes Vierling, der sich später ebenfalls ziemlich demokratisch benahm, übernahm die Stelle meines Generals, beredete die Gemeinde gleichfalls mit bewaffneter Hand mich zu verteidigen, und so Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Die Böller wurden im Schloßhofe aufgepflanzt, die Trommel gerührt, die Alarmglocken geläutet und so der Feind beängstigt, daß er gar nicht erschien. Zu vermuthen ist allerdings, daß die ganze Gefahr nur durch Vierling erfunden wurde, um sich bei mir Verdienste zu erwerben<sup>92</sup>. Erst zwei Jahre später besuchte der Prinz wieder sein Schloß, allerdings unter viel dramatischen Umständen.

Die fürstlichen Beamten werden immer machtloser. Schon am 31. Mai 1790 hatte Rentmeister Roeger dem Prinzen geschrieben, er habe sich *bey denen ohnlängst sehr unartig vorgegangenen Heu Graß Versteigerungen im Gebürg* ein vierzehntägiges Gallenfieber geholt. Teichmann schreibt in einem zwar undatierten, aber aus der gleichen Zeit stammenden Briefe ausführlicher: Das Gallenfieber komme *von der mehr als unmenschlichen Behandlung der Weinburger her, die ihn (Roeger) letzten Freitag bei vorgenommener Graß Versteigerung in Stücker zerreißen und zum Fenster hinaus stürzen wollten*<sup>93</sup>. Auch Teichmann wird Schaden erleiden. Am 29. August 1791 schreibt er nach Bartenstein:

*Mein Bruder ware während meiner Abwesenheit die meiste Zeit in hiesigem Forst, machte einige Reporte über frevelhafte Weider in jungen Schlägen, wurde aber auf das empfindlichste beschimpft, und mit Totschlagen und Schiesen bedroht; dem Förster wurde ein ganzes Stück Grundbirn (= Kartoffeln) ausgerissen, und einem andern ein Stück Hanf, in Meinung es gehöre mein, abgemäht und verdorben, und mir Schaden an jungen Bäumen und Früchten zugefügt; bald ist es nicht mehr auszuhalten, wenn nicht Recht und Gerechtigkeit wieder hergestellt wird; alle Hochgerichter – also auch das hiesige – sind bei Nachtzeiten in der ganzen Gegend durch uns wohlbekannte Leute niedgerissen und verbrannt worden. Wir haben den berühmten Herrn Professor Schneider als Geschworenen hier; Niemand aber geht in die Kirche; der alte Schulmeister und Siegrist sind abgedankt, und andere ernennt, unsere Katholiken schleichen sich Sommer- und Feyertäge an andere Orte, wo noch nicht geschworene Geistliche sind, und so leben wir in der letzten Verwirrung ...*<sup>94</sup>

Die Beamten werden also nicht nur in ihrer Person tötlich angegriffen, man vergreift sich auch an ihrem Gute. Dennoch harren Roeger, Teichmann und Demeuré, den anscheinend Pfarrer Vierling schikaniert, wie Teichmann schreibt, aus. Der Prinz berichtet in seinen Memoiren, wie Demeuré tief erschrocken sei, als er ihn bei seinem letzten Besuch in seinem Schlosse im Oktober 1793 aufsuchte. Er

92 Archiv für Hohenlohische Geschichte (wie Anm. 29), S. 321.

93 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.

94 Ebenda.



wird wohl auch die beiden anderen gesprochen haben. Als Ende November Tausende aus dem nordöstlichen Elsaß vor der heranrückenden republikanischen Armee fliehen, schließen sich auch die hohenlohischen Beamten diesen Flüchtenden an.

### Unter der Schreckensherrschaft

Über die Schreckensherrschaft während der französischen Revolution, der unzählige Menschen zum Opfer gefallen sind, ist viel geschrieben worden. Wenig bekannt ist aber die Massenflucht, die Ende November 1793 in einem Gebiete nördlich einer Linie, die man von der Wanzenau beim Rhein bis gegen Buchweiler ansetzen kann, beginnt. Zehntausende flohen in Richtung Pfalz oder über den Rhein. Aus manchen Dörfern floh fast die gesamte Einwohnerschaft. Auch zahlreiche Oberbronner schlossen sich dieser Massenbewegung an. Der elsässische Historiker Rodolphe Reuß hat diesem Ereignis zwar eine 338seitige Studie gewidmet, doch untersucht er in dieser eher die Folgen und die Rückkehr der Geflüchteten als die Flucht selber. Darum ist es angebracht, diesen Exodus, soweit er Oberbronn betrifft, näher zu untersuchen.

Die Flucht der Oberbronner muß im Zusammenhang mit der Panik gesehen werden, die diese Menschen ergriff, als die Armee Wurmsers sich vor den Armeen Pichegrus und Hoches zurückziehen mußte.

### Massenflucht – Emigranten

Der Distrikt Hagenau und der größte Teil des Distriktes Weißenburg – dieser erstreckte sich damals bis 15 km westlich von Ingweiler – waren in Mitleidenschaft gezogen. In Buchweiler hatte die Flucht schon am 19. November begonnen, als französische Truppen sich näherten<sup>95</sup>. Das war nicht unbegründet: Nur vier Tage später verlangt der *representant du Peuple* J. B. Lacoste, eben aus Buchweiler, wohin er mit den Truppen der Republik gekommen war, daß ein Viertel der Bewohner der Gegend guillotiniert werde, daß nur die bleiben dürfen, die aktiv an der Revolution teilgenommen haben und daß die übrigen verjagt und ihre Güter beschlagnahmt werden. Solche Gesinnungen waren natürlich der Bevölkerung bekannt: Wer sich gegen das Regime erklärt hatte, mußte nach der Zurückerobierung mit dem Schlimmsten rechnen. Sofort wird in den Distrikten Weißenburg und Hagenau verordnet, es solle mit der größten Eile alles von den Flüchtigen Zurückgelassene beschlagnahmt werden bis hin zu wertvollen Kirchengeräten. Ein Erlaß vom 24. Januar 1794 gibt den Kommissaren genaue Anweisungen, was beschlagnahmt werden soll und wie mit den verschiedenen Gütern, Kleidung, Lebensmitteln aller Art bis hin zu Branntwein, Tieren, Möbeln, Häusern zu verfahren ist. Der Erlaß wird auch eifrig befolgt, aber, wie es in solchen chaoti-

95 Vgl. dazu im folgenden: Rodolphe Reuß: La grande fuite, 1923, S. 5–24.



schen Zeiten zu geschehen pflegt, waren auch genug Leute da, die es verstanden, sich von den beschlagnahmten Gütern anzueignen, was ihnen beliebte.

Bald mußte jedoch erkannt werden, was die Flucht so vieler Menschen, meist Landwirten, und etwa zwei Drittel der Bevölkerung dieser beiden Distrikte, für einen Schaden bedeutete. Es wird von dem *Directoire du Bas-Rhin* nach Paris berichtet, daß riesige Flächen besten Landes unbebaut blieben, zahllose Häuser leer stehen und der Republik daraus ein unermesslicher Schaden entsteht. Das Übel wird noch größer, als die Verwandten der Flüchtlinge verhaftet werden und diese Menschenmasse in Straßburg untergebracht und ernährt werden muß. Die Gemeinden sollen ihren inhaftierten Mitbürgern Lebensmittel schicken.

Bar, der am 8. 3. 1794 diese Verhaftungen angeordnet hatte, wollte nur Eltern, Ehegatten und Geschwister der Geflohenen festgenommen wissen, doch er war nicht gut verstanden worden – Sprachschwierigkeiten? – auch Schwiegerkinder und Schwäger waren verhaftet worden, sogar kleine Kinder, Reuß spricht von an die 400 im Kindesalter. Das Direktorium des Departements verlangt von Lacoste, er möge Greise, Kinder, Frauen, entfernte Verwandte von Emigranten entlassen, das gebiete schon die Hygiene; es könnten Epidemien ausbrechen. Man möge die, die verhaftet bleiben sollen, nach dem Innern des Landes verbringen. Wer den Haß erfassen will, aus dem heraus diese Maßnahmen ergriffen worden sind, die Angst auch vor Verrat durch diese Leute, die nicht das Französische der »Vertreter der Freiheit«, sondern »die Sprache der Tyrannen« sprachen, muß bei Reuß die Schmähworte nachlesen, mit denen sie bedacht wurden. Dann versteht man auch, daß die Verängstigten es auf sich nahmen, mit Kindern und Greisen bei schrecklichem Dezemberwetter über grundlose Wege zu fliehen, um nur nicht den republikanischen Truppen in die Hände zu fallen.

Meist heißt es, sie seien *über den Rhein* geflohen: *Ils ont traversé le Rhin*. Das dürfte in vielen Fällen eine Redensart sein. Die, die nicht weit von der Grenze wohnten, der Grenze zur heutigen Pfalz, und zu diesen gehörten die Oberbronnener, hatten es viel einfacher: In vier, fünf Stunden waren sie jenseits der Grenze. Es ist ja auch in den Berichten die Rede von Botengängen hin und her durch Verwandte, die in Oberbronn geblieben waren, zu Geflüchteten. Als die Franzosen weiterstießen, waren jene natürlich nicht mehr sicher, sie haben dann wohl ihren Elendszug über den Rhein fortgesetzt. Chuquet beschreibt die Schrecken der nächtlichen Flucht, vor allem der Hagenauer. Nach ihm hätte der Distrikt Weißenburg 93000 Einwohner gehabt. Aus diesem allein seien 50000 geflohen. Dies ist wohl etwas hoch gegriffen, würde aber den zwei Dritteln, von denen Lacoste spricht, entsprechen. Alle Bewohner der Wanzenau und von Kriegsheim seien geflohen, in Niederschöffolsheim seien zwei Familien zurückgeblieben. Es muß eine Stimmung geherrscht haben, wie bei der Flucht der Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien 1944/1945.

Aus der Zeit vor dieser in panischer Angst einsetzenden Massenflucht wissen wir nur von zwei Oberbronnern, die emigriert sind: Der den Eid verweigernde katholische Pfarrer Anselm und der Husar Jakob Lips, der im Mai 1792 mit seinem



Regiment Saxe-Hussards zu den Österreichern übergeht. Er kehrt nicht zurück und gilt deshalb als Emigrant. Sein Teil des väterlichen Erbes wird beschlagnahmt. Pfarrer Anselm schreibt einmal aus Offenburg, ein anderes Mal aus Rodalben bei Pirmasens und begibt sich schließlich nach Bartenstein, wie Prinz Karl Ernst in seinen Erinnerungen mitteilt<sup>96</sup>. In einer Verhandlung des Weißenburger Distrikts vom 17. 5. 1793 wird seine Abwesenheit aus Oberbronn vom Juni 1791 bis zu den ersten Februartagen 1792 festgestellt. Er habe sich nicht, wie das Gesetz es vorschreibt, einen regelrechten Paß der Gemeinde besorgt und sei deshalb als Emigrant zu betrachten. Sein Besitz sei zu versteigern<sup>97</sup>.

Die Arbeit des schon mehrfach erwähnten Historikers Rodolphe Reuß befaßt sich viel mehr mit den Folgen der Massenflucht, *la grande fuite*, als mit der Flucht selber, den Flüchtenden aus den einzelnen Gemeinden. Deren Zahl schätzt er auf 25000 bis 30000. Meistens wird eine viel höhere Zahl angegeben, schon kurz nach der Flucht bis zu 50000 und sogar darüber. Diese Zahl dürfte richtiger sein, denn, als Reuß sein Thema bearbeitete, waren die diesbezüglichen Akten noch nicht übersichtlich geordnet und archiviert. Nun sind sie es im Straßburger Departementalarchiv. Oberbronn wird bei Reuß nicht einmal erwähnt. Unter Q 3036 liegt heute in Straßburg<sup>98</sup> eine seither aufgestellte Liste von 63 Oberbronner Flüchtlingen, deren dazugehörigen Familienangehörigen aber nicht erwähnt werden. Im Hohenlohe Zentralarchiv in Neuenstein findet sich im Büschel 80 der Abteilung Niederstetten ein *Verzeichnis deren Bürger von Oberbronn, welche mit der deutschen Armee flüchtig über den Rhein gegangen sind* vom 7. 1. 1794<sup>99</sup>.

Sie gibt 49 Namen an, dazu die Familienangehörigen, zusammen 162 Personen. 16 dieser Namen finden sich auch in der Straßburger Liste. Wenn die 49 Namen der Neuensteiner Liste 162 Personen darstellen und wir von der Straßburger Liste die 16 in beiden Listen aufgeführten Namen abziehen, dazu noch sieben, die offenbar doppelt erscheinen, so verbleiben an die 40. Mit drei multipliziert kommen wir auf 120 Personen insgesamt. So ist es sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn wir schätzen, daß damals gute 270 Personen aus Oberbronn geflohen sind. Bei einer Einwohnerzahl von 1500 bis 1600 um jene Zeit ist dies ein hoher Prozentsatz. 270 Personen, die Reuß nicht berücksichtigen konnte. In anderen Gemeinden dürfte es ähnlich sein.

Den Vornamen nach waren es meistens Katholiken. Nachforschungen in den Kirchenbüchern haben dies bestätigt. Die katholische Gemeinde hat also einen sehr hohen Aderlaß erlitten, eine Folge des Kirchenkampfes.

Erwähnt seien hier nicht statistische Namenslisten, sondern Einzelschicksale, deren Tragik sich aus den vorhandenen Aussagen der Quellen nur erahnen läßt. Da ist etwa ein Jakob Lips, dessen Regiment *Saxe-hussards* unter dem Befehl des

96 Archiv für Hohenlohische Geschichte (wie Anm. 29), S. 335.

97 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 133 L 130.

98 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q 3036.

99 HZAN, Archiv Niederstetten, Bü 80. Die im Departementalarchiv erstellte Liste bzw. ihre Bearbeitung, Auswertung und weitere Nachforschungen durch den Autoren dieses Aufsatzes, ist auch im HZAN unter derselben Signatur einzusehen.



Obersten Friedrich Heinrich von Gottenheim stand, eines elsässischen Adeligen aus Gendertsheim bei Brumath.

Der Oberst läuft Anfang Mai 1792 zu den Österreichern über, also ca. zwei, drei Wochen nach der Kriegserklärung Frankreichs<sup>100</sup>. Die Desertion wird am 13. und 14. Mai in den Protokollen der Pariser Verfassungsgebenden Versammlung erwähnt<sup>101</sup>. Der Kriegsminister bittet die Versammlung, die Strafen für die Offiziere festzusetzen. Die Güter des Obersten im Distrikt Hagenau sollen beschlagnahmt werden. Tröstlich für die Versammlung ist die Nachricht, die am 14. 5. in Paris eintrifft, daß 92 Husaren und 88 Pferde unter Führung eines Unteroffiziers zurückgekehrt sind. Jakob Lips gehört aber nicht zu diesen, und seine drei Brüder Philipp, Ludwig und Daniel werden zur französischen Armee eingezogen, zwei zur Infanterie, einer ebenfalls in ein Husarenregiment: Nächste Verwandte kämpfen in zwei feindlichen Armeen, genau wie in den beiden Weltkriegen. Grouvel<sup>102</sup> betont, daß zahlreiche Elsässer in die Reihen der Österreicher und der Emigranten eingetreten sind. Er schreibt sogar von mehreren tausend, die sich melden wollten<sup>103</sup>.

Nur durch Jakob Lips ist diese Episode mit Oberbronn verbunden, sie ist aber so typisch, daß sie es verdient, erwähnt zu werden.

### Sippenhaft

In einer Zeit des Bürgerkrieges und der Schreckensherrschaft galten die Verwandten der Emigranten insgesamt als verdächtig. Der Volksrepräsentant Bar verordnete deshalb am 18. ventose an II (8. 3. 1794), es sollten alle Verwandten verhaftet werden. Am 14. germinal (3. 4. 94) trifft dieser Befehl in Oberbronn ein, die Munizipalität versammelt sich sogleich, nach ihrer Sitzung am 16. germinal wird ein Protokoll über die Vollziehung der Verhaftungen niedergeschrieben<sup>104</sup>:

*Den 14ten Germinäl Nachmittags um 4 Uhr wurde durch den Boten des Weißenburger Distrikts ein von dem Volksrepräsentanten Bar unter dem 18ten Ventos gegebener Schluß und die darauf erfolgte Berathschlagung vom 26ten des nämlichen Monats, die Arretierung der Anverwandten der Emigranten, als Väter, Mütter, Männer, Weiber, Kinder enthaltend, überbracht. Sogleich versammelte sich die Munizipalität und der Gemeinderath um sich sowohl über die schleunige als sichere Mittel zu berathschlagen, wie dieses wichtige Geschäft in Vollziehung gebracht werden solle. Es wurden zu diesem Ende gute republikanisch gesinnte Bürger zusammenberufen, jedem sein Posten angewiesen, um zu gleicher Zeit sich dieser Personen zu bemächtigen. Nachdem dieses geschehen und die Arretierung öffentlich bekannt gemacht worden, begab sich die Munizipalität in jedes dieser Häuser, und der Secetaire Greffier las*

100 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q 4960.

101 Ebenda; Sign.: IL 348, S. 266, 277, 286.

102 *Vicomte de Grouvel*: Les Corps de Troupe de l'Emigration. Bd. 2. L'Armee de Condé. 1961.

103 Ebenda S. 100.

104 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340,25.



*ihnen den bemeldten Schluss des Volksrepräsentanten Bar, und die Berathschlagung des Weissenburger Distriktes vor, wodurch sie in Arrest erklärt worden. Die Wache führte alsdann die Personen auf das Gemeinde Hauss, und die Munizipalität legte sogleich die Siegel an und übergab dem Bürger, der sich dieser Personen vorher bemächtigen musste, als dem als Gardien die Aufsicht. Nachdem dieses Geschäft von Hauß zu Hauß an dem 15ten dieses vollendet, und die Personen zusammengebracht waren, wurde der Prozes Verbal über jede Familie besonders errichtet, und den 16ten Morgens um 8 Uhr dieselbe auf den Wägen an ihren Bestimmungsort nach Straßburg abgeführt. So geschehen auf dem Gemeinde-Hauss zu Oberbronn den 16ten Germinal, 2tes der Einen und unzzertheilbaren Frankenrepublique. (5. 4. 1794)*

Die »Munizipalität«, d. h. die mit einer besondern Funktion in der Gemeindeverwaltung betreuten Bürger, und der Gemeinderat werden mit der Durchführung der Verordnung Bar beauftragt. Sie müssen im einzelnen bestimmen, welche ihrer Mitbürger verhaftet werden sollen, sind aber nicht zahlreich genug, um die nötigen Polizeimaßnahmen zu ergreifen und müssen »gute, republikanisch gesinnte Bürger« damit betrauen. Man überträgt einfachen Bürgern Polizeifunktionen nur auf Grund ihrer politischen Einstellung. Diese »bemächtigen« sich der Verdächtigen und führen sie auf das Gemeindehaus, das damals noch nicht »mairie« heißt.

Dann muß jeder »seinen« Gefangenen beaufsichtigen. Wo? Doch wohl im Gemeindehaus. Anderntags werden diese auf Wagen nach Straßburg ins Gefängnis gebracht wie viele, viele andere aus dem ganzen Departement. Sicher wurden sie auf diesen Wagen wieder von zu Hilfspolizisten umfunktionierten Mitbürgern bewacht, denn so viele Gendarmen gab es nicht, daß sie für diese Blitzaktion genügt hätten. Es wird also zuerst der Munizipalität und dem Gemeinderat die Tätigkeit der politischen Polizei zugemutet und danach Bürgern nur auf Grund ihrer Gesinnung die wenig angenehme Aufgabe zugewiesen, ihre Mitbürger zu verhaften, zu bewachen und schließlich nach Straßburg ins Gefängnis abzuführen. Man kann sich leicht vorstellen, wie solche Maßnahmen gegenseitige feindselige Gefühle in der Bürgerschaft erweckten und verschärften. Am 18. floréal (7. 5. 1794) schickt die Munizipalität einen ausführlichen Bericht über jede der verhafteten Personen nach Straßburg, in dem nicht nur der Grad der Verwandtschaft zu den Geflohenen angegeben wird, sondern auch noch ihre Gesinnung:

#### *Procès Verbal*

*über die Anverwandten der Emigranten, welche den Schluß des Volksrepräsentanten Bar vom 18.ten Ventose und der Beratschlagung des Weißenburger Distrikts vom 26ten des nämlichen Monats zufolge als Verdächtige in das Arresthauß nach Straßburg in Verwahrung gebracht worden, als*

- 1) Antoni Philipps Frau, deren Mann emigriert ist hat durch bisherige Aufführung das Gepräge einer bössartigen conterrevolutionairen Gesinnung gehabt.



- 2) *Des Emigranten Johannes Buchmann Frau, hat seit der Abwesenheit desselbigen nicht aufgehört ihre gewöhnliche gesetzwidrige Aufführung fortzusetzen.*
- 3) *Andreas Krölis Wtb. deren Sohn emigrirt ist hat wie von Anfang der Revolution sich mit ihren Töchtern schlecht und verdächtig aufgeführt und heimliche Zusammenkünfte begünstigt und gehalten.*
- 4) *Herzel Israel dessen zwei Söhne emigrirt, hat sich allezeit ordentlich verhalten, wie ihm dies von dem allgemeinen Rath durch seinen Bürgerschein ist attestirt worden.*
- 5) *Jacob Silbermanns Frau, deren Mann mit einigen Kindern emigrirt ist, hat auch noch bis auf den letzten Augenblick, als sie von hier fortgeführt wurde, ihre aristocratischen Gesinnungen öffentlich gezeigt. Auch ware ihr Haus allezeit der Sammel-Plaz von den Feinden der Constitution.*
- 6) *Ignatius Webers Frau, deren Mann emigrirt ist, hat sich nie anders als eine Anhängerin und Freundin der Aristocraten, wovon ihr Mann der Anführer war, aufgeführt.*
- 7) *Des Emigranten Franz Wiederholdts Frau samt Tochter sind durch ihre böse Mäuler und giftige Reden allezeit durch die öffentliche Meinung für verdächtig und dem allgemeinen Besten gefährlich gehalten worden.*
- 8) *Des Emigranten Reinhard Richerts Frau bezeugt sich ebenfalls öfters und auf die frechste Art als eine Begünstigerin der Gegenrevolution und Feindin der Republik.*
- 9) *Johannes Weber, dessen drei Söhne samt Frau und Kind emigrirt sind, hat von der ganzen Gemeinde sowie von allen benachbarten Republikanern die ihn kennen seit der Revolution keinen andern Namen, als den eines Gegenrevoluzers und Feindes der Constitution. Auch hat er davon schon deutliche Proben abgelegt wofür er zwar abgestraft worden, aber nie kan ein solcher Boshafter sich freimüthig als ein Freund der Freiheit und Gleichheit darstellen der den glücklichen Fortschritten derselbigen durch seine Schalkheit schon so manche Hindernisse hat in den Weg zu legen suchen.*
- 10) *Georg Müllers des Emigranten und Mahims (?) Ehefrau ist stets eine Quelle der Bosheit und schalkhafter Verstellung gewesen, woraus manche giftige und der Republik schädliche Reden und Handlungen entsprungen.*
- 11) *Joseph Silbermanns Ehefrau, deren Mann mit seinem Sohne emigrirt ist, führte sich allezeit als eine verdächtige und der Republik schädliche Person auf.*
- 12) *Niclaus Webers Frau, deren Mann mit einigen Kindern emigrirt ist kann nicht anders als verdächtig angesehen werden, weil ihr Mann sich in der Gebürg-Gegend aufhalten solle, indem ein Knäblein, das er mitgenommen einige Zeit nach seiner Auswanderung wieder zurückgekommen, und also leicht zwischen diesen Eheleuten eine Correspondenz statt haben kann.*
- 13) *Daniel Weimanns Frau, deren Mann emigriert ist, wird aus dem nähnlichen Grunde, weil ihr Mann schon etlichemal bei der Nacht solle nach Hauß gekommen sein als verdächtig erklärt.*
- 14) *Jacob Küsters Frau, die mit ihrem Mann emigrirt nachher aber wieder zurück-*



gekommen ist, kan nicht anders als eine höchst verdächtige Person betrachtet und behandelt werden.

- 15) Michael Schmit, der mit allen seinen Kindern sechse an der Zahl emigriert, einige Zeit nachher aber allein mit einem ungültigen Schein zurückgekommen deswegen aber arretirt und nach Hagenau geliefert worden, durch seine Ränke und Verstellungen wieder von dort mit einem auch nicht vielbedeutenden Schein zurück geschickt worden, auch noch dazu einen seiner Söhne, der unter einem fränkischen Dragonerregimente diente und von selbigem, während der Feind hier ware, nach Hauß kam, in seinem bösen Vorhaben begünstigt dessen militairische Kleider verändern lassen und seiner Desertion und Auswanderung hülfreiche Hand geleistet. – Dieser hat durch seine boshafte und schlangenartige Kunstgriffe – durch sein oftmals onermüdetes Bestreben und Laufen die Pläne der Aristocraten und Gegenrevoluzer zu begünstigen – überhaupt durch seine seit der Revolution bewiesene Handlungen und Gesinnungen schon lange nichts anderes verdient, als ein Verdächtiger und dem allgemeinen Wohl sehr schädlicher Mensch eingesperrt zu werden, und die allgemeine öffentliche Meinung der Republikaner erkennt ihm dieses wohlverdiente Loos zu.
- 16) Joel Baruch, dessen Sohn emigriert ist, hat von dem allgemeinen Rath das Zeugniß eines guten Bürgers erhalten weil sein Sohn seit etlichen Jahren nicht mehr über seinem Brod ware und daher ohne sein Wissen und Willen emigriert ist.
- 17) Johannes Mezger samt Tochter, dessen Tochtermann und Tochter samt den Kindern emigriert sind, ist ebenfalls allgemein verdächtig erklärt worden, weil sie durch ihre Anstiftung sich dieses Verdachts schuldig gemacht haben.
- 18) Eva Harderin, Niece des emigrierten Moritz Lips, hat die Auswanderung ihres Veters begünstigt, weil sie ihm seine Effekten fortgetragen und zum zweitenmale zurückgekommen, um noch mehr abzuholen, aber im Fortgehen auf dem Weege von den fränkischen Soldaten arretirt und zurückgewiesen worden. Aus diesem Grunde ist sie als eine Verdächtige anzusehen und als eine solche zu behandeln. Dieß ist nur in bester Kürze und nach der strengsten Unparteilichkeit von uns abgefaßt worden damit jeder für das Wol der Republik Edeldenkenden daraus erkennen kann daß wir niemanden ohne erhebliche und gründliche Ursache als verdächtig haben arretiren lassen und nichts anders dadurch getan haben, als das Beste unserer Einigen Republik, die von diesem Auswurfe der Menschen schon so manchen harten Stoß bekommen, desto besser und vester zu gründen. Oberbronn den 18.ten floréal im 2. Jahr der Einen und unzertrennlichen Frankenrepublique. (= 7. 5. 1794)

Einiges stimmt mit den beiden Emigrantenlisten nicht überein, so wäre Georg Müller nach der Neuensteiner Liste Witwer, während nach obigem Protokoll die Frau eines Georg Müller verhaftet wird. Die eines zweiten dieses Namens? Jakob Küster steht auf keiner der beiden Listen. Doch diese kleinen Abweichungen verändern das Gesamtergebnis nur ganz geringfügig.



Außer Herzel Israels Söhnen und Jakob Küster und dessen Frau, die wieder zurückgekehrt ist, finden wir alle hier aufgeführten Namen in den beiden Emigrantenlisten<sup>105</sup>. Andreas Kröli ist der Sohn des gleichnamigen verstorbenen Andreas Kröli. Verhaftungen von Verwandten, die geflohen waren, haben wir auch am Ende des letzten Krieges erlebt, es scheint eine Maßnahme zu sein, die Diktaturen gerne ergreifen. Von drei weiteren Verhaftungen wird am 2. floreal an 2 (21. 4. 1794) berichtet:

*Freiheit – Bruderliebe – Gleichheit*

*Mitbürger*

*Das Weißenburger Distrikt-Direktorium hat uns beiliegenden Procès-Verbal mit einem besondern Brief begleitet zugesandt, und uns darinnen aufgetragen folgende hiesige Personen Magdalena Makulerin, Ehefrau des Johannes Bauer, Christoph Rösler, Balthasar Schoch, Barbara Müllerin, Georg Müllers des hiesigen Emigranten und Spielmanns Ehefrau sogleich arretiren und nebst dem auf die Bezug habenden Procès verbal dem öffentlichen Ankläger des peinlichen Tribunals zu Straßburg zu überliefern. Wir senden dieselben also hiemit, und aus dem beiliegenden Procès verbal werden ihre Gesinnungen gegen die Constitution und ihre wohlthätige Geseze genugsam erkannt werden können und wie sie sich nach denselben verhalten haben. Die Barbara Müllerin sitzt seit 14 Tagen zu Straßburg im Arrest bei den andern Hiesigen als Anverwandten der Emigranten und als verdächtig erklärten Personen zufolge des von dem Volksrepräsentanten Bar vom 18. ten ventose (8. 3. 1794) gegebenen Arrete und der Deliberation vom Weißenburger Distrikt. Sie kann daher unter jenen in Arrest sizenden Personen gefunden und verhört werden. Wir verbleiben in Gruß und Bruderliebe Deine Mitbürger, die Munizipalität und der Gemeinde-Rath von Oberbronn, den 2. ten floréal, 2tes der Einen und onzertrennlichen Frankenrepublique.*

*P. S. Wir haben den Brief vom Distrikte beigelegt, weil die Prozeß Verbale nicht von einander getrennt werden konnten; Johannes Rößler ist desertirt, als er schon vor 14 Tagen mit den übrigen Suspecten arretirt und fortgeführt werden solte.*

Barbara Müller ist die einzige, die als Verwandte, Ehefrau, des geflohenen Georg Müllers, von dem wir hier hören, daß er Spielmann war, bezeichnet wird. Magdalena Makuler ist Ehefrau eines Johannes Bauer, geflohen ist ein verheiraterter Michael Bauer; auf der Emigrantenliste steht die Frau eines Johann Rößler, hier wird ein Christoph Rößler verhaftet; emigriert ist Johann Schoch (er ist auf der Neuensteiner List als Kind erfaßt), verhaftet wird ein Balthasar Schoch. Barbara Müller wurde schon 14 Tage früher verhaftet und nach Straßburg geschickt. Wir lesen in den Berichten 23 Namen von Verdächtigen insgesamt, von denen 22 verhaftet wurden, während einer sich durch Flucht vor der Verhaftung hatte retten können.

Am 6. thermidor an II (24. 7. 1794) werden auf Grund eines Gesetzes vom 21. mesidor (9. 7.) 19 Personen aus der Straßburger Haft entlassen. Das *Comité de*

105 Vgl. Anm. 98 und 99.



*Surveillance de la Commune de Straßbourg* stellt ihnen gleichzeitig einen Kollektivpaß aus<sup>106</sup>.

Die Emigranten flohen, um der Verhaftung und vielleicht Schlimmerem zu entgehen, ließen Hab und Gut im Stich, z.T. sogar nächste Familienmitglieder. Wie jeder Flüchtling hofften sie sicher, mindestens in der ersten Zeit, sie könnten wieder in ihre Heimat zurückkehren. Rodolphe Reuß befaßt sich denn auch mit den Heimkehrern der *grand fuite*. Es seien zwei Drittel ohne Berechtigung wieder heimgekehrt. Der Staat habe sie gar nicht gerne gesehen, waren es doch Widersacher. Und so wird im »fructidor« an V (September/Oktober 1797) bestimmt, daß die meisten das Land wieder verlassen müßten und zwar über Landau, Lauterburg oder Kehl. Im Kanton Niederbronn sollen 150 Infanteristen und 12 Reiter die Ausführung dieser Bestimmung unterstützen. In anderen grenznahen Kantonen ist die Rede von 200 Infanteristen und 20 Reitern. Die Widerspenstigen sollen eingesperrt werden. Aber die Verwalter des Departements sind vernünftig: »Wem soll die Bewachung dieser Individuen anvertraut werden? Ganze Gemeinden würden leer stehen; an die 20 Leute, die einzigen, die den französischen Boden nicht verlassen haben, wären die Wächter von 200 bis 300 heimgekehrten Flüchtlingen.« Die Landwirtschaft würde darniederliegen. Die Einheimischen scheinen fast überall verständnisvoll ein Auge zugedrückt und die Pariser Zentrale zur Mäßigung ermahnt zu haben<sup>107</sup>.

Dennoch befinden sich im Herbst 1799 immer noch zahlreiche Flüchtlinge vom Herbst 1793 in Straßburger Gefängnissen<sup>108</sup>. In den Akten konnten wir nur die Namen von zwei Oberbronnerinnen, den beiden Näherinnen Barbara und Maria Anna Schmidt, Töchtern des Schusters Johann Michael Schmidt, der mit dem mit fünf Kindern emigrierenden Michael Schmit identisch sein dürfte, er selber wohnt wieder daheim.

Das Direktorium in Paris (*Directoire exécutif*) beschließt höchstselber am 6. frimaire an V (26. 11. 1796), die beiden Mädchen seien endgültig als Emigrantinnen zu betrachten, ihr Eigentum sei zu verkaufen, ohne daß angegeben würde, was für schwerwiegende Missetaten sie begangen hätten. Laut ärztlichem Zeugnis vom 14. pluviöse an V (2. 2. 1797) sind sie von der Krätze befallen und in das Krankenhaus zu überführen. Da schreibt der Vater ein weiteres Gesuch, sie seien aus Angst vor der Schreckensherrschaft geflohen, um ihr Leben zu retten und seien krank

106 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340.25. Danach galt der Paß für folgende Namen:

famme Andoine Philipp	famme de Georg Mueller
famme Jean Bouchmann	famme Joseph Sielbermann
famme André Krölis	famme de Nicolaus Veber
Hertzel Israel	famme Daniel Weimann
famme Jacob Sielbermann	famme de Jacob Kister (= Küster)
famme Ignaz Veber	Jacob Baruch
famme Franz Viederholtz et sa fille	Jean Metzger et sa fille
famme de Reinhart Rießler (= Rößler)	Eva Hartin
Jean Veber	

107 Reuß (wie Anm. 94), S. 148.

108 Reuß (wie Anm. 94), S. 223.



gewesen, als Rückkehr im Rahmen des Gesetzes möglich war. Das Gesuch wird von der *Administration Centrale du Département* am 17. ventose an V (7. 3. 1797) verworfen. Was die beiden Mädchen Schlimmes verbrochen und warum sie gefährlich seien, erfahren wir nicht<sup>109</sup>.

Allgemein ist man 1797 von Regierungsseite den Emigranten immer noch nicht grün: Am gleichen Tage, an dem das Gesuch der beiden Schwestern Schmidt verworfen wird, schreibt die eben erwähnte Behörde der Verwaltung des Kantons Bischofsweiler: *Die Regierung hat uns mitgeteilt, Bürger, daß die Emigranten alles in Bewegung setzen, um auf unser Gebiet zurückzukehren: Sie begnügen sich nicht damit, falsche Pässe, Aufenthaltsbescheinigungen und Urlaubszettel zu benützen. Sie verwenden auch falsche Bescheinigungen von Krankenhäusern. Es ist Eure Pflicht, Eure Aufmerksamkeit, diesen verschiedenen Umständen, die eine Überwachung nötig machen, zu widmen. Besprecht Euch mit den Befehlshabern der mobilen Einsatzgruppen und den Gendarmerieoffizieren Eures Kantons. Fordert sie auf, häufige Patrouillen zu machen, die Fremden aufmerksam zu prüfen und die festzunehmen, die keine gültigen Papiere haben. Wir fordern Euch auf, uns über die Maßnahmen, die Ihr ergriffen haben werdet, zu unterrichten.* gez. Friesse und Barbier.

Am 7. floréal an V (26. 4. 1797) berichtet die Kantonsverwaltung an diejenige des Départements über die Rückkehr einer Menge Emigranten, die keine Erlaubnis zur Rückkehr haben.

Am 8. messidor an V (26. 6. 1797) meldet das Département den Gemeinden, es seien viele Emigranten, auch Priester und »ex-nobles« heimgekehrt, sie sollen innerhalb von 10 Tagen einem Gerichte zugeführt werden<sup>110</sup>.

Nach R. Reuß haben Überwachung und Festnahme der zurückkehrenden Emigranten, die sich zu einem großen Teile in der Pfalz und längs des Rheines aufhielten, der Departementsverwaltung viel Sorgen und Mühe bereitet, da sie immer wieder zurückkehrten, Unterstützung bei den verbliebenen Bewohnern fanden, ja, sogar durch Bewaffnete befreit wurden, wenn sie nach Hagenau ins Gefängnis gebracht werden sollten<sup>111</sup>. Erst langsam weicht das Mißtrauen. Bezeichnend ist die Begründung mit der einem Gesuch zugestimmt wird: Eine Frau Wagner, Witwe entweder von Heinrich oder von Lorenz Wagner, die beide 1793 geflohen waren, bittet 1806 die Finanzverwaltung, sie möge ihr Rückstände (arrérages) erlassen. Thomassin, der gleiche Direktor der Domänenverwaltung, der 1794 für die Beschlagnahme der Güter der Emigranten verantwortlich gewesen war, empfiehlt am 6. 8. 1806, der Bitte der Frau stattzugeben, da ihr Mann *das Land verlassen hätte mit jener Menge von Einwohnern, die vor der Schreckensherrschaft flohen*. Napoleon ist seit zwei Jahren Kaiser, er ist ein Kind der Revolution, doch deren Übergriffe werden nicht mehr gebilligt. Im Staat herrscht jetzt Ver-

109 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: 1 L 781.

110 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: 133 L 53.

111 Reuß (wie Anm. 94), S. 148–162.



ständnis für diejenigen, die sich vor den Danton, Robespierre, Saint-Just, Lebas in Sicherheit gebracht hatten<sup>112</sup>.

Aufschlußreich ist ein Protokoll, das einst im Oberbronner Archiv lag, vom 17. frimaire an II (= 7. 12. 1793). Ein am 13. frimaire ernannter Kommissar habe sich danach am 17., also zu einer Zeit, als südlich von Oberbronn immer noch erbittert gekämpft wurde, nach Oberbronn begeben, wo er die Munizipalität und den Gemeinderat zusammenrufen ließ und diesen den Zweck seiner Mission bekanntgegeben habe *besonders wegen der schon gemelten Personen*. Nach Schluß der Sitzung *befanden sich einige Burger, welche sich erlaubten und pflichtmäßig fanden noch einige nicht Denoncirt zu denonciren*. Er hielt es für wichtig, sie *noch einmal an ihre Pflichten zu erinnern Sie zu warnen, nicht anderst als republikanisch das ist gewissenhaft, gerecht und unpartheilich zu reden*. Georg Boss erklärt von Johannes Rößler<sup>113</sup>, Invalide, daß er weder seine familien den Gottesdienst der geschworenen ehemaligen Geistlichen beygewohnt, daß seine Frau samt seinen drey Söhnen bey dem ersten Rückzug des Feindes ... sich fortbegeben Johannes Lang und Samuel Rathgeber bestätigen dieses. Rößler wird auf das Rathaus gerufen. Er antwortet: *Es ist wahr daß er niemahl in die Kirche gegangen, allein er glaubte frey in Religionswerken zu seyn und daß seine Frau samt seinen Söhnen von hier fort seye und Ihn verlassen seye Ihm Leid genug, er als Schwächlich und kränklicher Mann hätte sie nicht halten können*.

Philipp Fauth, Bernhard Fauth und Christina Gleichner erklären, der Vetter von Josef Bächelheim sei in der Wohnung Bächelheims von Philipp Fauth provisorisch verhaftet worden. Darauf habe Bächelheim ausgerufen: *Jetzt will er erst das Feuer anzünden wenn es noch keine Ruh giebt vor seinen Vetter*. Samuel Rathgeber, Ernst Friedrich Stumpf und Johannes Lang erklären, daß sie Bächelheim auf ihrer Flucht in Zabern gesehen haben *und schließen sämtlich, daß er sich aus keiner andern Absicht allda befunden habe als um unsere Armée auszusehen ...*

Bächelheim wurde vor den Kommissar geladen, dieser hat ihm das Protokoll vorgelesen *worauf seine Antwort erfolget, er habe nicht gesagt »Jetzt will ich erst das Feuer größer machen, weil es doch keine Ruh giebt«, sondern er hat gesagt, so redet er: »Giebt es denn keine Ruhe Sie machen das Feuer allzeit größer in der großen Unruhe wo wir sind.« Und was gegen ihn von Zabern ist ausgesaget worden seye grundfalsch, indeme er schon länger als drey Monath nicht mehr da gewesen wäre ...*

Die Bürgerschaft ist gespalten, es herrscht Unfrieden, das Denunziantentum blüht. Einer, der nicht zurückgekehrt ist, ist Michel Bauer, seine Eingabe vom 1. 10. 1814 aus Baden-Baden, zu einer Zeit also, als in Paris wieder ein Bourbone herrschte, entbehrt nicht einer gewissen Würze. Außerdem gibt das Gutachten des Bürgermeisters auch einen Hinweis, wie es möglicherweise zur Plünderung des Schlosses gekommen ist. Er sei Seifensieder und Kerzenmacher und bittet um Rückgabe des nicht verkauften Gutes. Als junger Bursche sei er mit seinem spätern Schwiegervater Friedrich Brudermann emigriert, Möbel, Kerzen, Seife, Werkzeug

112 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: Q4597.

113 Im Protokoll fälschlich Rießler.



habe er im Werte von 3000 Fr. besessen, die seien nie verkauft worden, wie ihm die Domänenverwaltung bestätigt habe.

Der Unterpräfekt von Weißenburg schickt am 9. 11. 1814 das Gesuch zur Stellungnahme an den Bürgermeister von Oberbronn. Dieser antwortet am 19. 11. 1814, alle bezeichneten Grundstücke seien unter dem Namen Brudermanns eingetragen gewesen und sind auch unter diesem Namen versteigert worden. Was Möbel und Werkzeuge betrifft, die Michael Bauer anführt, könne er nur sagen, daß, als die deutschen Truppen, mit denen Brudermann und Bauer fort sind, zurückgeworfen worden waren, die französischen Truppen vier Wochen lang um Oberbronn herum biwakierten. Die Häuser der Emigranten sind geplündert worden, bis das »District« Kommissare geschickt hat, die die Türen versiegelt haben. Was sich damals noch darin befand, sei später durch die Kommissare öffentlich versteigert worden. Der Bittsteller sei nicht guten Glaubens, er wisse wohl, daß nie in der Stammrolle Boden auf seinen Namen eingetragen war. Was Möbel und Werkzeuge betrifft, seien die nie 600 Fr. wert gewesen, denn die Familie Bauer zählte immer zu den Armen in der Gemeinde, der Vater sei Wilderer gewesen. Der Unterpräfekt gibt dieses Gutachten am 25. 11. 1814 an den Präfekten in Straßburg weiter.

Die Bemerkung über die Truppen, die um Oberbronn biwakierten und die Häuser der Geflohenen plünderten, läßt aufhorchen: Auch Prinz Karl Ernst war geflohen, war ein Emigrant, hatte mit der Waffe in der Hand gegen das revolutionäre Frankreich gekämpft. Sollten diese Truppen auch das Zeichen zur Plünderung des Schlosses gegeben haben? Es wäre jedenfalls sehr erstaunlich, wenn sie nicht wenigstens sich daran beteiligt hätten<sup>114</sup>.

#### Auch Patrioten wurden denunziert

Es bedarf keiner großen Fantasie, um sich auszumalen, wie sehr solche Verdächtigungen, Denunziationen, Verhaftungen das Leben einer Gemeinde belasteten, doch wäre es verkehrt, nur den Republikanern solche Gehässigkeiten, Unduldsamkeiten zuzutrauen. Der gegenseitige Haß muß in beiden Lagern riesengroß gewesen sein. Nach Oberbronn kam im Herbst 1793 nur der Fürst mit der ihn schützenden Abteilung, der Ort wurde nicht von den Truppen Wurmsers besetzt, diese bezogen ihre Quartiere weiter südlich. Dort hatten nun wieder die Gegner der Revolution die Oberhand.

Nach dem zur Herrschaft Oberbronn gehörigen Merzweiler konnte der frühere Schultheiß Josef Dürrheimer zurückkehren. Seine Frau war in Merzweiler geblieben und als Verwandte eines Emigranten verhaftet worden. Als er zurückkehrte, richtete er ein Schreiben an die Herrschaft, in dem er mitteilt, daß an die 30 Merzweiler von den Revolutionären verhaftet worden seien, fünf seien immer noch eingekerkert, darunter seine Frau. Dann verzeichnet Dürrheimer die



»Unmenschen«, die auf der republikanischen Seite stehen und die Schuld an diesen Verhaftungen tragen. Er zeigt, wie verbissen und gehässig auch die andere Partei geworden war. Wir erinnern uns: Die Merzweiler waren die Anführer des Aufruhrs Ende Juli 1789 gewesen, und überall erscheinen sie als die aktivsten Gegner des Feudalsystems. Der Bericht enthält die Namen derjenigen, die wohl am heftigsten den Aufruhr predigten. Jacob Clad wird bezichtigt, die Revolte gegen den Fürsten angefangen und geleitet zu haben. Ein Datum trägt der Bericht<sup>115</sup> nicht, doch kann er erst Mitte Oktober 1793 geschrieben worden sein, zu einer Zeit, in der Dür rheimer im Schutz von Wurmsers Armee aus der Emigration zurückgekehrt war und hoffte, die alten Zustände würden endgültig wiederhergestellt sein.

*In Merzweiler befinden sich die Größten unmenschen, die Raßensten patrioten in der Gantzen Gegend, dieße unmenschen haben die Gantzen Burgerschaften der gegend zu Revoltieren angestiftet, und mit denen übrigen jacobiner der gegend die Best denkende Bürger, die Ihrer unmenschlichkeit und ungerechtigkeit Nicht wolten Beyfallen, in daß Gröfste Elend gestürztet, denen Bey dreyßig in Ketten und Banden werfen lassen deren würcklich Noch fünf Nebst deß schultheißen Ehefrau In den Händen von der Königs-Mörder und Räuber-Horden in Ketten und Banden in der gefangenschaft zu Straßburg schmachten, und vielleicht alda grausamerweiß daß leben Ein Büßen, alle grausankeiten seind von folgenden provisorischer Municipalitaet und Notabeln begangen worden:* Es folgen die Namen dieser Unmenschen, die entweder in gewöhr gegen die armée stehen, oder von denen Jacobiner Ihren Brüdern zu Municipal Beamten ernant worden sind<sup>116</sup>.

Wie in Oberbronn so sind auch in Merzweiler nach dem Berichte Dür rheimers Republikaner vor der Armee Wurmsers geflüchtet. Er erwähnt derer drei, unter anderem den *maire Strentz*. Waren es vielleicht diejenigen, die am emsigsten die 30 Verhaftungen, von denen Dür rheimer schreibt, betrieben hatten? Natürlich sind dann umgekehrt beim Rückzug Wurmsers aus Merzweiler wieder viele geflüchtet. Das Schreiben Dür rheimers wurde herangezogen, um zu zeigen, wie auf beiden Seiten die Wogen des Hasses hoch gingen, besonders wenn in einem und dem gleichen Orte zwei Männer von der Art Dür rheimers und Clads sich gegenüber standen. So viele wie in Merzweiler waren in Oberbronn vor dem Rückzuge Wurmsers nicht verhaftet worden, wir hören nur von Jacob Krebs und Gertraud Lips, geb. Brixner, die in Mirecourt einsitzen. Es können natürlich auch mehr gewesen sein.

Wir erfahren nicht, wie Prinz Karl Ernst auf den denunziatorischen Bericht Dür rheimers reagiert hat. Wenn er etwas hätte unternehmen wollen, so hätte er dazu wenig Zeit gehabt, da er selber sehr bald Oberbronn wieder verlassen mußte. Auch ist nicht sicher, daß dieser Bericht ihn in Oberbronn erreicht hat: Wußte

115 HZAN, Archiv Niederstetten, Bü 80.

116 Wie Anm. 114. Zu dem Verfasser des Berichts, zu Dür rheimer vgl. *Reuß* (wie Anm. 94) S. 178. Die dort erwähnten Protokolle der Commission Militaire vom 19. 7. 1798, die sich immer noch mit Emigranten, Denunziation bzw. Gegendennunziationen befaßten, zeigen deutlich, wie lange die Unruhe in der Bevölkerung anhalten sollte.



Dür rheimer, daß er dort war? Er könnte ihn auch nach Bartenstein geschickt haben, obwohl dies in Anbetracht der Verhältnisse schwierig gewesen wäre. Wie der Prinz dachte, zeigt seine Ermahnung an die Bürger seiner Herrschaft Oberbronn vom 14. Juni 1792.

### Manifest des Prinzen

Das Kriegsmanifest, das Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Lüneburg, der kommandierende General der vereinigten österreichischen und preußischen Armeen, am 27. Juli 1792 an die französische Bevölkerung gerichtet hat, ist bekannt. Verfasser war der Emigrant Marquis de Limon. Der Herzog soll es nur widerwillig unterzeichnet haben. Es atmet den Geist der vor der Revolution geflüchteten Adeligen, die nicht begreifen konnten, was in ihrem Heimatlande geschehen war und weiterhin geschah, und über die Beleidigungen, die ihr Oberhaupt, der König von Frankreich, erdulden mußte, empört waren. Sie waren fest davon überzeugt, daß die alte Ordnung bald wiederhergestellt werden würde. Wie konnte auch eine rasch zusammengewürfelte Truppe den erfahrenen Armeen des Kaisers und des Königs von Preußen widerstehen! Daß dieses Manifest infolge der Verkennung der Lage und des psychologisch gänzlich verfehlten Tones genau das Gegenteil des Erstrebten bewirkte, wird von niemandem bezweifelt.

Nicht uninteressant ist, daß Prinz Karl Ernst ein von dem gleichen Geist beseeltes Manifest an die Bürger seiner Herrschaft erließ und zwar schon am 14. Juni, also sechs Wochen vor dem Manifest des Herzogs an die Franzosen.

Prinz Karl Ernst formulierte<sup>117</sup>:

*An die Bürger und sämtliche Gemeinden Oberbrunner Herrschaft Fürstlich-Hohenlohischen Anteils.*

*Weil ich zuversichtlich glaube und hoffe, daß Ihr noch nicht aller Pflicht- Ehr-Rechtschaffenheit- Menschengefühl und Religion vergessen seyd, daß Ihr durch jenen gottlosen, tollhirnigen Schwindel-Geist zwar angeblaßen, doch noch nicht gänzlich verrückt, wilden Thieren ähnlicher als Menschen seyd, daß Ihr an einen gerechten Gott, an Gesetze, an Obrigkeit und Herrschaft noch glaubt, daß Ihr das Eigenthum eurer Nachbarn und Freunden erkennt, in einem Wort: daß Ihr noch Menschen seyd, kein verruchtes Räuber- und Mörder-Gesindel, und Euch noch jener vielfältigen Gnaden erinnert, so Ihr stets von eurer Herrschaft empfangen habt, So übergieb ich euren Schutz meine Beamte, Dienstleute, Schloß und gänzliche Haabschaften mit wahrem Vertrauen, daß es meinen Oheim und mich nicht reuen wird soviel Geld ausgegeben zu haben, um eine geziemende Wohnung unter Euch zu haben und unter Euch dasjenige, was Gott mir zugeteilt, und meine Vorfahren mir überlassen haben, ruhig und angenehm einsten zu genießen.*

*Betraget Ihr Euch in diesem Stück bey gegenwärtigen Umständen solcher maßen, daß Ich keine Klage wider Euch habe, So könnt Ihr versichert seyn, daß die Oberbrunner Herrschafts-Gemeinde, Bürger und deren Haabschaften noch von den Oesterreichi-*

<sup>117</sup> HZAN, Archiv Niederstetten, Bü 80.



*schen noch von den Preußischen, noch was immer anderen Truppen :wann Ihr Euch still und ruhig haltet: das mindeste zu besorgen haben werden, und Ich mir selbst ein wahres Geschäft daraus machen werde, Euch alle Sicherheit und Ruh zu verschaffen. Im widrigen Fall aber, da Ihr Euch erlauben solltet, meine Leute und Habschaften anzutasten, zu beleydigen, unter dem boshaften – und elenden Vorwand: als wäre Ich Euer Feind, etwa gar zu verheern, könnt Ihr Euch vergewißert halten, daß Ihr einer gar baldigen- billigen Strafe durch Ansteckung eurer eigenen Wohnungen, Zerstörung eurer Güter, und den wohlverdienten Galgen nicht entgehen werdet.*

*Dießes ist, Bürger! in jedem Fall mein ernstliches Versprechen, dem ich heilig getreu verbleiben werde; Es steht also bey Euch eurer Pflicht, eurem Gewissen und Ehre genug zu thun, oder Euch so vielen Wüterichen und Unthieren zuzugesellen.*

*Der Ich übrigens in Hoffnung eines guten Betragens euer wohlmeinender und für Euch gut gesinnter verbleibe. Bartenstein den 14 Juny 1792✕*

*Carl Prinz zu Hohenlohe und Waldenburg-Bartens*

Im Herbst 1790 hatte der Prinz noch einmal mehrere Wochen in Oberbronn im neu erbauten Schloß zugebracht<sup>118</sup>. Er reiste im Jahre 1791 viel, kam zu Anfang 1792 nach Hechingen und Donaueschingen, um bei seiner Rückkehr nach Bartenstein zu erfahren, daß sein Vater und der Fürst von Hohenlohe- Schillingfürst auf das Drängen seines Oheims, des Prinzen Josef, die französische Emigrantenlegion auf hohenlohischem Boden aufgenommen hatten und sich außerdem bemühten, zwei hohenlohische Regimenter, die in die Emigrantenarmee eingegliedert werden sollten, aufzustellen<sup>119</sup>. Dies alles entgegen dem Wunsche des Kaisers. Die Prinzen Ludwig Aloys und Karl, Söhne des Fürsten Ludwig Leopold, werden im Juni 1792 Inhaber der beiden Regimenter. Die Erklärung an die Bürger der Herrschaft Oberbronn verfaßt Prinz Karl Ernst kurz bevor er Offizier der Emigrantenarmee wird. Ist er in der Abfassung seiner Erklärung von französischen Emigranten beeinflusst worden? Es ist nicht nachweisbar, sie atmet aber, etwas gröber und mehr von oben herunter – es spricht ja der Herr zu seinen (ehemaligen) Untertanen – den gleichen Geist wie das »Kriegsmanifest« und die gleiche Überzeugung, daß die alten Zustände bald wiederhergestellt sein würden. Der Prinz wendet die gleiche Methode an: Zuckerbrot und Peitsche, um die Bürger seiner Herrschaft dazu zu bewegen, sich von dem Pariser »Schwindelgeist« abzuwenden. Tun sie das nicht, will er ihre Wohnungen anstecken lassen, genau wie der Herzog von Braunschweig dies den Parisern androht.

Mindestens eine geistige Verbindung besteht also zum »Kriegsmanifest«. Sprachlich hatte der Prinz keine Veranlassung, sich für die Abfassung an einen französischen Emigranten zu wenden, seine Untertanen hätten einen französischen Text doch nicht verstanden. Außerdem beherrschte er von seiner Straßburger Zeit her, als er am Hofe des Bischofs Rohan verkehrte, die französische Sprache. Es bleibt die Frage, ob der Aufruf des Prinzen überhaupt die Oberbronner erreicht hat.

<sup>118</sup> Archiv für Hohenlohische Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 29) S. 320.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 324.



Unser Text, vom Prinzen eigenhändig unterschrieben, liegt im Neuensteiner Archiv. Im Elsaß wurde davon bisher keine Spur entdeckt. Ist er überhaupt dorthin abgeschickt worden? Er hätte nur an Rentmeister Roeger, Forstmeister Teichmann oder Notar Demeuré geschickt werden können, und diese, eingeschüchtert wie sie waren und Lage und Stimmung aus Erfahrung besser kennend als ihr in Bartenstein lebender Herr, würden sich wohl schon um ihrer eigenen Sicherheit wegen gehütet haben, einen derartigen Text bekanntzugeben. Wie dem auch sei, die Parallele zum Manifest des Herzogs von Braunschweig ist aufschlußreich, zumindest für einen Teil der im Elsaß und in Lothringen begüterten Stände.

### Das Schloß wird zerstört

Der hohenlohische Teil des Schlosses Oberbronn mitsamt den dazugehörigen Gütern wurde am 14. 10. 1792 durch Pfarrer Vierling, den Kommissar der Regierung, unter Sequester gestellt.

Prinz Karl Ernst hat bei seinem Besuch im Herbst 1793 sicher ohne jedes Bedenken die Siegel, die als Vorboten der Enteignung an seinem Besitze angebracht worden waren, erbrochen. Diese waren allerdings auch ein gewisser Schutz des praktisch herrenlosen Gutes gegen Eindringen und ungesetzliche Besitzergreifung durch Private gewesen. Am 25. November 1793 gibt es aber kein Halten mehr: Prinz Karl Ernst hatte sich mit den königlichen Lilien an seiner Uniform in Oberbronn gezeigt, das österreichische Heer zog sich zurück, Hoche hatte eine Abteilung französischer Soldaten um Oberbronn gelegt. Oberbronner »Patrioten« sind selbstverständlich zu den um den Flecken lagernden Soldaten Hoches gegangen und haben sich, soweit sie etwas Französisch beherrschten, mit ihnen unterhalten. Nichts ist natürlicher, als daß sie ihnen dabei erzählt haben, daß vor kurzem ihr ehemaliges Oberhaupt als Offizier der Emigrantenarmee, deren Abzeichen, die drei Lilien, er an der Uniform trug, sich einige Tage in seinem ehemaligen Schlosse aufgehalten habe. Vielleicht kamen auch die Tritte, die dem evangelischen Pfarrer versetzt worden waren, zur Sprache. Ebenso natürlich ist, daß diese Soldaten daraufhin sich die herrenlose Behausung des *Feindes der Nation* aus der Nähe angeschaut haben. Und was hätte sie davon abhalten sollen, in das Schloß einzudringen? Die Siegel hatte der Prinz ja selber entfernen müssen. Hat so die Plünderung angefangen? Einen wichtigen Hinweis, wie es zur Plünderung des Schlosses gekommen ist, finden wir in einem Brief des Bürgermeisters Müller vom 19. 11. 1814 an den Unterpräfekten von Weißenburg im Zusammenhang mit der Klage des 1793 geflüchteten und nun in Baden-Baden wohnenden Michael Bauer. Wir erinnern uns: Chuquet berichtet von Kämpfen um Niederbronn am 23. 11. 1793; Prinz Karl Ernst schreibt, das Schloß sei am 25. 11. geplündert worden. Der Brief des Bürgermeisters dürfte diese beiden Anhaltspunkte ergänzen<sup>119a</sup> (Übersetzung) ... *Als die deutschen Truppen, mit denen sie fort sind, zurück-*

<sup>119a</sup> Archives du Département Bas-Rhin; Q 3053. Die Schilderung von 1814 wird durch unmittelbare zeitgenössische Berichte bestätigt, die betonen, wie sehr die Einwohner Niederbronns unter republikanischen und feindlichen Truppen zu leiden hatten. ABR 1 L 1350 und 1 L 1294.



*geworfen worden waren, sind die französischen Truppen vier Wochen lang um unsere Gemeinde im Biwak verblieben, worunter alle Bewohner gelitten haben. Aber die Häuser der Emigranten sind geplündert worden bis zu dem Augenblick, da das Distrikt Kommissare geschickt hat und diese die Türen versiegelt haben. Alles, was sich noch darin befand, wurde später durch diese Kommissare öffentlich versteigert.*

Die siegreichen republikanischen Truppen haben keinen Grund, das Schloß eines sie bekämpfenden Emigranten zu verschonen. Sie dringen in die leerstehenden Gebäude der Emigranten ein, plündern sie nach Bedarf und verschonen ansonsten auch nicht die zurückgebliebenen Einwohner mit den üblichen Quartierlasten. Möbel konnten Hochs Soldaten nicht gut mitnehmen. Als sie weitergezogen sind, blieben aufgebrochene, durchwühlte und nun wieder leer stehende Häuser zurück. Die Versuchung für die selbst unter den Wirrnissen leidende Bevölkerung war groß, die Scheu, in die herrschaftliche Behausung einzudringen, nach der ersten Plünderungswelle verschwunden. Als das Mobiliar fortgetragen war, kamen Türen, Fenster, Fensterläden und sogar schwere eiserne Gitter dran. Jeder konnte nach Belieben nehmen, was nicht niet- und nagelfest war.

Es ist zu bemerken, daß nur der hohenlohische Teil des Schlosses angetastet wurde, nicht der lewenhauptsche, da die Gräfin, nunmehrige *Citoyenne Lewenhaupt*, inmitten der Wirren tapfer aushielt und damit ihrem Sohn das Erbe sicherte<sup>120</sup>. Der untere und kleinere Teil des Schlosses blieb also in diesen Wirren unangetastet.

Es hatte zwar schon mancher Angriff auf Recht und Gut der herrschaftlichen Besitzer stattgefunden. Erinnern wir daran, daß bei dem Aufruhr vom Juli 1789, genau wie in anderen Gebieten des Königreiches, es den Anstürmenden nicht zuletzt darum gegangen war, aus Urkunden in den herrschaftlichen Archiven zu erweisen, daß Klöster wie Adel ehemaligen Besitz und ehemalige Rechte der Untertanen usurpiert hätten. Die Bewohner der Waldgemeinden gaben die mitgenommenen Urkunden zurück, wohl weil sie damit nicht viel anzufangen wußten, verlangten sie aber wieder, als sie erfuhren, daß die Merzweiler ihre Beute behalten hatten<sup>121</sup>. Den herrschaftlichen Archiven wurde von Anfang an in ganz Frankreich von den einstigen Untertanen große Bedeutung zugemessen; und die Regierenden in Paris kamen dieser Haltung bald entgegen: In der Hauptstadt eines jeden Departements wurde ein Departementalarchiv angelegt, das die kirchlichen und herrschaftlichen Archive sammeln und aufnehmen sollte. So wurden diese vor Zerstreuung und Zerstörung geschützt. Doch brauchte es Zeit, dieses Sammeln zu verwirklichen.

Auf höhere Anweisung oder wohl eher von sich aus kümmert sich die Gemeinde Oberbronn um das herrschaftliche Archiv, das ein gemeinsames war, da die Herrschaft ursprünglich eine Einheit dargestellt hatte und erst im 18. Jahrhundert

120 August Friedrich Karl Ludwig (1752–1810). Durch seine Tochter Augusta Karoline Charlotte Luise kam es an den Grafen Karl August von Stralenheim, einen französischen Obersten.

121 HZAN, Archiv Bartenstein, Bü 78.



in den hohenlohischen, den lewenhauptischen und den dieterich'schen Teil zerfallen war. Der Auflauf vom Juli 1789 hatte Beamte und Besitzer alarmiert. Rentmeister Roeger schlug am 30. 6. 1790 vor, den in der Rentmeisterei lagernden Teil des Archivs in das Schloß zu verbringen. Er schreibt, der Fürst habe kurz vor seiner Abreise erklärt, daß er *das privat Archiv und übrige Rentey Schriften in beßerer Sicherheit und im Fürstl. Schloß untergebracht wissen möchte*. Es sollte in das *Winterlogis über der Fürstl. Schloß Küche* kommen. Um diese Zeit schreibt auch Teichmann von einer Sicherung des Archivs. Sie möchten es mit Hilfe der Gräfin Löwenhaupt nach Straßburg bringen. Notar Demeuré meine, nur das Archiv sollen sie zu retten versuchen, die Möbel könne man nicht transportieren, das sei zu kostspielig und außerdem zu unsicher. Die Widersetzlichkeiten der Bauern zu Merzweiler und *im Gebürg* scheint die Beamten daran zu mahnen, daß der Geist vom Juli 1789 immer noch umgehe. Das Schloß schien ihnen kein sicherer Ort mehr zu sein. Herrschaft wie deren Beamte sehen ihrerseits in den Urkunden einen Nachweis der herrschaftlichen Rechte, der in jedem Fall gesichert werden muß<sup>122</sup>. Die Gemeinde ihrerseits wendet sich am 7. 7. 1792 an den Friedensrichter in Niederbronn und drückt die Befürchtung aus, viele Urkunden *die das Eigenthum der hiesigen und anderer Gemeinden darthun und bestätigen*, könnten durch die Herrschaften verschleppt und vernichtet werden, oder sie könnten zugrundegehen<sup>123</sup>. Der Friedensrichter, die oberste juristische Behörde des Kantons, wird dafür verantwortlich gemacht, daß nichts aus dem Archiv, bis jetzt eigentlich privatem Eigentum der Herrschaften, verschwinde. Hier handelt nicht eine aufgebrachte Masse, sondern eine gewählte und verantwortliche Körperschaft, die genau weiß, worum es geht.

Fast ein Jahr lang lesen wir nichts mehr über das Archiv. Am 23. 4. 1793 wird der »receveur séquestre« in Niederbronn aufgefordert, es nach Straßburg bringen zu

122 Wie Anm. 121.

123 Archives du Departement Bas-Rhin; Sign.: 8 E 340,25

Act an den Friedens Richter des Cantons Niederbronn

Unterzeichnete Municipalität hat zuverlässige Nachricht, dass das dahier im Schlosse aufbewahrte Archiv der ehemaligen hiesigen Herrschaften ehester Tagen nach Strassburg gebracht werden soll. In Betracht nun dass besagtes Archiv sehr viele Urkunden enthalte und das Eigenthum der hiesigen und anderer Gemeinden darthun und bestätigen, dass ferner aus dieser Transportation des Archivs die schrecklichsten Unruhen entstehen Könten, welchen zuvorkommen ihre Amts und Bürgerpflicht sie auffordert, so protestirt sie nicht nur durch gegenwärtigen Act im Namen ihrer Mitbürger aufs kräftigste und feierlichste gegen jede unternehmung der ehemaligen Herrschaften und ihrer Beamten, wodurch entweder das ganze Archiv oder irgend eine Schrift oder Urkunde aus dem bisherigen Verwahrungs Orte weggenommen oder entfernt werden könnte sie fordert zugleich hiemit den Herrn Friedens=Richter des Kantons auf, alle Macht anzuwenden, die Ihm das Gesez giebt, damit das hiesige Archiv an keinen andern Ort gebracht werde, sondern an dem bisherigen unversehrt verbleibe: sie macht deswegen hiermit besagten Herrn Friedens=Richter verantwortlich für jede Veränderung, Transportation oder Deplassement, welche mit dem hiesigen Archiv vorgenommen werden möchten; wie auch für alle folgen, welche daraus entstehen könnten, wenn derselbe die durch das Gesez erlaubten und vorgeschriebenen Maasregeln nicht gehörig ergreifen und anwenden würde, sie zeigt demselben an, dass sie das Departements-Direktorium von diesem ihrem Vorschritte schon benachrichtiget, und dasselbige auch bei dem Herrn Königs-Commissarius des Weissenburger Tribunals thun werde; sie begehret endlich von dem Herrn Friedens=Richter über diese ihre gegenwärtige Deklaration, Protestation und Sommaton Act, und behält sich übrigens alle weitem nötige Handlungen vor. So geschehen Oberbronn im Gemeinde=Hause den 7ten Juli 1792 im vierten Jahre der Freiheit.



lassen. Die Antwort lautet, dies werde geschehen, sobald die *Citoyenne Loewenhaupt* und der *Citoyen Dietrich*, beide Mitbesitzer, ihren Rentmeistern die Ermächtigung dazu gegeben haben<sup>124</sup>.

Am 26. fructidor an 4 (12. 9. 1796) ist noch nichts geschehen. An diesem Tage schreibt der »Commissaire du Pouvoir Exécutif près de l'Administration Municipale du Canton de Niederbronn« an »l'Administration du Département du Bas-Rhin«, am 21. fructidor (7, 9.) habe das Département angeordnet die Siegel von dem Archiv des »Château d'Oberbronn« abzunehmen, die Urkunden zu inventarisieren und alles an das *Bureau des Archives* des Départements zu überführen. Die *Citoyenne Loewenhaupt* habe das Département um diese Maßnahme gebeten. Sie hätte dieses jedoch darauf aufmerksam machen müssen, daß seit den Kriegseignissen von 1773 (verschrieben für 1793), die den Feind in das Unterelsaß geführt haben, die Siegel mehrfach gebrochen worden seien. Es sei anzunehmen, daß diese Gewaltanwendung bewußt erfolgt ist und daß Urkunden durch Böswillige entfernt worden sind. Die Protokolle über diese Einbrüche seien vorhanden, und der Munizipalagent, der das Loch wieder hat zumauern lassen, habe ihm versichert, daß die Urkunden in fürchterlicher Unordnung herumliegen, so daß die Erstellung eines Inventars einen zu dieser Arbeit bestellten Kommissar mehrere Monate beschäftigen würde<sup>125</sup>.

Außerdem erfordere eine solche Überführung Kisten, die herstellen zu lassen, er nicht auf sich nehmen könne, ohne die Gewißheit, daß diese Kosten sowie die für die Erstellung eines Inventars von der interessierten Seite übernommen würden. Dies müßte der Bürgerin Loewenhaupt klargemacht werden.

Es sei noch zu bemerken, daß mehrere Nachbargemeinden behaupten, in Urkunden den Beweis finden zu können, daß die ehemaligen Herren sich manches widerrechtlich angeeignet hätten, und daß dieser Beweis es ihnen ermöglichen könnte, frühern Besitz zurückzuerlangen. Daher meine er, es sei nicht möglich, ihnen das Recht zu verweigern, durch einen Vertreter dem Abnehmen der Siegel und der Inventarisierung beizuwohnen. Gez. Wild

Von anderer Hand steht auf dem Briefe die Bemerkung, daß das Inventar »au département«, d. h. wohl auf dem Straßburger Departementalarchiv, angefertigt werden soll.

Im gleichen Büschel liegt ein Brief der Bürgerin Loewenhaupt mit der Bitte um Abnahme der Siegel und daß ihr die ihr zustehenden Urkunden ausgehändigt werden. Dies ist wohl der von Wild erwähnte Brief. Von Straßburg werden schließlich Wagen nach Oberbronn geschickt, um das Archiv abzuholen.

Am 15. prairial an 8 (4. 6. 1800) wird in Straßburg festgestellt, daß das Oberbronner Archiv Archivalien enthalte, die die Bürgerin Loewenhaupt betreffen. Diese

124 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: Q 2708.

125 Ebenda; Sign.: Q 4501.



beziehen sich meist auf andere Orte als Oberbronn. Es seien 90 Rechnungsbücher darunter<sup>126</sup>.

Dem Brief vom 12. 9. 1796 nach ist also der Archivraum, der im neuen Schlosse lag, erbrochen worden. Zwischen dem 12. 9. 1796 und dem 4. 6. 1800 wurde das Archiv nach Straßburg verbracht, wo es seither im Departementalarchiv ruht. Erinnern wir daran, daß schon 1669 bei dem Überfall durch den Pfalzgrafen Adolf Johann von Birkenfeld viele Urkunden verbrannt oder den Pferden der Söldner zur Streu vorgeworfen worden sind. Daher enthält der Oberbronner Bestand verhältnismäßig wenig, das aus der Zeit vor diesem Datum stammt.

Am 14. Oktober 1792 beschlagnahmt der evangelische Pfarrer Vierling als »Commissaire à la séquestration des biens, rentes et revenus du Prince de Hohenlohe au profit de la nation« die Güter des Prinzen, stellt ein Inventar der Mobilien auf und versiegelt sämtliche Türen des Schlosses, noch ehe feststeht, daß der Prinz rechtmäßig zu den Emigranten gerechnet wird. Am 7. 11. 1792 ernennt derselbe Vierling den bisherigen Rentmeister Röger zum *receveur* und der Ernannte muß sich wie auch die anderen herrschaftlichen Beamten gemäß Anordnung aus Paris zum Dienst an der Republik verpflichten.

Aus dem Archiv hatten die Merzweiler und die *Leute aus dem Gebürg* schon im Juli 1789 unrechtmäßig Urkunden entfernt. Aber von Verkäufen erfahren wir erst nach der Ernennung Vierlings und zwar zuerst von solchen verderblicher Erzeugnisse: Am 17. 10. 1792 verkauft er Trauben, am 20. 10. 1792 Gartenprodukte im Werte von 17 Pfund 3 ß 9 d. Am 14. Februar 1793 verpachtet er in den Oberbronner und Merzweiler Bännen zur *hohenlohischen Sequestrations Cantzley* gehörige Güter. Am 17. 9. 1793 befiehlt der *Receveur principal des Domaines et des biens séquestrés* dem ehemaligen Rentmeister Roeger, die Weinlese *zugunsten der Republik* vornehmen zu lassen. Am 27. 9. 1793 antwortet Roeger, der Ertrag werde unter drei bis vier *mesures* betragen, es lohne sich nicht selber zu keltern, es sei vorteilhafter, die Trauben zum gängigen Preis, der sehr hoch sein wird, zu verkaufen. Dies wird genehmigt<sup>126a</sup>.

Von Verkauf des Mobiliar oder Grundstücke lesen wir erst im Jahre 1795, so am 1. vendémiaire an 4 (23. 9. 1795). Es werden verkauft: 7 *arpents* Ackerland, 43 *arpents* Wiese, 4,75 *arpents* Kastanienwald, 2,25 *arpents* Reben. Im gleichen republikanischen Jahr, am 15. messidor (3. 7. 1796) werden größere Verkäufe vermerkt. Käufer sind nicht etwa Oberbronner Bauern: Es treten auf *Jacquat et consorts* aus Weißenburg, Klopenstein und Genossen aus Wimmenau, Notar Adolay aus Niederbronn, Notar Coulman aus Oberbronn, d. h. Spekulanten, die größere Flächen von Gütern erwerben, um sie erst viel später mit Gewinn an Landwirte zu veräußern. Parzellen, insgesamt 59, anderer Emigranten wie Hans Georg Teichmann, Peter Ritter, Johann Jakob Diemer, Jakob Müller gehen am 23. thermidor an 2 (10. 8. 1794) an kleinere Leute ab. Es scheint demnach, daß die

126 Ebenda; Sign.: Q 4499.

126a Ebenda; Q 2708.



großen Happen, der fürstliche Anteil, zunächst keineswegs in die Hände derer gelangen, die den Boden bearbeiten. Der Grundbesitz der Kleinen dagegen geht in die Hände anderer Kleiner über<sup>126b</sup>.

Das Mobiliar des Schlosses war geplündert worden, es konnte nicht mehr verkauft werden. Erstaunlich ist, daß Gerätschaften für den Weinbau in einem Weinbauerdorf nach 6 Jahren noch an Ort und Stelle sind. Sie werden 1799 für 94 livres, 5 sols verkauft. Außer den Kastanienwäldern unmittelbar oberhalb vom Ort, die um der Rebstecken und der Früchte viel eher als um des Holzes willen gepflanzt waren, geht der Wald, der umfangreichste hohenlohische Besitz, wie alle herrschaftlichen Waldungen in Frankreich an den Staat mitsamt dem Erlös aus dem bäuerlichen Weidrecht. Als großes Objekt bleibt das nunmehr leer stehende Schloß. Es wird an den Meistbietenden verkauft werden, wie so viele Schlösser und Abteien, von denen gar viele einen unschätzbaren Kunstwert darstellten.

Über das Los des botanischen Gartens, bzw. der Orangerie, wurde schon berichtet, ebenfalls darüber, daß die Schloßgebäude nach der Plünderung am 25. 11. 1793 allmählich in einen trostlosen Zustand versetzt wurden, da die Bürger Türen, Fenster, Läden entfernten, so daß Wind und Regen ungehindert eindringen konnten. Nun ist noch über den Verkauf des Schloßgebäudes und dessen endgültige Vernichtung zu berichten. Es wurde erst am 24. germinal an 7 (14. 4. 1800) zum Kauf angeboten. Daß dies so spät geschah, dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß das ganze Areal nicht dem Hause Hohenlohe allein sondern auch der ehemaligen Gräfin, nunmehrigen »citoyenne« Lewenhaupt, gehörte. Nicht nur ein Teil des Bodens, auch manches Gebäude waren gemeinsamer Besitz beider Familien, so daß es nicht leicht fiel, eine klare Entscheidung zu treffen, wie aus einem Bericht des Notars Adolay hervorgeht.

Notar Jean Gaspard Adolay d. Ältere war 1797 mit der Schätzung des Schlosses beauftragt worden<sup>127</sup>. Am 28. fructidor an V (14. 9. 1797) hat er den Auftrag ausgeführt und am 20. vendémiaire an VI (11. 10. 1797) an die Citoyens Administrateurs geschrieben, seine Aufgabe habe ihn etwas in Verlegenheit gebracht. Einerseits müsse das sehr große und feste Gebäude riesige Summen gekostet haben, so daß er versucht war, dessen Wert dreimal so hoch anzusetzen als den, den es zum gegenwärtigen Zeitpunkt habe. Andererseits würde eine solche Summe in Anbetracht des gegenwärtigen Zustandes des Schlosses eine Überbewertung um wenigstens zwei Drittel darstellen. Er habe versucht, die rechte Mitte zu finden. Zudem habe die Citoyenne Löwenhaupt einige Teile der Gebäude und des Grundstückes mit dem Emigranten Hohenlohe gemeinsam besessen. Ihm habe jedoch kein Schriftstück vorgelegen, das ihre Behauptungen unterstützen könnte. Deshalb habe er den ganzen Komplex schützen müssen. Sollte die Citoyenne Löwenhaupt Beweise vorlegen, müßte ihr Anteil abgezogen werden. Dies wäre aber sehr schwierig, um nicht zu sagen unmöglich, sie behaupte, die Mitte des Gartens zu besitzen. Für den Rest könnte kaum ein Käufer gefunden werden.

126b Ebenda: Q 1482.

127 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: Q 2618. (Siehe Anm. 44.)



Er habe folgendes vorgefunden:

1. Ein großes Gebäude zu zwei Stockwerken aus Hausteinen mit Küche, Keller, Speicher, die Fassade messe 144 Fuß<sup>128</sup>, bei einer Tiefe des Gebäudes von 34 Fuß. Der linke Flügel sei noch nicht fertig, er messe 84 auf 34 Fuß, der rechte 84 auf 27 Fuß.
2. Ein weiteres Gebäude. Im linken Flügel Stall, Mansarde, Heuschober und anderes. 84 Fuß lang auf 34 tief. Fassade: Remisen und Speicher 144 Fuß lang, 34 tief. Rechter Flügel: Orangerie, Wohnungen, Speicher mit Blick in den Hof und in den Garten. 78 Fuß lang, 34 tief.

Die gegenüber anderen Berichten abweichenden Maßangaben rühren wohl daher, daß Adolay die Fassade zwischen den beiden Flügeln maß, Pinot und Osterrieth jedoch das Gebäude in seiner ganzen Länge auf der Westseite. Vielleicht haben sie auch zwei verschiedenen »Fuß« benutzt, einerseits den offiziellen französischen, anderseits den örtlichen. Die Fassade hatte auf jeden Fall das stattliche Maß von mindestens 40 m. Lucien Pfleger gibt eine Länge von 50 m an, eine runde Zahl, er sagt aber nicht, woher er diese Angaben hat. Die Länge des obern, 1787 errichteten, später zu einem Schloß umgebauten Gebäudes, gibt er mit 43 m an. Dies dürfte stimmen, denn dieses Gebäude steht heute noch und konnte nachgemessen werden. Es handelt sich dabei um die Fassade.

Am 5. vendémiaire an 7 (26. 9. 1798) hat Josef Eggs aus Straßburg Interesse an dem Objekt gezeigt, sich aber gleich wieder zurückgezogen. Im Frühjahr 1800 ging die Verwaltung der öffentlichen Güter ernsthaft an den Verkauf. Dem öffentlichen Angebot ging eine Schätzung und ein Gutachten die der Geometer Pierre Raviez von Weißenburg unter Beistand des »agent de la commune« Philipp Jakob Dörr und des Beigeordneten Johann Friedrich Keller aus Oberbronn am 17. germinal an 8 (8. 3. 1800) verfertigt hatte, voraus. Darin wurde der jeweilige Besitz festgestellt und der Wert des hohenlohischen Anteils auf ganze 28 300 Franken geschätzt.

Am 24. germinal an 8 (14. 4. 1800) soll um 9 Uhr dieser Anteil versteigert werden laut Beschluß der *Administration centrale du département du Bas-Rhin* vom 9. germinal an 8 (30. 3. 1800). Ort der Versteigerung ist nicht Oberbronn sondern Straßburg und zwar gewöhnliches Versteigerungslokal Brandgasse 10. Der Erstpreis soll 94 600 Franken sein. Das Gutachten Raviez und der beigelegte Plan sind nicht berücksichtigt<sup>129</sup>. Es bietet niemand. Am 28. germinal an 8 (18. 4. 1800) stellt der *conseil de préfecture* des Unterelsasses fest, daß die Witwe Lewenhaupt darum bittet, ihren Anteil am Schloßkomplex dem vorgesehenen Verkauf zu entziehen. Sie beruft sich auf ihr Abkommen mit dem Prinzen von Hohenlohe vom 8. Oktober 1789. Als Unterlage dient der Plan, der jene Teilung festhält und der von Kern, dem Rechtsbeistand der Gräfin, am 27. germinal an 8 (17. 4. 1800) vorgelegt wird. Kern fügt eine Verordnung des Parlaments von Metz vom 31. Januar 1765 bei, der die Teilung der Allodialgüter der Ämter Oberbronn und Niederbronn bestätigt, sowie eine von Notar Humbourg bestätigte Abschrift des Testaments von Esther

<sup>128</sup> Der Fuß zwischen 30 und 32 cm.

<sup>129</sup> Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: Q 2363.



Juliana Baronin von Sinclair, geborene von Leiningen. Alle drei Schriftstücke werden anerkannt, demnach kann der Teil der Gräfin Lewenhaupt am Schloßgut nicht verkauft werden. Dies sind die Beweisstücke, die Adolay 1797 fehlten.

Der hohenlohische Anteil wird dem Weinhändler Georg Friedrich Teutsch und dessen Bruder Isaak in dessen Namen Georg Friedrich handelt, für die Summe von 1350000 Franken zugeschlagen.

Für die Folgen sind die Paragraphen 31 und 32 des Vordrucks für das Verkaufsprotokoll wichtig. § 31 lautet in Übersetzung: *Die Erwerber dürfen keinerlei Abbruch vornehmen, bevor sie nicht die Gesamtsumme des Verkaufs bezahlt oder eine entsprechende Erlaubnis der Administration centrale erhalten haben.* § 32 bestimmt: *Die Verwaltung kann die Erlaubnis zum Abbruch nur nach Einvernahme der Munizipalverwaltung und nach Gestellung einer guten und gültigen Kautiön erteilen.* Diese Bestimmungen hatte der Ersteigerer anerkannt. Doch keine drei Monate später, am 11. messidor an 8 (3. 6. 1800), schreibt die Munizipalverwaltung von Oberbronn folgendes Protokoll nieder:

*Heute, den Eilften Messidor im achten republikanischen Jahr Nachmittag um Zwei Uhr, auf Ansuchen des Bürgers Jakob, receveur des Reichshofer National Bureaus, begaben sich unterschriebene, Maire, Adjunct, und Johann Philipp Fauth als Bau Verständiger in das ehemalige Hohenlohische National Schloß dahier zu Oberbronn, um den Zustand in welchem es sich befindet in Augenschein zu nehmen. Und fanden Erstlich den mittlern großen Haupt Bau der Dachstuhl ganz abgebrochen, samt dem obern Gebälk, bis auf das Steegenhaus mit zwei Balken; daß zweite Gebäude bis auf das Steegenhaus, samt siebzehen Balken; der obere Mauerstock, auf der hintern Seite ohngefähr zur Hälfte; Der Neue Bau wo noch nicht ganz fertig war; der Dachstuhl samt allem Holzwerk bis auf einige Schäide Wände, und fünf ganze Balken abgebrochen. Die übrigen Gebäude befinden sich noch im allenfalsigen Zustand wie sie waren als sie Bürger Teusch (sic) als Steigerer angetreten hat, bis auf die Eißernen gegrämsen welche er hat heraus nehmen laßen. In dem obern Hoft befinden sich noch ohngefähr Einhundert Siebenzehn Stük ganze Balken, und ohngefähr Zwei und dreisig Stük verschiedene Balken Stüker. Und Sieben und dreisig Stük Sparren. Im untern Hoft befinden sich noch acht Stük ganze Balken, nebst eine Quantität Steinwerk, welches sich mehrenteils in Gesimsen so zerbrochen sind, und Blatten, und dergleiche bestehet in denen Kellern befinden sich auch noch Zieglen und dergleichen, welche aber verschloßen sind, und wie sich der Eigenthümer Teutsch sich nicht hier befindet so haben denen Leuten so arbeiten sogleich angesagt mit abreißen einzuhalten bis auf weitere ordre, welches auch seit diesem Vormittag geschehen ist. Worüber gegenwärtiger proces verbal dressiret zu Oberbronn auf Tag Monat und Jahr wie Eingangs gemelt worden (30. 6. 1800)<sup>130</sup>.*

Dieses Protokoll ist nicht sehr klar, was zur etwas ungeschickten Sprache paßt: Besteht ein Unterschied zwischen dem mittlern großen Hauptbau, dessen Dachstuhl abgebrochen ist, und dem der Neue Bau genannten, wo noch nicht ganz fertig war?

130 Ebenda; Sign.: Q 4959.



Nach verschiedenen Texten könnte man annehmen, daß 1789 noch am linken Flügel gebaut wurde. Dieser könnte hier gemeint sein. Dann: *das zweite Gebäude?* Ist damit der rechte Flügel gemeint, oder sind es die »Remisen«? Wohl eher das erste, denn nach allem scheinen die Wirtschaftsgebäude die Verheerungen durch Teutsch gut überstanden zu haben.

Der receveur ist der lokale, bzw. kantonale Einnehmer der indirekten Steuern und der Verantwortliche für die staatlichen Güter.

Erstaunlich ist, daß ein Staatsbeamter aus dem 5 km entfernten Reichhofen herüber kommen mußte, um die Oberbronner aufzufordern, die Schäden, die Teutsch angerichtet hatte, amtlich festzustellen und höhern Orts zu melden. Oder waren die Oberbronner vorher nach Reichshofen gegangen, um dort eine amtliche Unterstützung zu bekommen? Vielleicht wollten sie diese, um den Arbeitern die Fortsetzung ihres Zerstörungswerkes zu verbieten. Jedenfalls haben sie jetzt Befugnis dazu.

Aber das Unheil ist geschehen: Dem Gebäude, das vorher schon in einem trostlosen Zustand war, fehlt nun das Dach, das Gebälk ist entfernt und liegt z. T. in den Höfen.

Die Verwaltung scheint sich sehr langsam in Bewegung zu setzen und dies erst, als Gläubiger des ehemaligen Besitzers gegen den Abbruch durch Teutsch protestieren. Frischelt, der ehemalige Rentmeister des Kapitels, spricht im Namen der anderen. Er hatte schon am 23. germinal an 8 (13. 4. 1800) gegen der Verkauf Einspruch erhoben, dabei bemerkt, daß sein Schuldner auf keiner Emigrantenliste stehe (*que le dit débiteur ne se trouve porté sur aucune liste des Emigrés*), und daß der Minister angeordnet habe, daß von Gütern deutscher Standesherrn, die nur unter Sequester stehen, der Verkauf aufzuschieben sei. Nun beklagt er sich bei der Verwaltung, daß der Käufer abrechen lasse und daß bereits Fenster, Türen, Fensterläden weggeführt worden sind. Er beantragt, daß der Verkauf für null und nichtig erklärt werde, daß Teutsch angehalten werde, das Gebäude wieder in den Stand vor dem Verkauf zu setzen und daß die Güter bis zu einer weitem Entscheidung zugunsten der Nation beschlagnahmt bleiben.

Am 9. thermidor an 8 (28. 7. 1800) hatte der Direktor der Domänenverwaltung des Departements den Präfekten über den Bericht der Gemeindeverwaltung vom 11. messidor (30. 6.) unterrichtet. Am 22. vendémiaire an 9 (14. 11. 1800) beruft sich dieser sowohl auf den Protest Frischelts gegen den Verkauf als auch auf den Oberbronner Bericht und untersagt den Käufern, den Abbruch weiter zu betreiben, denn sie haben die Kaufsumme noch nicht bezahlt und waren deshalb keineswegs berechtigt, das Dach des Wohngebäudes und die Mauern zu zerstören. Er findet *diese willkürliche Handlungsweise umso verwerflicher, als sie in hohem Maße den Interessen der Republik zuwiderläuft*. Der Direktor der Domänenverwaltung muß sofort einen Sachverständigen ernennen, der gemeinsam mit einem von Teutsch ernannten, den Schaden schätzen soll, der sowohl durch den Abbruch selber als auch durch die Entfernung der Türen und Fenster – es



waren also noch nicht alle durch die Bevölkerung entfernt worden – entstanden ist. Dieser Erlaß ist sowohl Teutsch wie dem Direktor der Domänen zuzustellen<sup>131</sup>. Dies geschieht am 1. brumaire an 9 (23. 10. 1800) durch den Gerichtsvollzieher Poirot. Der Staat bestellt als Sachverständigen den Architekten des Departements Pinot, Teutsch seinerseits, den einmal Architekt, ein anderes Mal Zimmermann genannten Osterrieth. Beide Sachverständigen werden am 7. brumaire an 9 (29. 10. 1800) von dem Friedensrichter Marchand vereidigt.

Sie begeben sich zwei Tage darauf nach Oberbronn, werden vom Bürgermeister Georg Heinrich Pfeiffer begleitet und unterzeichnen ihr Gutachten am 19. brumaire (10. 11. 1800). Darin stellen sie fest, daß der Abbruch so schnell durchgeführt wurde, daß auf nichts Rücksicht genommen worden ist. Die ganz aus Stein gefertigte Treppe zum ersten Stock und deren Treppenwaage und Voluten sind durch den Aufprall schwerer Stücke beschädigt worden. Die schönen und guten gewölbten Keller laufen Gefahr, durch eindringendes Wasser zerstört zu werden. Viele abgebrochene Materialien liegen in Magazinen. So finden die Sachverständigen im Keller unter dem linken Flügel unter anderm 500 Tannenbretter zu 200 Fr., 300 Parkettstücke in Tanneholz und Eiche zu 600 Fr., die Überreste von sechs Marmorkaminen zu 300 Fr. In einem andern Keller lagern 8000 Ziegel zu 240 Fr. In den Höfen liegen dicke Balken. Insgesamt wird das vorgefundene Material auf 5046 Fr. geschätzt.

Nach Berichten habe Teutsch unter anderm 36 Fenster zu 360 Fr. 45 Türen zu 225 Fr. 30000 flache Ziegel zu 900 Fr. abführen lassen. Der Gesamtwert dieses nicht mehr vorhandenen Materials wird auf 1735 Fr. geschätzt. Die Entfernung von 23 gußeisernen Öfen könne Teutsch nicht angelastet werden, sie habe stattgefunden, bevor ihm das Schloß zugeschlagen worden war. Der Gesamtschaden wird auf 43311 Franken geschätzt, hinzuzurechnen seien die 1735 Fr. für abtransportierte Materialien, abzurechnen die 5046 Fr. für noch lagernde Materialien, so daß den Brüdern Teutsch ein Schaden von 40000 Fr. angelastet wird. Für Spesen und Arbeit berechnen die beiden Gutachter 324,30 Franken<sup>132</sup>.

Der »Directeur de l'Enregistrement et du Domaine national« Thomassin schickt am 11. frimaire an 9 (2. 12. 1800) den Bericht an den Präfekten. Er schlägt vor, Teutsch nach dem Gesetz zu belangen, den geschätzten 40000 Fr. entsprechend. Vier Tage später, am 15. frimaire an 9 (6. 12. 1800), schlägt der Oberbronner Bürgermeister Pfeiffer Alarm: Die Hälfte des Mauerstückes des linken Flügels, das dem Dorfe zugekehrt ist, ist am vorhergehenden Abend zwischen 5 und 6 Uhr mit solchem Getöse eingestürzt, daß einige Bauern, die noch auf dem Felde waren, es gehört haben. Zum Glück sei dieses Stück so gefallen, daß die Nachbarn keinen Schaden erlitten haben. Ein citoyen Achard, wahrscheinlich der »receveur« von Reichshofen, wird gebeten, die Lage in Augenschein zu nehmen, es bestehe die

131 Ebenda; Sign.: Q 4954.

132 Wie Anm. 130.



Gefahr, daß die andere Hälfte der Mauer durch einen leichten Wind umgeblasen werde und die nahe gelegenen Häuser, Scheunen und Ställe zerschmetterte<sup>133</sup>.

Der Direktor der Domänenverwaltung leitet diesen Brief am 21. frimaire an 9 (12. 12. 1800) an den Präfekten weiter und berichtet, er habe den receveur ermächtigt, die Mauer niederreißen zu lassen. Der Präfekt billigt diese Maßnahme am 18. nivose an 9 (8. 1. 1801) und ordnet an, daß die entstandenen Kosten zu ersetzen sind<sup>134</sup>.

Inzwischen untersucht das »Bureau des Emigrés«, das sich mit den Fragen des Besitzes der Emigranten befaßt, weiter, inwiefern Teutsch durch den Abbruch gegen die Gesetze verstoßen habe. Am 28. nivose an 9 (18. 1. 1801) ordnet der Präfekt an, daß, bevor über die Beschwerden des citoyen Frischelt und Konsorten entschieden wird, es rechtens sei, dem citoyen Teutsch Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen. Dieser habe innerhalb der *décade*<sup>135</sup> nachzuweisen, daß er infolge der Zahlung des Kaufpreises berechtigt gewesen sei, die besagten Gebäude zu zerstören. Er habe in den Amtsräumen des Präfekten Kenntnis der entsprechenden Schriftstücke zu nehmen.

Die Gebrüder Teutsch rechtfertigen sich durch eine Bescheinigung des Straßburger *receveurs* Daudet vom 12. germinal an 9 (1. 4. 1800) die besagt, daß die Brüder verschiedentlich zu ihm gekommen sind, um die geschuldete Summe zu zahlen, daß er die aber nicht habe annehmen können, da ihm dies vom Directeur du Domaine National, eben dem oben erwähnten cit. Thomassin, verboten gewesen sei. Daudet stellt fest, daß der Verkauf öffentlich stattgefunden hat unter Wahrung aller vorgeschriebenen Formalitäten, ohne daß weder der Prinz noch dessen Gläubiger Einspruch erhoben hätten, daß kein Widerspruch gegen die Eintragung in die Emigrantenliste vorliegt, daß der Abbruch keinesfalls den Verkauf aufhebe, daß die Käufer lediglich dazu verpflichtet sind, den Rest der Kaufsumme zu bezahlen, daß das Gutachten nur eine Vorsichtsmaßnahme für den Fall war, daß die Brüder Teutsch den vollen Preis nicht bezahlen würden. Sie haben jedoch nur deswegen nicht bezahlt, weil der receveur sich geweigert hat, die Summe anzunehmen. Außerdem sei die Frist für die Bezahlung des noch Ausstehenden durch die Konsuln bis zum kommenden 1. vendémiaire (23. 9. 1801) verlängert worden. Der receveur stellt fest, daß die Gläubiger des Prinzen zu spät gegen den Verkauf protestiert haben, daß der Zuschlag an die Gebrüder Teutsch in allen Stücken gesetzlich war, daß diese sofort die restliche Summe zu bezahlen und auch die Kosten des Gutachtens zu tragen haben<sup>136</sup>.

In einem weiteren, nicht datierten Schreiben an den Präfekten stellen die Gebrüder Teutsch fest, es sei erstaunlich, daß die Gläubiger hypothekarische Rechte geltend

133 Ebenda; Sign.: Q 3961.

134 Ebenda.

135 Die zehntätige Periode, die im republikanischen Kalender die siebentägige Woche ersetzt, aber bei der Bevölkerung aus naheliegenden Gründen nicht beliebt war.

136 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: Q 4950.



machen auf Besitz, der als Nationalgut veräußert worden und deshalb von jeder Hypothek frei und ledig ist<sup>137</sup>.

Die Gläubiger geben nicht nach, sie wollen ihre ausstehenden Gelder bezahlt haben, so erfahren wir einige Summen, die das Haus Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein geliehen hatte: Im Mai 1782 hat Joseph Meunier *ancien commissaire des guerres* dem regierenden Fürsten Ludwig Franz Leopold 17000 Pfund geliehen. Seine Witwe Eléonore klagt am 28. messidor an 9 (17. 7. 1801): Was das Kapital betrifft, wird eine Entscheidung vertagt, doch die Zinsen soll sie erhalten. Eine Frau Mennet, geb. Roudouin, hat am 30. 4. 1785 den Hohenlohe 25000 frs. geliehen. An 9 hat sie 800 frs. bekommen. Die Witwe Müller, geborene Ostertag, hat Anspruch auf 31 Pfund. Ein Herr Levrault hat dem Prinzen Karl Ernst 2400 Pfund geliehen. Jakob Israel, Vater von Raphael Jakob, hat am 19. 9. 1783 dem Prinzen Josef 4000 Pfund gegen Einzug des Umgelds während acht Jahren geliehen. Direktor Thomassin schlägt vor, dem Gläubiger 800 frs. zu zahlen. Am 8. März 1787 hatte Pfarrer Flach von Offweiler dem Prinzen Josef Wiesen in den Bännen Zinsweiler und Gumprechtshofen für 15000 frs. (sic) verkauft aber bis zum 1. pluviöse an 11 (21. 1. 1803) dafür nur 5000 frs. erhalten. Ihm soll eine Provision von 800 frs. gezahlt werden. Die Witwe von Philibert Pérot, einem Straßburger Kaufmann, geborene Maria Anna Kunigunde Mohn, hat dem Hause Hohenlohe 9000 Pfund geliehen, als Zins hat sie 1791 frs. erhalten. Am 23. germinal an 11 (13. 4. 1803) werden ihr weitere 800 frs. gewährt.

So geht es weiter. Die verschiedenen Glieder des Hauses Hohenlohe Waldenburg-Bartenstein haben immer wieder Schulden gemacht, die Gläubiger wenden sich jetzt an den Staat, der den Besitz des Hauses beschlagnahmt hat. Es wird ihnen entgegnet, die Schuldner haften persönlich weiter, die Republik zahle nichts. Dem halten die Gläubiger immer wieder entgegen, Prinz Karl Ernst stehe auf keiner Emigrantenliste, seine Güter können also nicht als Emigrantengut betrachtet werden. Das war nicht mehr stichhaltig, nachdem der Prinz in einer Uniform mit den bourbonischen Lilien auf den Knöpfen im Orte erschienen war, wie der Niederbronner Notar schon 1794 berichtet hatte.

Dennoch zeigen die kleinen Zahlungen an Gläubiger, daß das Prinzip, daß der Gläubiger keinen Anspruch dem Staate gegenüber habe, obwohl dieser jetzt der Besitzer der mit Schulden belasteten Güter ist, nicht mehr starr aufrechterhalten wird.

Und das Schloß? Durfte Teutsch es damals endgültig abbrechen? Eine Entscheidung darüber konnte nicht gefunden werden, doch wird nach einem Kostenvoranschlag von 1816 die Verwüstung nicht bis zum Ende durchgeführt worden sein, wie wir gleich sehen werden. Er verkaufte schon am 23. thermidor an 10 (11. 8. 1802) die zwei Drittel, die den Hohenlohe gehört hatten, dem ehemaligen Hofrat der Hohenlohe, François Jacques Antoine de Favier, der sich jetzt nach seinem Reichshofer Besitz auch den Titel *de Reichshoffen* zugelegt hatte. Seine damalige Amtsbezeichnung war *Chef de Bureau au Ministère des relations extérieures*.

137 Ebenda.



Das verkaufte Objekt wird in dem von Notar Johann Daniel Stöeber zu Straßburg ausgestellten Kaufbrief<sup>138</sup> folgendermaßen spezifiziert: ... *ein Schloß, gelegen in der Gemeinde Oberbronn mit allen Gebäuden, Höfen, Gärten, Abbruchmaterialien, Zubehörden und Nebengebäuden für 15802,46 Fr., die eine Hälfte für Boden und Gebäude, die andere Hälfte für eine große Menge Abbruchmaterialien.* (übersetzt) Die Abbruchmaterialien waren demnach ebensoviel wert wie die noch stehenden Gebäude und der Boden. Teutsch hatte übel gehaust.

Diese Zerstörung ist nur ein Beispiel dafür, wie in der Revolution von 1789 eine Unzahl kostbaren Kulturgutes vernichtet wurde. Wurde je eine Liste darüber aufgestellt? Ein Parallellfall wurde erst kürzlich genau beschrieben: Der Aufruhr im Sundgau am 29. 7. 1789, als das Schloß der Grafen von Montjoie-Hirsingen, ein vom Baumeister des Deutschen Ordens, Kaspar Bagnato, 1742 errichteter Prachtbau, gestürmt und schon am 13. floréal an II (1. 5. 1794) verkauft und im gleichen Jahre noch abgebrochen wurde<sup>139</sup>.

Dennoch: Auch das Hauptgebäude des eigentlichen Schlosses, das die Hohenlohe von 1786 bis 1788 hatten erbauen lassen, war nicht ganz abgetragen worden: Als Oberbronn 1816 im Zuge der Besetzung Frankreichs Garnisonsort wurde, muß der Haupttrakt des Schloßgebäudes bis einschließlich dem ersten Stock noch gestanden haben. Als die Truppen gemeldet werden, das 2. württembergische Infanterieregiment Herzog Wilhelm als erste Einheit, erstellt ein Hagenauer Regierungsbaumeister einen umfangreichen Kostenvoranschlag für die Verwendung des ganzen Schloßkomplexes als Kaserne<sup>140</sup>. Der Präfekt in Straßburg genehmigt diesen am 6. Mai. In diesen Plänen werden drei Gebäude unterschieden, das obere an der »rue haute«, der Geltersgasse gelegen, von dem ein sehr genauer Plan beigelegt ist und das 200 Mann beherbergen soll. Ein zweites für die Unterbringung von 500 Mann in den »remises du château«, den ehemaligen Schuppen. Ein drittes in »le bâtiment principal«, dem Hauptgebäude, dem eigentlichen Schlosse also. Es stehen davon nur Erdgeschoß und 1. Stock. Ein zweiter soll auf diesen gebaut werden, um Raum für 360 Mann zu schaffen. Die beiden Flügel stehen nicht mehr, nur noch der Mitteltrakt, dessen lichte Weite, 52,40 m auf 9,40 m, den Maßen, die wir aus den verschiedenen Schätzungen der neunziger Jahre kennen, entspricht. In diesen war immer nur die Außenlänge der Fassade angegeben. Die Zeichnung von Josef Ernst zeigt zwei Stockwerke, die Schätzungen sprechen ebenfalls von zweien, also hat Teutsch den zweiten Stock und die beiden Flügel abreißen lassen. Von dem linken wissen wir es aus der Klage der Gemeinde nach dem Einsturz einer Mauer. Mathieu hat über den ersten Stock ein Dach gesetzt, das 1816 auf den neu erbauten zweiten Stock kommt.

Wozu hatte der neue Besitzer wohl dieses Gebäude benützt? Der dritte Kostenvoranschlag spricht von vorhandenen drei Sälen zu jeweils 12 m, 15,70 m, 19,90 m

138 Ebenda; Sign.: E 57,7; Nr. 36.

139 Marc Glotz: Hirsingue. Un château dans la tourmente révolutionnaire. In: Annuaire de la société d'histoire sundgovienne 1987, S. 57.

140 Archives du Département Bas-Rhin; Sign.: R 1266.



Länge, einem kleinern Raum, der 4,60 m breit ist, und dem ebenso breiten Treppenhaus. Waren diese Säle Repräsentationsräume? Nützte Mathieu andere Gebäude zum Wohnen? Oder hat er das neu erworbene Schloß überhaupt nicht bewohnt? Er war hoher Beamter im Außenministerium, arbeitete und wohnte meist zu Paris. Nach Abzug der württembergischen Truppen streitet er mit der Präfektur, d. h. mit dem Staat, die Gebäude in ihrem derzeitigen Zustande könne er nicht nutzen<sup>141</sup>. Zwar erkennt der von ihm bestellte Sachverständige an, daß die Arbeiten, um aus dem Ganzen eine Kaserne zu machen, gut ausgeführt worden sind, doch die jährliche Miete zu 300 frs. sei zu gering. Der Sachverständige der Präfektur meint, das Ganze sei Mathieu unentgeltlich zu überlassen. Doch der Beamte der Präfektur, Poncery, erachtet, Mathieu müsse für die ausgeführten Arbeiten dem Staate 14661 FF zahlen (13. 9. 1820). Schließlich schlägt der Präfekt, Graf Vauvilliers vor, beide Parteien mögen ihre gegenseitigen Forderungen aufgeben. Dabei scheint man verblieben zu sein.

Mathieu, der mittlerweile fast 70 Jahre alt geworden war, hatte anscheinend keine Freude mehr an seinem Oberbronner Besitz, am 10. April 1824 verkauft er ihn, vertreten durch seinen Bruder Louis Mathieu, ehemaligen Oberst, dem Grafen Karl August von Stralenheim, Schwadronschef der berittenen Grenadiere der königlichen Garde, und dessen Ehefrau Augusta Charlotte Luise von Lewenhaupt, einer Enkelin der tapfern *Citoyenne Lewenhaupt (Lévenope)*, mitsamt den Renten, die er aus einer Reihe von Gütern zog, für 55000 FF. Das Kapital der Renten betrug 34875 FF, die Oberbronner Immobilien waren 20125 FF wert<sup>142</sup>.

Die Witwe des Generals Lewenhaupt, geborene Sinclair, die unerschrocken im Revolutionssturm ausgeharrt hatte, hatte ihrer unverheirateten jüngsten Tochter, Magdalena Luise Gustava, ihr Wohnhaus bei der Wilhelmer Brücke in Straßburg als Eigentum vermacht, außerdem sicherte sie ihr bis zu deren Tode den Genuß ihres Teiles am Oberbronner Schloßgut und der 119 ha des Bodenwaldes bei Zinsweiler zu<sup>143</sup>. Eigentümerin sollte aber die älteste Tochter, Carolina Augusta Anna Ulrike, Oberhofmeisterin der Königin von Schweden sein. Diese war mit ihrem Vetter Karl Emil Gr. von Lewenhaupt in Stockholm verheiratet und hatte zwei Töchter, die beide Freiherren von Sparre geheiratet hatten.

Außer diesen beiden Töchtern hatte die mit über 75 Jahren am 5. Mai 1809 zu Straßburg verstorbene Gräfin zwei Söhne, August Friedrich Karl Ludwig, dessen Tochter den oben erwähnten Grafen Stralenheim heiratete und Karl Adam. Der schwedische Zweig verkaufte am 5. Juli 1830 den ihm als Erbe von der »citoyenne« zugefallenen Teil des Besitzes im Elsaß dem Ehepaar Stralenheim/Lewenhaupt, das Antoine Mathieu schon zwei Drittel des Schloßkomplexes, den ehemaligen Teil der Hohenlohe, abgekauft hatte, so daß der ganze Schloßkomplex wieder in einer Hand vereint war<sup>144</sup>. Der Kaufpreis hatte für dieses letzte Drittel 9800 FF

141 Ebenda; Sign.: R 1272.

142 Ebenda; Sign.: 7 E 57/12 Nr. 393.

143 Ebenda; Sign.: 7 E 57/12 Nr. 23 und 25.

144 Ebenda; Sign.: 7 E 57/12 Nr. 117.



betragen. Dazu hatte die Familie Stralenheim von den schwedischen Lewenhaupt ein Jagdhüterhaus und ein Hirtenhaus, die auf den Ruinen des ehemaligen Schlosses Rauschenburg errichtet worden waren, für 1200 FF und das Mobiliar im Schlosse Lewenhaupt zu Oberbronn für 1520,45 FF, das Ganze also für 12520,45 FF erworben.

Am 10. August 1824 wurde der einst hohenlohische Besitz an Karl August Graf Stralenheim aus einem Geschlecht, das aus der Gegend von Stralsund stammte und schon einmal in Oberbronn aufgetaucht war, dessen Gemahlin Augusta Karolina Charlotte Luise, geb. Gräfin von Lewenhaupt, veräußert. Das Ehepaar kaufte am 5. und 6. Juli 1830 auch den einstigen Lewenhauptischen Teil des Anwesens von der Tante der Ehefrau, Carolina Juliana Anna Ulrike, die mit ihrem Vater Karl Emil von Lewenhaupt verheiratet war. So gehörte der ganze Komplex wieder einer einzigen Familie.

Die Stralenheim bauten den ehemaligen Trakt der Wirtschaftsgebäude im zweiten Hofe zu einem Schlosse aus, indem sie ein zweites Stockwerk darauf setzten. Sie konnten es nicht lange halten: Ihre Kinder, Wilhelmine Luise, Witwe von Johann Baptist Schwilgué, August Henning Graf Stralenheim und Karolina Augusta, Ehefrau von August Hermann Michel Maurice, verkauften am 17. 12. 1857 provisorisch, am 29. 9. 1859 endgültig ihren Besitz an die Kongregation der *Töchter des allerheiligsten Heilands*, meist unter dem Namen der *Niederbronner Schwestern* bekannt, die sich dem Krankendienst, vor allem dem unentgeltlichen Hauskrankendienst widmen.

Frau Schwilgué, die ehemalige Gräfin Stralenheim ist immer wieder nach Oberbronn zurückgekehrt, wo sie dann in dem bescheidenen Haus außerhalb des südlichen Tores, in dem die Brüder Stöber gelebt hatten, wohnte. Es wird erzählt, bei Nacht pflegte sie zur Mauer des Schloßgartens zu gehen und liebevoll über die Steine zu streichen.

Als pensionierter französischer Divisionsgeneral kam Herr Maurice auch unter deutscher Herrschaft in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts regelmäßig nach Oberbronn, wie aus den Oberbronner Melderegistern für Fremde hervorgeht<sup>145</sup>.

Ins ehemalige Schloß kamen zuerst die Postulantinnen. Der Orden baute die Gebäulichkeiten aus. Ab 1880 wurde das Haus Oberbronn endgültig Mutterhaus der Kongregation. Viele Krankenpflegerinnen wurden dort ausgebildet. So konnte viel Leid gemildert werden, auch in den Kriegen; schon 1870/71, dann 1914–1918 und schließlich 1939–1945. Das Kloster wurde Lazarett. Heute dienen die Gebäude als Tagungsräume und als Heim für alte, dienstunfähige Schwestern.

Auf dem Oberbronner Friedhof zeugen noch einige wenige Kreuze und Überreste von Grabplatten aus der Kirche von der alten Herrschaft. Die bescheidene des Freiherrn von Sinclair, des Vaters der *citoyenne* Löwenhaupt, ist noch vollständig erhalten. In der Amtsgasse steht das schöne Amtshaus von 1568, und unterhalb

145 Ebenda; Sign.: 8 E 340,25.



des ursprünglichen Schloßeingangs Amts- und Rentmeisterhäuser aus dem 18. Jahrhundert.

Das ist alles, was noch von der einst nicht unbedeutenden Herrschaft Oberbronn zeugt. Dazu im Walde hie und da Grenzsteine mit dem leiningischen Wappen auf der einen, dem hanau-lichtenbergischen auf der andern Seite. Oder auch nur, wie gegen die Arnburg zu, solche mit eingemeißelten Buchstaben HB (Hohenlohe-Bartenstein) und HL (Hanau-Lichtenberg). Aber der Flecken Oberbronn und seine Umgebung haben trotz des großen Wandels nichts von ihrem Reiz eingebüßt, obwohl auch der letzte Krieg durch Bombenabwurf und durch Artilleriefeuer wieder einige schöne Häuser vernichtet hat.